



# Landtag von Baden-Württemberg

56. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 19. Dezember 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Schluss: 13:56 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	3317	Abg. Alexander Schoch GRÜNE . . . . .	3343
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)</b> – Drucksachen 15/2720, 15/2721 . . . . .	3317	Abg. Paul Nemeth CDU . . . . .	3344, 3352
Abg. Klaus Herrmann CDU . . . . .	3317	Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	3345
Abg. Muhterem Aras GRÜNE . . . . .	3320, 3332	Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	3346, 3353
Abg. Klaus Maier SPD . . . . .	3323, 3333	Minister Franz Untersteller . . . . .	3347
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	3325	Beschluss . . . . .	3353
Minister Dr. Nils Schmid . . . . .	3329	4. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Resolution zu Basel III</b> – Drucksache 15/2820 . . . . .	3353
Beschluss . . . . .	3334	Beschluss . . . . .	3353
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Tarifreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz – LTMG)</b> – Drucksache 15/2742 . . . . .	3337	5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – <b>Nachwuchs im Handwerk sichern</b> – Drucksache 15/1897 (geänderte Fassung) . . . . .	3354
Minister Dr. Nils Schmid . . . . .	3337	Abg. Katrin Schütz CDU . . . . .	3354, 3360
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . .	3338	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . .	3355
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	3339	Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	3356
Abg. Hans-Peter Storz SPD . . . . .	3341	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP . . . . .	3357
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP . . . . .	3342	Staatssekretär Ingo Rust . . . . .	3359
Beschluss . . . . .	3343	Beschluss . . . . .	3361
3. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – <b>Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit</b> – Drucksache 15/1727 . . . . .	3343	6. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – <b>Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet</b> – Drucksache 15/1707 . . . . .	3361
		Abg. Florian Wahl SPD . . . . .	3361
		Abg. Manfred Hollenbach CDU . . . . .	3362
		Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . .	3363
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	3363
		Minister Reinhold Gall . . . . .	3364

7. Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“ zur Änderung des Beschlusses des Landtags vom 14. und 21. Dezember 2011 – Auftrag des Untersu-	chungsausschusses –, Drucksache 15/1074, im Hinblick auf den Termin für die abschließende Beratung im Plenum – Drucksache 15/2793 . . . . .	3365
	Beschluss . . . . .	3365
	Nächste Sitzung . . . . .	3365

## Protokoll

über die 56. Sitzung vom 19. Dezember 2012

Beginn: 9:31 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 56. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe)

Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein.

Krankgemeldet sind Kollege Heiler, Kollege Pix, Kollege Rüeck, Kollege Schreiner und Kollege Schwehr. Wir wünschen ihnen gute Besserung.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

– Vielleicht schaffen wir es, dass wir heute das parlamentarische Jahr mit einer würdigen Sitzung zum Abschluss bringen.

(Vereinzelt Beifall)

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Hermann und Frau Ministerin Warminski-Leitheußer.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie ist da!)

– Sie ist mit Schreiben vom 17. Dezember dienstlich verhindert gemeldet für die Zeit von 13:15 Uhr bis 14:45 Uhr.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14) – Drucksachen 15/2720, 15/2721**

Für die Dritte Beratung des Haushalts 2013/2014 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Herrmann das Wort.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute am Ende der Beratungen des Doppelhaushalts 2013/2014, wahrscheinlich der kürzesten Haushaltsberatungen, die wir in den letzten Jahrzehnten in Baden-Württemberg hatten.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das einzig Positive, was ich in diesem Zusammenhang ansprechen kann, ist:

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Erstmals wird der Haushalt vor Ablauf des alten Haushaltsjahrs beschlossen. Allerdings ist dem dann auch der wahnsinnige Zeitdruck geschuldet, dem wir in diesem Jahr unterliegen. Aber damit halten wir die Bestimmung ein, dass ein Haushalt vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahrs verabschiedet werden muss.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Das ist im Übrigen eine Bestimmung, die auch in der Gemeindeordnung steht, aber die auch in vielen Gemeinderäten, denen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, angehören, nicht eingehalten wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Grün-rote Bürgermeister!)

Wir sind aber auch am Ende von Haushaltsberatungen, die eine historische Wende in Baden-Württemberg bedeuten, nämlich eine historische Wende weg von der soliden, zukunftsorientierten und generationengerechten Haushaltspolitik von CDU und FDP/DVP hin zu einer Haushaltspolitik mit mehr Verschuldung und höheren Lasten für künftige Generationen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach nur eineinhalb Jahren Regierungszeit werden Sie bereits von Ihren eigenen Altlasten eingeholt. Warum? Sie haben zunächst mit dem Vierten Nachtrag 2011 und dann mit dem Haushalt 2012 das Haushaltsvolumen deutlich aufgebläht, die Ausgaben gesteigert und damit eine Deckungslücke produziert, die Sie heute wortreich beklagen. Ich möchte das an Fakten deutlich machen.

Mit dem Vierten Nachtrag 2011 stieg das Haushaltsvolumen gegenüber dem Dritten Nachtrag auf 36,8 Milliarden € und erhöhte sich damit um 1,5 Milliarden € oder 4,2 %. Das Volumen des Haushalts 2012 stieg gegenüber 2011 um 2,1 Milliarden € auf 38,9 Milliarden € und erhöhte sich damit um 5,7 %. 2013 steigt das Volumen des Haushalts erneut. Es erhöht sich um 1,8 Milliarden € auf 40,7 Milliarden €. Das ist eine Steigerung gegenüber 2012 um 4,6 %, und das, obwohl man immer wusste, dass die Pensionsverpflichtungen steigen, obwohl man wusste, dass die Konjunkturprogramme aus den Jahren 2009 und 2010 refinanziert werden müssen. Sie haben in den beiden Haushalten ein strukturelles Defizit aufgebaut, das Sie selbst verschuldet haben und jetzt fälschlicherweise uns anlasten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie streichen mit dem Haushaltsbegleitgesetz die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung und schreiben: „Der

(Klaus Herrmann)

Abbau der Neuverschuldung beginnt im Jahr 2013 ...“ In Wirklichkeit hat der Abbau der Neuverschuldung 15 Jahre früher begonnen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche strukturelle Einsparmaßnahmen vorgenommen, die sich tatsächlich auch jetzt noch auswirken: die Verwaltungsreform, durch die jährlich über 100 Millionen € eingespart werden, mehrere Stellenbauprogramme, Abbau von Zuschüssen für rein kommunale Aufgaben und auch Einschnitte bei den Beamten. Das Ergebnis war: Nullneuerschuldung 2008, Nullneuerschuldung 2009, Verschuldung im Krisenjahr 2010, Nullneuerschuldung 2011, und 2012 konnten Sie ebenfalls eine Nullneuerschuldung ausweisen, weil noch ein Überschuss von 2011 vorhanden war. Wir haben in den vergangenen 15 Jahren bewiesen – die Zahlen zeigen das eindeutig –: Wir können einen Haushalt entschulden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Sitzmann, Sie haben in der letzten Woche davon gesprochen: Dass 2011 und 2012 keine neuen Kredite aufgenommen wurden, war eigentlich nur Sondereffekten geschuldet. Jawohl, da haben Sie recht. Das war Sondereffekten geschuldet, nämlich dem Sondereffekt, dass Sie auf eine solide Finanzpolitik von CDU und FDP/DVP zu Beginn dieses Jahrzehnts aufbauen konnten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die größte finanzpolitische Untat dieser Regierung ist allerdings am letzten Freitag erfolgt. § 18 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung lautete bisher sinngemäß, dass neue Schulden über den am 31. Dezember 2007 erreichten Betrag hinaus nur aufgenommen werden dürfen, wenn die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1 % sinken. Basis ist die jeweils letzte Steuerschätzung.

2013 werden gegenüber 2012 500 Millionen € mehr an Steuereinnahmen erwartet; das sind 1,7 % mehr. Und was tun Sie? Sie haben in der vergangenen Woche die Schuldenbremse im Landesrecht einfach gestrichen, damit der von der Regierung vorgelegte Haushalt, der gegen die von mir zuvor sinngemäß zitierte Bestimmung verstößt, rechtmäßig wird. Meine Damen und Herren, das ist genau so, als ob man im Halteverbot parkt und, statt ein Bußgeld zu bezahlen, einfach das Halteverbotschild entfernt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Sie fügen mit Artikel 10 des Haushaltsbegleitgesetzes eine neue, komplizierte Regelung in die Landeshaushaltsordnung ein, die nach Aussagen des Rechnungshofs bis zum Jahr 2019 bis zu 8 Milliarden € neue Schulden ermöglicht.

Als der heutige Ministerpräsident Kretschmann zusammen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Oettinger die Verhandlungen in der Föderalismuskommission II geführt hat, war er maßgeblich daran beteiligt, dass im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert wurde. Man hatte dabei das Land

Baden-Württemberg mit Sicherheit nicht gleichrangig mit den Schuldenländern Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rheinland-Pfalz oder Bremen als Schlusslichter im Ländervergleich vor Augen. Man hat nie daran gedacht, dass Baden-Württemberg erst im Jahr 2020 einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen wird. Das Einzige, was man uns tatsächlich vorwerfen kann, ist, dass wir die Schuldenbremse nicht schon früher in der Landesverfassung verankert haben. Aus heutiger Sicht ist das sicherlich ein Fehler, den wir durchaus beklagen.

Sie haben in der vergangenen Woche angesprochen, dass wir eine hohe Zinslast haben. 43 Milliarden € beträgt der gesamte Schuldenstand des Landes.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Nur: Im nächsten und im übernächsten Jahr nehmen Sie insgesamt 3,3 Milliarden € neue Schulden auf. Das heißt, ab dem Jahr 2015 hat das Land jedes Jahr etwa 70 Millionen € zusätzlich an Zinsen zu zahlen, ohne dass sich die Zinssätze auch nur um ein Promille geändert haben würden. Auch das zählt zur Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Am Ende der Dekade, in der Sie neue Schulden aufnehmen wollen, im Jahr 2019, werden Sie bis zu 8 Milliarden € neue Schulden aufgenommen haben: Das heißt, im Jahr 2020 müssen im Haushalt 160 Millionen € mehr an Zinsausgaben veranschlagt werden. Sie treiben die Zinsbelastung künftiger Jahre deutlich in die Höhe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann sagen Sie, Sie wollten den Haushalt strukturell entlasten. Was haben Sie denn gemacht? Herr Finanzminister, Sie sagen – das haben Sie auch in der vergangenen Woche getan –, im Jahr 2013 sparten Sie strukturell 582 Millionen € und im Jahr 2014 strukturell 642 Millionen €.

Was sind Ihre sogenannten strukturellen Einsparungen? Im kommunalen Finanzausgleich entnehmen Sie 325 Millionen € und sagen, das gelte nur bis zum Jahr 2016. Was ist danach? Bei der LBBW entnehmen Sie jährlich 120 Millionen €, egal, wie die Bank insgesamt gerade dasteht. Das ist doch keine strukturelle Einsparung. Auch eine Limitabsenkung um 56 Millionen € ist keine strukturelle Einsparung. Den Beamten sagen Sie: „Wir werden jetzt einmal die Eingangsbesoldung absenken.“ Hier erklären Sie, dass das strukturell für immer erfolgen solle.

Meine Damen und Herren, diese von mir genannten über 500 Millionen € sogenannter struktureller Einsparungen sind keine strukturellen Einsparungen, sondern sind Kosmetik im Haushalt nur für die nächsten zwei, drei Jahre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ansonsten ist die Großzügigkeit das durchgängige Prinzip in diesem Landeshaushalt. Für die Kleinkindbetreuung gibt es 325 Millionen € mehr für die Kommunen –

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

(Klaus Herrmann)

auf Pump. Die Ausgaben für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung steigen von 4 Milliarden auf 4,4 Milliarden €, also um 10 % – aber auf Pump. Die Verbesserung der Standards bei der Flüchtlingsunterbringung macht insgesamt nur einen kleinen Betrag aus; aber es sind immerhin 12 Millionen € – ebenfalls auf Pump. Sie lassen sich für diese Mehrausgaben feiern, und bei den dadurch notwendig werdenden Schulden wird auf uns verwiesen. Das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Kleinkindbetreuung ist gegenfinanziert, Herr Kollege! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Wenn wir weiter regiert hätten, hätten wir die Verwaltung nicht um deutlich mehr Stellen aufgebläht. Wir hätten kein Integrationsministerium geschaffen, das so groß ist wie eine Abteilung in anderen Ministerien. Wir hätten keine Gemeinschaftsschule eingeführt. Wir hätten nicht G 8 und G 9 parallel geführt. Wir hätten keine Polizeireform gemacht, die neuerdings über 120 Millionen € kostet. Wir hätten die Studiengebühren nicht abgeschafft. Wir hätten vom Land aus nicht kommunale Aufgaben teilweise übernommen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Schulsozialarbeit! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dann hätten wir auch kein Defizit in diesem Haushalt gehabt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir tun Ihnen nicht den Gefallen, dass wir durch Einsammeln einiger Ihrer zahlreichen Mehrausgaben vom finanzpolitischen Versagen dieser Regierung ablenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Andrea Lindlohr und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, wollen Sie uns belehren, wie man Opposition macht? Dass wir finanzpolitisch verantwortlich regieren können, haben wir zusammen mit der FDP/DVP in den letzten 15 Jahren gezeigt; ich habe es vorhin gesagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wie war der EnBW-Deal finanziert, Herr Herrmann?)

Der Beweis waren die Haushaltsjahre 2008 und 2009. Sie können das nicht: Der Beweis sind die Haushaltjahre 2013 und 2014. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, so genau wissen, wie man Oppositionsarbeit macht: Wir haben nichts dagegen, wenn wir die Rollen wieder tauschen

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und damit ein solider finanzpolitischer Kurs in diesem Land fortgeführt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dieser Wunsch wird Ihnen nicht einmal durch den Weihnachtsmann erfüllt! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die einzige Bevölkerungsgruppe, die Sie jetzt massiv zur Kasse bitten, sind die Beamten. Wir haben – das ist richtig – die Beamten bei der Konsolidierung auch nicht geschont. Wir haben das Urlaubsgeld gestrichen, das Weihnachtsgeld reduziert, die 41-Stunden-Woche eingeführt und in wirtschaftlich schlechten Zeiten auch die Gehaltserhöhungen zeitversetzt zu denen für die Angestellten umgesetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was Sie jedoch jetzt tun, ist, dass Sie den Beamten als einziger Bevölkerungsgruppe sagen, sie müssten sich auch an der Konsolidierung beteiligen. Die haben es bereits getan. Eine doppelte Heranziehung ist hier der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann die Beamten nur auffordern: Protestieren Sie deutlich und lautstark. Das muss nicht, wie in der Liederhalle, mit Vuvuzelas und Trillerpfeifen sein. Denn das überlassen wir den Grünen bei ihren Demonstrationen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen)

Protestieren Sie lautstark mit guten Argumenten. Die guten Argumente sind auf der Seite der Beamten. –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann legen Sie sich ein Finanzpolster an. Nach der letzten Steuerschätzung gibt es für 2012 700 Millionen € mehr, als im Haushalt veranschlagt sind. 2013 sind es 300 Millionen € mehr und 2014 400 Millionen € mehr. Das macht zusammen 1,4 Milliarden €, die Sie als Sparkasse im Haushalt haben und dann in künftige Jahre übertragen werden.

Meine Damen und Herren, das ist nicht Wahrheit und Klarheit des Haushalts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In der mittelfristigen Finanzplanung weisen Sie für 2015 eine Deckungslücke von 741 Millionen € und für 2016 von 941 Millionen € aus. Sie nennen es nur nicht mehr Deckungslücke, sondern haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, heute konsumieren Sie auf Kosten zukünftiger Generationen und betreiben bei Bedarf Haushaltskosmetik. Ihre Worte, Frau Aras, ganz genau! Denn besser als mit Ihren eigenen Worten könnte man den von Ihnen vorgelegten Haushalt nicht kommentieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie streichen die Schuldenbremse aus dem Landesrecht. Sie belasten künftige Generationen. Es ist gut, dass heute Vormittag junge Bürger des Landes vor dem Finanzministerium demonstrieren und dass sich diejenigen, deren Zukunft Sie finanzpolitisch verbauen, jetzt endlich zur Wehr setzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Konrad Epple CDU: Sehr gut!)

(Klaus Herrmann)

Zusammenfassend: In einer Zeit, in der der Bund die Neuverschuldung deutlich reduziert,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

in der Bayern, Sachsen und Thüringen Schulden zurückzuführen – das sind übrigens unionsregierte Länder –, nehmen Sie eine historische Wende vor und verlassen den Pfad der Konsolidierung, der in der Föderalismuskommission II vereinbart wurde – hin zu neuen Schulden.

Herr Finanzminister, Ihre Amtszeit wird man später als die Amtszeit des „Schulden-Schmid“ bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Schulden-Schmid“!  
– Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rust?

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Ich werde noch zu Ende sprechen, dann gern. – Das machen wir nicht mit. Wir lehnen den Schuldenhaushalt 2013/2014 von Grün-Rot ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt kann der Kollege Rust gern seine Frage stellen.

**Abg. Ingo Rust** SPD: Herr Kollege Herrmann, Sie haben Bayern angesprochen. Würden Sie uns, der Landesregierung, empfehlen, ebenso wie Bayern die Rückstellungen in die – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Parlamentarier stellen Zwischenfragen, nicht die Landesregierung!)

Würden Sie uns, dem Landtag, empfehlen, zu beschließen, die Einstellung in die Versorgungsrücklage zu kappen, also nichts mehr in die Versorgungsrücklage einzustellen? Sie wissen ja: Wir legen in diesem Doppelhaushalt etwa 1 Milliarde € für unsere Beamten zurück.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gelogen!)

Bayern tut das nicht mehr. Würden Sie uns empfehlen, das Gleiche wie Bayern zu tun?

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Rust, ich habe Ihnen vorhin dargelegt, was wir in den letzten 15 Jahren insgesamt an Einsparungen vorgenommen haben. Ich habe auch gesagt: Wir machen nicht die Arbeit der Regierung. Wir wollen nicht beantragen, einzelne zusätzliche Ausgaben, für die Sie sich in der Öffentlichkeit groß feiern lassen, zurückzunehmen, um von Ihrer unverantwortlichen Schuldenpolitik abzulenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Konrad Epple CDU: Richtig! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist keine Antwort! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Föderalismuskommission haben Sie auch falsch zitiert! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Aras.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt kommt die Frau Professorin! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt kommen die Fakten auf den Tisch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein bisschen fassungslos, lieber Kollege Herrmann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Leider nur ein bisschen!)

Ich habe Sie im Ausschuss eigentlich viel seriöser und sachlicher erlebt als hier im Plenum. Ich frage mich, wer Ihnen diese Rede geschrieben hat.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich brauche keine Redenschreiber! – Abg. Volker Schebesta CDU: Warum schreiben lassen? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie können sich unmöglich hier hinstellen und behaupten, Grün-Rot hätte in den letzten anderthalb Jahren ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € aufgerissen. Das ist einfach unredlich, lieber Kollege Herrmann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zur Wahrheit möchte ich nur einen Satz aus der Denkschrift des Rechnungshofs von 2012 – Seite 74 – zitieren, damit klar ist, was Wahrheit ist:

(Zurufe von der CDU)

*Der Landeshaushalt musste in den vergangenen Jahrzehnten*

– Jahrzehnten! –

*grundsätzlich durch die Aufnahme neuer Schulden ausgeglichen werden, auch in Jahren mit hohen Steuereinnahmen.*

So viel zur Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Heute sind wir in der dritten Lesung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2013/14. Mir stellt sich hier die Frage, was uns in der Finanzpolitik und hinsichtlich der Konsolidierung des Landeshaushalts voranbringt und was nicht.

Fakt ist, wie gesagt, dass wir eine strukturelle Deckungslücke von 2,5 Milliarden € haben. Das wird auch von Ihnen nicht bestritten. Nur vergessen Sie, dass Sie maßgeblich dazu beigetragen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Lücke bestand auch in den Jahren – das sagt auch der Rechnungshof –, in denen das Land keine neuen Kredite aufgenommen hat. Die Nullneuverschuldung in den Jahren 2008, 2009, 2011 und 2012 war also nicht die Folge von strukturellen Einsparungen – weder in Ihrer Regierungszeit, lieber Kollege Hauk, noch unter der jetzigen Regierung –, sondern die Folge von günstigen Sonderentwicklungen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, 10 Milliarden € Sonderentwicklungen!)

So viel zu den Fakten. Das ist der realistische Stand.

(Muhterem Aras)

Jetzt geht es darum, den Ball dort zu spielen, wo er liegt, wie ein ehemaliger Bundestrainer es einmal formuliert hat. Es ist tatsächlich so wie beim Fußballspielen: Man bringt den Ball nach vorn, indem man ihn spielt, und nicht, indem man sich auf die Tribüne oder vor den Fernseher setzt und starke Sprüche macht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Na ja! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Hauk und Herr Rülke, Sie waren bei diesen Haushaltsberatungen auf dem Spielfeld nicht zu sehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie haben nicht mitgespielt. Sie haben sich auf die Tribüne gesetzt und Sprüche gemacht. Sie haben keine belastbaren Einsparvorschläge zu einer echten Haushaltskonsolidierung gemacht. Solche Vorschläge einzubringen wäre Ihr Auftrag als Opposition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ihr Hauptbeitrag bestand darin, Luftbuchungen zu produzieren,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

beispielsweise die Veranschlagung von 1 Milliarde € aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz oder von 100 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich, der immerhin noch bis 2019 gilt.

Das, was Sie bei diesen Beratungen gebracht haben, gehört höchstens in die Kategorie „Wünsch dir was“, aber auf keinen Fall zu einer seriösen Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eigentlich müssten Sie wissen, dass mit Luftbuchungen und Fantazahlen weder der Haushalt konsolidiert werden kann, noch dass wir damit unserer Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber gerecht werden,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit Schuldenmachen auch nicht!)

und zwar einer Verantwortung des ganzen Hauses, also auch Ihrer Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Eigentlich war ich bisher der Überzeugung, dass auch Sie in den Reihen der CDU beispielsweise mit den Herren Kößler und Herrmann seriöse Finanzexperten haben, die es eigentlich besser wissen. Leider können sie sich in ihrer Fraktion wohl nicht durchsetzen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Aber Sie! Ihr Ergebnis heißt doch neue Schulden!)

Herr Hauk, Sie haben am letzten Mittwoch gesagt – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis einmal aus Ihrer Rede –:

*Wenn wir heute Geld ausgeben, aber die Bezahlung der Rechnung anderen überlassen, ist das schlichtweg unredlich, nicht gerecht und auch nicht nachhaltig.*

Sehr richtig, lieber Kollege Hauk. Schade, dass dieser Grundsatz in Ihrer langen Regierungszeit keine Gültigkeit hatte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber immerhin zeigt die Oppositionsbank erste, wenn auch nur theoretische, Wirkungen. Jetzt müssten Sie nur noch nach diesem Grundsatz handeln.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Wir stellen Sie als Beraterin ein!)

Während Sie, lieber Herr Hauk, nur reden, handeln wir genau nach diesem Grundsatz. Wir beginnen konkret mit dem Abbau der Neuverschuldung und damit der schrittweisen Schließung der strukturellen Deckungslücke.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit dem Aufbau neuer Schulen! Genau!)

Das sind nämlich die Hauptfragen.

Wir tun das, auch wenn es wehtut. Wir bauen in diesem Doppelhaushalt 2 200 Lehrerstellen ab, ohne dass sich das Schüler-Lehrer-Verhältnis verschlechtert.

Wir passen die Beihilfeleistungen an. Dennoch ist die Gesundheitsversorgung der Beamten auch in Zukunft deutlich besser als die Gesundheitsversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Wir senken die Eingangsbesoldung im gehobenen und im höheren Dienst um 4 %. Ein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst – das ist das Erfreuliche – bleibt auch weiterhin ein attraktiver und sicherer Arbeitsplatz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deswegen, oder wie?)

Denn als Dienstleister werden in dieser Verwaltung die besten Köpfe benötigt. Wir sind stolz auf unsere Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Beispiele zeigen: Wir machen Ernst mit dem Abbau der Neuverschuldung und mit der Haushaltskonsolidierung. Das geht nicht mit der Brechstange, sondern nur mit Augenmaß und Weitsicht.

Dass die Betroffenen protestieren – Sie können gern weitere Aufrufe starten –, ist klar. Niemand freut sich, wenn er etwas abgeben muss. Aber wir kommen nicht um diese Schritte herum. Es geht eben nicht darum, es allen recht zu machen, sondern es geht darum, es im Interesse aller richtig zu machen.

Daher bleiben wir bei unserem verbindlichen Pfad des Abbaus der Neuverschuldung: 550 Millionen € im Jahr 2013, 800 Millionen € 2014 und jährlich 250 Millionen € in den folgenden Jahren.

Die strukturellen Einsparungen, die wir mit der Dritten Beratung heute aufs Gleis setzen und die Sie jetzt so kleinreden,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sind gar keine! Reine Mogelpackung!)

(Muhterem Aras)

werden bis 2019 – also von 2013 bis 2019 – ein Einsparvolumen von fast 850 Millionen € erbringen. Damit beginnen wir, damit schließen wir die Deckungslücke von 2,5 Milliarden € im Jahr 2020 immerhin um etwa ein Drittel. Das ist ein sehr, sehr wichtiger und großer Schritt. Das ist ein wegweisender finanzpolitischer Schritt in Richtung Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit – Zielen, von denen Sie reden, aber von denen Sie eigentlich keine Ahnung haben, wie festzustellen ist, wenn man Ihr Handeln beachtet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der verlässliche Pfad zum Abbau der Neuverschuldung ist das Markenzeichen dieser Landesregierung, und daran werden wir uns messen lassen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Was?)

Wenn Sie, die Herren Hauk und Rülke, sofort eine Nullneuerschuldung haben wollen, aber nicht bereit sind, auch nur einen einzigen konkreten Einsparvorschlag, der seriös ist, der diskutabel ist, zu liefern,

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

dann werden Sie Ihrer Oppositionsrolle und Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Die Verantwortung liegt bei den Regierungsfractionen! Sie können es nicht!)

– Auch Sie haben eine Verantwortung. – Wer wie Sie einen kürzeren Bremsweg, also die sofortige Nullneuerschuldung, will, muss stärker bremsen. Wo sind denn Ihre Vorschläge, lieber Herr Kollege Hauk? Es gibt keine. Sie bremsen nur verbal, und das führt zu nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Noch eine Bemerkung zu der November-Steuerschätzung und zu der Frage, wie wir mit den noch zu erwartenden Mehreinnahmen umgehen wollen. Bei den 79 Millionen € im Jahr 2013 und den 230 Millionen € im Jahr 2014 – jeweils netto – handelt es sich erstens um prognostizierte Mehreinnahmen, und zweitens sind diese Prognosen mit Risiken behaftet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Alles sind Prognosen!)

Ich nenne nur drei Risiken:

Erstens: Auch die Bundesregierung hat die Wachstumsprognose für 2013 schon deutlich reduziert – meines Wissens auf ein Wachstum von 0,8 %.

Zweitens: Es gibt Risiken durch gerichtliche Entscheidungen im Steuerrecht, was die Besteuerung von Streubesitzdividenden betrifft.

Drittens: Eine weitere Belastung sind zwangsläufige Mehrausgaben, allein etwa durch die ansteigende Zahl der Flüchtlinge.

Das sind jetzt beispielhaft nur drei Risiken, die wir zu erwarten haben. Deshalb ist es einfach ein Gebot der kaufmänni-

schen Vorsicht, die prognostizierten Mehreinnahmen nicht schon jetzt im Haushalt zu verbuchen, sondern die Mai-Steuerschätzung abzuwarten. Dann werden wir weitersehen und das Ganze in der Finanzplanung berücksichtigen.

Es geht also nicht darum, mit den prognostizierten Steuermehreinnahmen die laufenden Mehrausgaben zu finanzieren. Die Steuermehreinnahmen sollten vielmehr dazu dienen, Risiken und zwangsläufige Mehrausgaben, die beispielsweise durch höhere Flüchtlingszahlen entstehen, aufzufangen und dafür zu sorgen, dass trotz dieser Risiken der Landeshaushalt sowie die Finanzplanung und damit der Schuldenabbau robuster werden. Darum geht es. Deshalb ist es richtig, dass diese prognostizierten Mehreinnahmen nicht erfasst sind.

Der Herr Finanzminister wird im ersten Halbjahr 2013 einen Finanzplan 2020 vorlegen, der genau die längere Perspektive umfasst – eben bis 2020, wie das auch der Rechnungshof einfordert. Auch das ist völlig neu in diesem Haus. Die längere Perspektive bis 2020 mit der Frage „Wie kommen wir zu der Nullverschuldung?“ ist ein Novum in der finanzpolitischen Landschaft und ist ein Instrument, die Finanzplanung an der grundgesetzlichen Schuldenbremse zu orientieren.

Zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung: Wir sind nach wie vor offen dafür und appellieren an Sie, wie der Rechnungshof auch, die Schuldenbremse

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben sie doch gerade am letzten Freitag mit Mehrheit abgeschafft! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

in die Landesverfassung aufzunehmen. Hier müssen Sie Farbe bekennen. Es liegt an Ihnen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Ein Witz!)

Wir sind nach wie vor gesprächsbereit. Bekennen Sie sich dazu, und nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung wahr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt steht für eine ausgewogene Balance zwischen Investieren und Sparen. Er ist wegweisend, denn er wird dieses Land mittelfristig in die Nullverschuldung führen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kößler?

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Nein, ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Dieser Haushalt ist wegweisend, weil bereits die in diesem Doppelhaushalt erreichten strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen bis einschließlich 2019 auf ein Volumen von 850 Millionen € anwachsen.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen ganz herzlich bedanken, die an der Zusammenstellung des Haushalts konstruktiv mitgewirkt haben, allen voran bei Herrn Finanz- und Wirt-

(Muhterem Aras)

schaftsminister Dr. Schmid mit seinem Haus, bei den anderen Ministerien, bei den Mitgliedern des Finanzausschusses, bei den Mitarbeitern des Landtags und der Landesverwaltung und nicht zuletzt bei der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur unter der Leitung des Ministerpräsidenten, die ihre Arbeit auch im nächsten Jahr fortsetzen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Maier.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! In der dritten Lesung sind wir mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 rechtzeitig auf der Zielgeraden. Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen, die an diesem umfangreichen und schwierigen Werk mitgewirkt haben.

Mit diesem Doppelhaushalt sind wir in Baden-Württemberg auf dem Weg einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Finanzpolitik. Auch für den Doppelhaushalt 2013/2014 setzen wir auf einen ausgewogenen Mix aus Sanieren, Investieren und Konsolidieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und Schulden!)

Grün-Rot wählt den Weg

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Verschuldung!)

der Mitte. Wir sanieren Schritt für Schritt und stoppen damit den jahrelangen Werteverzehr. Wir investieren in die Infrastruktur und damit in die Zukunft unseres Landes. Wir konsolidieren konsequent, aber sozial und ausgewogen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stichwort Landeserziehungsgeld!)

Nach zwei Jahren der Nullneuerschuldung brauchen wir allerdings zum Ausgleich dieses Doppelhaushalts wieder Kreditaufnahmen. Das ist ein Kritikpunkt. Das ist bitter. Das will niemand hier in diesem Haus.

(Zuruf: Doch! Der, der es macht!)

Das ist aber der richtige und vernünftige Weg. Der Weg eines Abbaupfads hin zur Nullneuerschuldung ist richtig. Dazu haben wir in den Debatten der vergangenen Tage keine Alternativen gehört.

Trotz neuer Kreditaufnahmen wird der Schuldenstand des Landes Baden-Württemberg in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von Baden-Württemberg sogar niedriger liegen als während der gesamten vergangenen Legislaturperiode unter der Vorgängerregierung.

(Zuruf von der SPD: Ja, genau!)

Ihre Zahlen lauten: Im Jahr 2006 betrug der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt von Baden-Württemberg 12,4 %. Im Jahr 2007 waren es 11,64 %, im Jahr 2008 waren es 11,4 %, im Jahr 2009 waren es 12,3 %, und im Jahr 2010 waren es

12,6 %. Wir werden in Baden-Württemberg nach zwei Jahren der Nullneuerschuldung im Jahr 2013 eine Schuldenstandsquote von 11,39 % und im Jahr 2014 von 11,43 % erreichen.

(Lachen der Abg. Winfried Mack CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was sagt uns das jetzt?)

Von der Opposition gab es viel Kritik bis hin zu Beleidigungen. Es gab starke Worte zum Schuldenstand und starke Worte zu unserem Haushaltsplan. Es gab aber keine Alternativvorschläge, keine brauchbaren Sparbemühungen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Keine von Ihnen akzeptierten!)

Wir haben von Streichungen im Wohnungsbau gehört,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

einem zentralen Thema, bei dem wir auf die Ängste der Menschen reagieren müssen. Dort wollen Sie streichen. Außerdem soll die Polizeireform zurückgedreht werden. Sie sind doch froh, dass wir die Reform jetzt angehen; denn sie ist dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wie! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie schlagen vor, bei den Gemeinschaftsschulen zu streichen. Das ist ein altes Lied. Außerdem schlagen Sie nachlaufende Studiengebühren vor. Meine Damen und Herren, schauen Sie einmal nach Bayern. Sogar Bayern will jetzt die Studiengebühren abschaffen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben Sie in den letzten drei Wochen keine Zeitung gelesen?)

Seehofer sagt: „Entweder die Regierung macht es, oder das Volk macht es.“ Insofern sind diese Vorschläge absolut neben der Kappe.

Meine Damen und Herren, wir sind enttäuscht von dieser Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Dann haben wir es ja richtig gemacht! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ihre Sparvorschläge, Herr Hauk, waren nicht einmal Kratzer im Lack des Staatshaushaltsplans dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der hat ja gar keinen Lack! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil kein Lack dran ist! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Die nächste Aktion ist Ihre verzweifelte Suche nach Einnahmequellen. Sie wollen für 2013 Einnahmen von 1 Milliarde € aus der Umsetzung des Steuerabkommens mit der Schweiz veranschlagen. Das ist ein Vorschlag, der überhaupt keine Rechtsgrundlage hat. Das Steuerabkommen ist nicht ratifiziert. Der Bundesrat hat es abgelehnt – wobei Baden-Württemberg nicht einmal das Zünglein an der Waage war; das Ab-

(Klaus Maier)

stimmungsergebnis war deutlich. Im Vermittlungsausschuss ist es dann endgültig durchgefallen.

Die gleiche Utopie besteht hinsichtlich der von Ihnen beantragten Senkung des Mittelansatzes bei den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich im Jahr 2014 um 100 Millionen €. Es heißt, gegen das derzeitige System des Länderfinanzausgleichs sollte schnellstmöglich geklagt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir zahlen ja gern!)

Das kann allerdings ins Auge gehen. Experten sagen, daraus könnten für uns sogar Mehrausgaben entstehen.

Ein weiterer strukturell nicht brauchbarer Vorschlag ist die Wiedereinführung des Lebensarbeitszeitkontos.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wollen es nicht!)

Würde man es richtig machen und für die Einsparungen Rücklagen anlegen, dann wäre es die klassische Luftbuchung. Diese Einnahmen haben uns keinen Cent vorwärtsgebracht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil Sie es abgelehnt haben, sind wir da nicht vorangekommen!)

Zu einem politischen Kampfbegriff der Opposition haben sich die „sprudelnden Steuerquellen“ entwickelt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stimmt das nicht, oder was?)

Dabei wird oft übersehen, dass es brutto und netto gibt, und das wird leicht verwechselt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da seid ihr aber Weltmeister!)

Höhere Steuereinnahmen bringen natürlich auch höhere Ausgaben im Länderfinanzausgleich mit sich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann können wir ja Steuern senken, wenn Sie sie nicht wollen! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ruhe!)

Herr Rülke, Sie beklagen die aufgeblähte Ausgabenseite. Das hat natürlich auch mit höheren Einnahmen zu tun.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn ihr keine höheren Steuereinnahmen wollt, warum wollt ihr keine Steuersenkung?)

Die müssen wir wieder weitergeben. Das ist Buchhaltung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die absolute Höhe der Steuereinnahmen berauscht Sie so, dass Sie die relative Höhe nicht sehen. In Relation zu den allgemeinen Ausgaben oder den Personalausgaben im Besonderen sind die Steuereinnahmen immer noch unter dem Niveau der Vorkrisenjahre 2007 und 2008. Das können Sie im Gutachten der Hertie School of Governance nachlesen.

Eine große Gefahr dieser Diskussion ist natürlich auch, dass man landauf, landab den Menschen etwas vormacht. Man gau-

kelt ihnen vor, ihre Wünsche könnten erfüllt werden. Es wird argumentiert, dass man wegen sprudelnder Steuerquellen bei den Beamten nicht streichen müsse, Lehrerstellen erhalten könne und vieles mehr.

Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2013/2014 ging die Landesregierung erstmals systematisch vor und richtete eine Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur ein. Sie wird von einem Lenkungskreis, den Ministerien, dem Rechnungshof und anderen Spezialisten unterstützt. Sie legt einen Weg fest, um die Verschuldung nachhaltig zu senken. Sie sammelt Sparvorschläge, wertet Denkschriftbeiträge aus, befasst sich mit Stellenkürzungen, dem IT-System, den Verwaltungsstrukturen, einem Controlling und erstellt den Finanzplan 2020, der den Weg aus der Verschuldung nach und nach aufzeigen wird.

Viele Sparvorschläge konnten umgesetzt werden. 2013 umfassen die Einsparungen 800 Millionen € und 2014 rund 1 Milliarde €.

(Abg. Peter Hauk CDU: Fast alles einmalige Einsparungen!)

Ein Teil davon ist strukturell.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mini!)

Das mag vielleicht am Anfang etwas weniger aussehen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah ja!)

aber im Laufe der Jahre wirkt sich das aus. Die Minderausgaben bei den Beamten wachsen rasch von 30 Millionen € auf 150 Millionen € bis 200 Millionen € im Jahr 2020 an.

(Abg. Peter Hauk CDU: Summarisch! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht summarisch!)

Das sind die richtigen Schritte. So kommt man nachhaltig von der Verschuldung herunter und muss nicht immer darauf hoffen, dass man ein Jahr erwischt, in dem man durch Einmaleffekte die Nullneverschuldung erreicht, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Genau!)

Wir nehmen Einsparungen vor. Wir nehmen Eingriffe bei der Beamtenbesoldung, bei der Beihilfe, bei den Lehrerstellen vor. Wir haben auch das Landeserziehungsgeld abgeschafft. Wir haben viele Kürzungen in den Ministerien und globale Minderausgaben verankert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wegen!)

Sparen macht keine Freude, meine Damen und Herren. Es ist immer mit unangenehmen Entscheidungen verbunden, die von den direkt Betroffenen empört abgelehnt werden. Dabei muss man natürlich auch einiges aushalten: Beamtenproteste, GEW-Demonstrationen und vieles mehr. Lieber Herr Herrmann, wenn Sie bei den Beamten mitdemonstrieren, halten wir das aus. Lieber Herr Rülke, Sie und Ihre „apokalyptischen Reiter“ halten wir auch aus.

(Klaus Maier)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber das  
Land nicht!)

Es wird aber nicht nur gespart. Die Landesregierung setzt auch Schwerpunkte. Wir machen Politik. Die Polizei wird besser ausgestattet. Die Bildungsreform wird weitergeführt. Die Privatschulförderung wird verbessert. Die Weiterbildung erhält einen höheren Stellenwert. Sicherheit und Prävention im Bereich der Justiz werden verbessert. Es wird in Naturschutz und Hochwasserschutz investiert. Schulsozialarbeit, Klimaschutz, Energiewende – all das wird unterstützt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles schul-  
denfinanziert!)

Das sind wichtige Maßnahmen, die wir auch vornehmen müssen. Wir sind zu vielem gesetzlich verpflichtet. Wir unterstützen Verkehrsverbände, und wir geben auch mehr Geld für den Neubau von Landesstraßen aus. Forderungen danach hört man das ganze Jahr von Ihnen, aber hier gelten sie wieder nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Gleiche gilt für Forschung und Wissenschaft. Wichtig sind uns auch die Integration und die humanitäre Unterbringung von Flüchtlingen.

Lieber Kollege Klein, ich komme auf Ihre Rede in der zweiten Lesung zurück: Baden-Württemberg ist ein wunderbares Land

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch!)

mit wunderbaren Menschen. Deshalb zerstören wir die Strukturen nicht. Wir sparen das Land nicht kaputt. Wir gehen sorgsam und mit großer Verantwortung an die Konsolidierung der Finanzen. Wir wollen unseren Städten und Gemeinden ein verlässlicher Partner sein, wollen sozial und nachhaltig regieren.

Deshalb brauchen wir neben den Sparbeiträgen noch Kredite, um die strukturelle Haushaltslücke von über 2,5 Milliarden € nach und nach und dauerhaft zu schließen. Deshalb streichen wir nicht radikal bei den wenigen Bereichen, die wir finanziell gestalten können. Wir haben vielmehr einen Abbau Pfad entwickelt, der bis 2020 zur Nullneuerschuldung führt. Das ist verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik. Das ist der beste Weg für unser Land, eine Wertschätzung gegenüber Land und Menschen.

Die SPD stimmt dem vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 zu.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Völlig über-  
raschend!)

Ihnen allen wünsche ich frohe Weihnachten und ein gesundes, glückliches neues Jahr.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2013 und 2014 macht sehr deutlich,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

wie das Verhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Grünen und Roten, insbesondere der Herren Kretschmann und Schmid, sich verhält. Wenn man sich einmal die Ansprüche anschaut, die Sie in der Opposition erhoben haben, was die Neuverschuldung anlangt, was die Landeshaushaltsordnung anlangt, was auch die Schuldenbremse anlangt, und sich dann einmal richtig schön auf der Zunge zergehen lässt, was für einen Haushalt Sie jetzt vorlegen, dann ergibt das schon ein beeindruckendes Bild.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Denn egal, wie die Steuereinnahmen waren – Herr Kollege Maier, die Steuereinnahmen waren eben in der Vergangenheit nicht immer so gut wie zurzeit –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt nicht runterreden!)

wurde immer und immer wieder verlangt, die Neuverschuldung solle geringer sein, als sie bei der damaligen, schwarz-gelben Landesregierung war. Sowohl Herr Kretschmann als auch Herr Schmid haben damals gefordert, die Schuldenbremse solle möglichst rasch Verfassungsrang bekommen. Jetzt sind Sie selbst an der Regierung, und was machen Sie? Sie schaffen die Schuldenbremse ab, weil sie nicht in Ihre Schuldenpolitik passt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Die Schuldenbremse wollten Sie möglichst rasch im Sinne einer Nullneuerschuldung umsetzen – und jetzt verschieben Sie sie bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

bzw. zu dem Zeitpunkt, an dem Sie nicht mehr anders können. Das sind Anspruch und Wirklichkeit bei Grün-Rot.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der  
CDU)

Anspruch und Wirklichkeit bei den Herren Kretschmann und Schmid erinnern an das Märchen „Tischlein, deck dich“. Die Bevölkerung wird hineingelockt mit dem Versprechen: Wenn wir an der Regierung sind, dann heißt es „Tischlein, deck dich“. Jetzt sind Sie an der Regierung, und die Bevölkerung landet auch tatsächlich in diesem Märchen. Aber wenn Sie an der Macht sind, sagen Sie nicht mehr „Tischlein, deck dich“, sondern „Knüppel aus dem Sack“. Das ist es, was mit der Bevölkerung bei Ihrer Regierungspolitik passiert, meine Damen und Herren, und der Bürger ist derjenige, der die Prügel bekommt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje!)

Milliarden zusätzlicher Schulden bis 2020, und das in Zeiten geringer Zinssätze und sprudelnder Steuereinnahmen –

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist der Skandal!)

die Menschen beginnen zu ahnen, was unter dieser Landesregierung noch auf sie zukommt. Herr Kollege Maier, Sie sprachen von einem Dreisatz: sanieren, investieren, konsolidieren. Ein Dreisatz ist, was diese Landesregierung macht, nämlich Schulden, Schulden, Schulden. So sieht es in der Realität aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Herr Kollege Maier, Sie haben uns gerade erklärt, Steuereinnahmen seien gar nicht so toll, denn es seien immer nur Brutosteuerereinnahmen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wissen das!)

und hohe Steuereinnahmen würden dazu führen, dass man mehr in die Ausgleichssysteme abführen müsse. Deshalb seien diese Steuereinnahmen doch gar nicht so toll.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Herr Kollege Maier, wenn Ihnen diese Steuereinnahmen nicht passen, warum verlangen Sie dann im Bund ständig Steuererhöhungen? Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf von der SPD: Oh mein Gott!)

Von wegen Altlasten! Immer wieder erzählen Sie von Altlasten und von Sondereffekten. Die Argumentation mit den Sondereffekten ist schon bemerkenswert, meine Damen und Herren. Nach Ihrer Logik besteht in jedem Haushaltsjahr ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden €. Wenn dann trotzdem ein ausgeglichener Haushalt zustande kommt, dann sind das angeblich Sondereffekte.

Meine Damen und Herren, 2008 ein ausgeglichener Haushalt, 2009 ein ausgeglichener Haushalt, 2011 ein ausgeglichener Haushalt, 2012 ein ausgeglichener Haushalt – das wären nach Adam Riese 10 Milliarden € Sondereffekte in einem Zeitraum von fünf Jahren. Wem wollen Sie das ernsthaft erzählen? Hören Sie doch auf mit diesem Unsinn.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Herrmann hat es Ihnen schon vorgerechnet.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie haben sich in diesem Haushalt einen Julisturm zugelegt.

(Zuruf des Abg. Klaus Maier SPD)

Sie stellen in diesen Haushalt sehr viel mehr Mittel ein, als Sie eigentlich brauchen – schuldenfinanziert. Der Hintergedanke ist doch klar. Der Hintergedanke ist, dass Sie sich bei den nächsten Haushalten – wenn es auf die Landtagswahl zugeht –, ohne wirklich zu sparen, ohne Ihr angebliches strukturelles Defizit abzubauen, vor den Wähler hinstellen und sagen können: „Seht her, was für eine solide Haushaltspolitik wir machen“, nachdem Sie sich in diesem Doppelhaushalt ei-

nen schuldenfinanzierten Julisturm zulegen. Auch das ist nicht redlich, meine Damen und Herren, und hat mit Haushaltsklarheit und -wahrheit nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Ländervergleich ist festzustellen – man muss Ihnen das immer wieder deutlich sagen –: Baden-Württemberg ist ein starkes Land – noch –, und wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, dass es so bleibt. Aber schauen wir uns einmal an, welche Länder jetzt – bis hin zu Bayern, das Schulden abbaut; dazu sage ich gleich noch etwas, wenn Kollege Rust vielleicht wieder im Saal ist – zur Nullneuerschuldung kommen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass beispielsweise das Land Berlin schon in den Jahren 2015, 2016 eine Nullneuerschuldung anstrebt

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit unserem Geld!)

und Baden-Württemberg dann zusammen mit Bremen der Letzte im Geleitzug ist, der dann zur Nullneuerschuldung kommen wird, wenn es gar nicht mehr anders geht, weil in dem Jahr dann die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse greift. Da würde ich mich als Landesregierung schämen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Jetzt zum Kollegen Rust, der ja dem Kollegen Herrmann eine Zwischenfrage gestellt hat, in der er auf die angebliche Einstellung von 1 Milliarde € in die Versorgungsrücklage abgehoben hat.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Auch das, meine Damen und Herren, ist eine Mogelpackung. Denn von den etwa 500 Millionen € pro Jahr für die Beamtenversorgung, die im Haushalt stehen, ist lediglich etwa ein Drittel „Fresh Money“. Zwei Drittel davon sind das Geld, das den Beamten schon in den zurückliegenden Jahren abgezogen worden ist. Das jetzt hier als zusätzliche, neue Leistungen dieser Regierungskoalition zu verkaufen, das ist eine Unverschämtheit,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trickserei!)

ist eine Trickserei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben es früher ausgegeben! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was soll diese Arroganz?)

– Herr Drexler, es freut mich, dass Sie wieder zu sich gekommen sind, aber beruhigen Sie sich wieder.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sollten sehr gut aufpassen! Ihre Kommentare werden nicht besser! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt einmal zu den Realitäten. Wie haben sich die Steuereinnahmen in den Jahren 2011 bis 2013 entwickelt?

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben das Geld ausgegeben! – Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

2011 betrug die Einnahmen 28,62 Milliarden €, 2013 betrug sie 31,53 Milliarden €. Sie haben also 3 Milliarden € Einnahmen mehr. Die Ausgaben betrug 2011 35,34 Milliarden € und 2013 40,7 Milliarden €. Sie kommen einfach nicht umhin, zuzugeben, dass Sie bei um 3 Milliarden € höheren Steuereinnahmen 5,5 Milliarden € mehr an Ausgaben haben, meine Damen und Herren. Das macht doch deutlich, dass nicht die alte Landesregierung für diese Neuverschuldung verantwortlich ist, sondern einzig und allein Sie selbst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Kollege Herrmann hat es Ihnen vorgerechnet: In jedem Haushaltsjahr, das Sie verantworten, sind es etwa 5 % mehr Ausgaben. Wenn Sie es der Opposition nicht glauben, in der „Stuttgarter Zeitung“ von gestern ist es nachzulesen – ich darf es zitieren –:

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

*Grün-Rot hat sich schon 2011 bei seinem Ausgabeverhalten nicht lumpen lassen. 38,6 im vergangenen Jahr tatsächlich unters Volk gebrachte Milliarden sind um satte 5 % mehr, als noch im Vierten Nachtragshaushalt erst Ende Juli von Grün-Rot veranschlagt worden war. Und bereits dieser Nachtrag war gegenüber seinem im Februar noch von CDU und FDP aufgestellten Vorgänger bereits um 1,4 Milliarden € angefüllt worden. Gegenüber der im März 2010 verabschiedeten Urversion fielen die Ausgaben des Landes in Wirklichkeit um 3,5 Milliarden €, fast 10 % höher aus.*

Das sind Ihre Ausgaben, meine Damen und Herren, und nicht unsere. Das muss doch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Kollege Maier, Sie haben hier gerade eben von Kürzungen in den Ministerien gesprochen. Jetzt muss man sich einmal anschauen, wie das in den einzelnen Ministerien aussieht: Staatsministerium 3,2 Millionen € – aber nicht Kürzungen, sondern Mehrausgaben –, Innenministerium 80,7 Millionen € –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Tag der Deutschen Einheit!)

nicht Kürzungen, sondern Mehrausgaben –, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 253,2 Millionen € – aber von wegen Kürzungen, sondern Mehrausgaben –, außerdem Justiz 10,4 Millionen €, Wirtschaft 23,1 Millionen €, ländlicher Raum 21,9 Millionen €,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sind Sie dagegen?)

Soziales 95,5 Millionen €, Umwelt und Energie 28,4 Millionen €, Verkehr 94,4 Millionen €, Wissenschaft 131,8 Millionen €, Integration 17,4 Millionen € – alles keine Kürzungen, sondern Mehrausgaben. Und da stellen Sie sich hier hin, Herr

Kollege Maier, und erklären, es gebe in den Ressorts Kürzungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zur SPD: Für wie dumm halten Sie uns?)

Für wie dumm halten Sie die Bevölkerung?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Der Vollständigkeit halber: Das einzige Ministerium mit Kürzungen ist das Finanzministerium, und zwar in Höhe von 37,9 Millionen €. Beim Landtag, der kein Ministerium ist, sondern uns alle vertritt, sind es 1 Million € weniger, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Maier?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Bitte.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Herr Dr. Rülke, wenn in einem Haushaltsplan ein Leertitel drin ist, wie z. B. in dem von Ihnen aufgeführten Wissenschaftsbereich, und dort Drittmittel eingeworben werden – in diesem Fall 313 Millionen € – und diese Drittmittel auch wieder ausgegeben werden, sind das schädliche Ausgaben? Blähen wir damit den Haushalt auf, oder machen wir damit überplanmäßige Ausgaben, die ein Problem werden?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Kollege Maier, Drittmittel sind keine schädlichen Ausgaben. Ich freue mich über alle Drittmittel, die eingeworben und wieder ausgegeben werden.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber ich ärgere mich über alles, was Sie mehr ausgeben, und genau das habe ich vorgetragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, es ist das gute Recht der Koalition, Schwerpunkte zu setzen und zu sagen: „An der und der Stelle wollen wir, die Regierungskoalition, mehr Geld ausgeben als die alte Landesregierung.“ Allerdings müssen Sie dann an anderen Stellen wieder kürzen, und genau das tun Sie nicht. Sie geben überall mehr Geld aus, und daher kommen die neuen Schulden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Um von diesen neuen Schulden abzulenken, behaupten Sie dann immer, die Opposition mache keine Kürzungsvorschläge.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt ja auch!)

Der Kollege Herrmann hat Ihnen zum x-ten Mal die Kürzungsvorschläge der Opposition vorgetragen. Wir haben jetzt die vierte oder fünfte Debatte zum Haushalt. Diese Kürzungsvorschläge werden immer wieder vorgetragen.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Der Kollege Maier hat sich wenigstens in dieser Debatte mit diesen Kürzungsvorschlägen auseinandergesetzt und hat sie abgelehnt. Das ist in Ordnung. Das können Sie tun. Sie können sich mit unseren Kürzungsvorschlägen inhaltlich auseinandersetzen und dann anschließend erklären: „Das lehnen wir ab; wir haben hier die Mehrheit.“ Aber Sie können sich doch nicht ständig hier in diesem Landtag hinstellen und in einem Anfall kollektiver Demenz behaupten, es gebe gar keine Kürzungsvorschläge der Opposition. Wir machen diese Vorschläge. Sie lehnen sie ab. Das ist in Ordnung. Aber diese Vorschläge gibt es, und der Kollege Herrmann hat völlig recht: Wenn Sie diese Vorschläge umsetzen würden, dann brauchten Sie diese Schuldenorgie nicht, die Sie im Land Baden-Württemberg veranstalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich will nur das Wichtigste wiederholen – man muss offensichtlich im Sinne der Pädagogik mit Wiederholungen dafür sorgen, dass die Dinge irgendwann Eingang finden; beim Kollegen Maier beginnt es ja schon zu fruchten –:

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD)

Strukturelle Belastungen des Haushalts um 160 bis 170 Millionen € durch die Abschaffung der Studiengebühren, Verzicht auf das Konzept der Schaffung freiwilliger Lebensarbeitszeitkonten; zudem haben Sie die Streckung unserer Stellenabbauprogramme wieder gestrichen; Sie haben zusätzliche Stellen in den Ministerien sowie unsinnige Doppelstrukturen im Bereich G 8/G 9 geschaffen; hinzu kommen die Einführung der Gemeinschaftsschule, und zwar so, dass sie gegenüber allen anderen Schultypen bevorzugt wird, die unsinnige und regional unausgewogene Polizeireform und – ich sage das in aller Deutlichkeit immer wieder – die fehlende Umsetzung des Steuerabkommens mit der Schweiz. Sie können es herunterrechnen, wie Sie wollen: Die Umsetzung hätte zu einer Milionenentlastung unseres Haushalts geführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein überflüssiges Ministerium!)

Besonders unseriös ist, dass Sie in Ihre Finanzplanung auch noch Steuererhöhungen einkalkulieren. Kollege Maier hat ja sinngemäß erklärt, er wolle gar keine Steuererhöhungen, weil man von den höheren Erträgen zu viel abgeben müsse, aber trotzdem planen Sie damit. Sie planen damit, dass nach einem angeblichen Wahlsieg von Grün und Rot bei der Bundestagswahl – es gibt zwar keine Umfrage, die diesen Wahlsieg sieht, aber Sie planen trotzdem damit – der Spitzensteuersatz erhöht wird, die Vermögensteuer wieder eingeführt und die Erbschaftsteuer verschärft wird, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich kann nur sagen: Erzählen Sie das nur laut im Land Baden-Württemberg, erzählen Sie das in einem Land mit einer mittelständischen Struktur! Das ist ein Horrorprogramm für den Mittelstand, was Sie da nach der Bundestagswahl vorhaben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Meine Damen und Herren, ich mache auch in dieser Rede an dieser Stelle wieder das Angebot: Wir können gern erneut über die Umsetzung der Schuldenbremse verhandeln. Ich habe am vergangenen Freitag hier einen möglichen Weg skizziert. Aber eines ist klar, meine Damen und Herren: Verhandlungen sollen zu einem Kompromiss führen, und ein Kompromiss kann nicht bedeuten, dass sich die Opposition dem unterwirft, was Sie vorschlagen, nämlich dass wir die Nullneuerschuldung erst im Jahr 2020 schaffen, wenn das Grundgesetz dies ohnehin erfordert, und dass es bis zum Jahr 2020 eine Neuverschuldung von 8 Milliarden € oder mehr gibt. Da müssen wir uns vielmehr irgendwo auf der Strecke treffen. Da können wir Ihnen keine 8 Milliarden € neue Schulden zugestehen, sondern maximal die Hälfte. Sonst wird es, glaube ich, mit der FDP/DVP- und vermutlich auch mit der CDU-Fraktion eine solche Einigung nicht geben.

Meine Damen und Herren, über Ihr Verständnis von strukturellem Sparen wurde bereits mehrfach gesprochen. Dass man beispielsweise 120 Millionen € Ausschüttungen der Landesbank Baden-Württemberg so betrachtet, als würden sie in jedem Fall fließen, und das dann auch als Sparbeitrag verkauft, dass man eine Vereinbarung mit der kommunalen Ebene bis zum Jahr 2016 als langfristiges strukturelles Konzept verkauft, all dies ist nicht seriös, meine Damen und Herren. Denn wenn man sich einmal genau anschaut, was Sie wirklich strukturell einsparen, kommt man auf 81,5 Millionen € im Jahr 2013 und 141,6 Millionen € im Jahr 2014.

Gleichzeitig haben Sie aber neue strukturelle Mehrausgaben geschaffen, nämlich in Ihrem „Volksbeglückungsprogramm“, und zwar in Höhe von 186,4 Millionen € im Jahr 2013 und 202,9 Millionen € im Jahr 2014. Selbst wenn man das für Sie günstigere „Sparjahr“ 2014 betrachtet und die wirklichen strukturellen Einsparungen von 141,6 Millionen € mit den strukturellen Mehrausgaben von 202,9 Millionen € im Jahr 2014 vergleicht, kommt man zu dem Ergebnis, dass Sie den Haushalt um mehr als 60 Millionen € strukturell belasten. Sie sparen überhaupt nichts ein, sondern unter dem Strich geht die Neuverschuldung einschließlich der strukturellen Neuverschuldung munter weiter. So werden Sie diesen Haushalt niemals konsolidieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Einzigen, bei denen Sie wirklich sparen – auch das wurde bereits mehrfach diskutiert –, sind die Beamten. Auf diese Art und Weise, Frau Aras, werden Sie mit Sicherheit den öffentlichen Dienst nicht attraktiv machen für die hoch qualifizierten Fachleute unter den jungen Menschen, die das Land Baden-Württemberg braucht.

Im Ergebnis ist dieser Haushalt ein erschreckendes Dokument von Politikversagen und ein Zeugnis gebrochener Wahlversprechen. Keine Opposition auf dieser Welt könnte einem solchen Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der große Sozialdemokrat Kurt Schumacher hat einmal gesagt: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“ Genau diese Haltung habe ich während der letzten Wochen bei den Haushaltsberatungen in diesem Haus an vielen Stellen vermisst. Eine gute Opposition kritisiert – das ist ihre Aufgabe –, doch sie kritisiert konstruktiv. Eine schlechte Opposition dagegen setzt auf Kalauer anstatt auf Konzepte. Ich bin schon dankbar, dass wir heute von Brüllattacken und haltlosen Lügenvorwürfen verschont worden sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber Vorsicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt noch keine Entgleisung Ihrerseits!)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen waren wahrlich keine Sternstunde der Opposition. Es war die Abdankung der Opposition in der Haushaltspolitik des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Starker Beifall!)

Dabei lebt die Demokratie von Alternativen. Doch auch nach mehr als 18 Monaten ist Schwarz-Gelb keine Regierung im Wartestand. Nein, Sie haben immer noch nicht anerkannt, dass Sie es waren, die uns erhebliche Erblasten hinterlassen haben: 43 Milliarden € Schulden,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weg mit dem Redenschreiber!)

über 70 Milliarden € Pensionsverpflichtungen, eine Qualitäts-offensive Bildung in dreistelliger Millionenhöhe, die nicht durchfinanziert war und bei der Sie den Klassenteiler auf Pump abgesenkt haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

sowie einen Sanierungsstau bei Landesstraßen und Landesgebäuden in Milliardenhöhe. Sie haben uns in diesen Schlammasseln geführt. Wir fangen an aufzuräumen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Kommen wir zu den Fakten Ihrer Deckungsvorschläge. Die CDU sagt zusammen mit der FDP/DVP zwar immer, wir seien nicht ambitioniert genug, die Null müsse sofort – schon im Doppelhaushalt 2013/2014 – stehen. Doch leider haben Sie uns die ganzen Wochen über nicht sagen können, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen.

Das beste Beispiel: Sie verbuchen sage und schreibe 1 Milliarde € Mehreinnahmen aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das gibt es doch gar nicht!)

Beruhnen diese Zahlen auf Schätzungen, die nicht einmal der größte Fan dieses Steuerabkommens, nämlich Herr Schäuble, in seinem Haushalt veranschlagt hat?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! Das war die Mogelpackung des Jahres!)

Erstens: Herr Schäuble hat bei seiner Veranschlagung nicht 10 Milliarden € als Basis genommen, sondern nur die Garantiesumme von gerade einmal 2 Milliarden Schweizer Franken. Das heißt, Sie sind noch unseriöser als Herr Schäuble. Sie gehen weit über das hinaus, was der größte Verfechter des Steuerabkommens in seinem Haushalt veranschlagt hat. Unseriöser geht es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oi, oi! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie verzichten auf alles freiwillig!)

Zweitens: Selbst wenn eine Einnahme aus dem Steuerabkommen zu verbuchen wäre, wäre das gerade das Paradebeispiel für einen Einmaleffekt und eben kein struktureller Konsolidierungsbeitrag.

Drittens: Das Entscheidende für uns ist – das wissen Sie ganz genau –, dass wir diesem Abkommen nicht zustimmen können. Denn dieses Abkommen tritt die Steuergerechtigkeit mit Füßen. Wir sind auf der Seite der ehrlichen Steuerzahler. Sie wollten Steuersünder schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vieles verjährt, und Sie verschenken es! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wenn Sie also sagen, Sie wollten mit Ihrem Haushaltskonzept § 18 LHO in der alten Fassung, die nunmehr nicht mehr gilt, einhalten, haben Sie Ihre eigenen Maßstäbe verfehlt. Selbst wenn wir unterstellen, die 1 Milliarde € aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz würde kommen, selbst wenn wir unterstellen, die Änderung des Länderfinanzausgleichs würde so kommen, wie Sie es genannt haben, bestünde nach dem CDU-Deckungskonzept in der Bilanz immer noch eine Lücke von 650 Millionen € im Landeshaushalt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie schaffen es mit Ihrem Finanzkonzept weder im Jahr 2013 noch im Jahr 2014, die Nullverschuldung zu erreichen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Unsinn! Das stimmt doch gar nicht!)

Das heißt, auch Sie sind nicht in der Lage, sofort die Nullverschuldung zu erreichen. Gestehen Sie das endlich ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Unsinn! Das stimmt doch nicht!)

Dabei sind Ihre Entschließungsanträge in diese Rechnung noch gar nicht einbezogen. Denn Sie haben den Kunstgriff getan,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das glaubt Ihnen nicht einmal Ihre eigene Fraktion!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

dass Sie all die Mehrausgaben, die Sie beispielsweise im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum gefordert haben,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

nicht konkret mit einem Gegenfinanzierungsvorschlag unterlegt haben. Vielmehr haben Sie dies in Entschließungsanträgen verpackt, weil Sie dann nicht liefern und nicht den Nachweis führen mussten, woher das Geld kommen soll. Das nenne ich nun wirklich eine Luftbuchung ersten Grades. Sie versprechen den Bürgerinnen und Bürgern das Blaue vom Himmel, sind aber nicht in der Lage, die konkrete Finanzierung darzulegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Selbst zu den Konzepten der FDP/DVP, die hier besonders mannhaft, Herr Dr. Rülke, aufgetreten ist und gesagt hat: „Wir konsolidieren den Haushalt, wir schaffen die Nullneuerschuldung schon in diesem Doppelhaushalt“, muss ich sagen: Wenn wir uns die konkreten Finanzierungsvorschläge, das konkrete Deckungskonzept anschauen, ist festzustellen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Luftnummer!)

dass Sie konkrete Einsparvorschläge von sage und schreibe knapp 15 Millionen € für 2013

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen)

und von 3 Millionen € für 2014 gemacht haben – und damit habe ich noch zu Ihren Gunsten aufgerundet.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Peinlich! – Abg. Andreas Stoch SPD zu CDU und FDP/DVP: Setzen, Sechs!)

Sie sehen: Sie müssen konkrete Finanzierungsvorschläge machen und sollten nicht immer nebulös mal das Steuerabkommen, mal den Länderfinanzausgleich und mal die Studiengebühren ins Feld führen. Hinsichtlich der Studiengebühren haben Sie nicht einmal den Mumm, einen konkreten Antrag auf Wiedereinführung zu stellen, sondern Sie haben auch dieses Anliegen nur in einen Entschließungsantrag verpackt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann führen Sie das Lebensarbeitszeitkonto für Beamtinnen und Beamte an. Das ist nichts anderes als ein Verschieben von Lasten in die Zukunft. Sie hatten in Ihrer Regierungszeit kein konkretes Konzept für dieses Lebensarbeitszeitkonto. Sie haben auch zu Oppositionszeiten keines entwickelt. Das sind alles Luftbuchungen, alles Entschließungsanträge. Die FDP/DVP hat Vorschläge zur Konsolidierung im Umfang von sage und schreibe 18 Millionen € für den gesamten Doppelhaushalt geliefert. Das ist Versagen in der Haushaltspolitik, Herr Dr. Rülke.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich kann Ihnen nur raten, sich die Zahlen des Landeshaushalts einmal genauer anzuschauen, anstatt hier irgendwelche Märchen zu erzählen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Legen wir die Konzepte nebeneinander, so ist festzustellen, was unter dem Strich übrig bleibt: Sie fordern verbal die Nullneuerschuldung, machen aber real null Vorschläge. Die Realsparer sitzen hier im Haus zu meiner Linken, während die Verbalsparer in der Opposition wieder einmal versagt haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Schuldenmacher sitzen auf der anderen Seite! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich bin ein Realsparer!)

Wir sind diejenigen, die mit der Konsolidierung des Landeshaushalts ernst machen mit dem Ziel, 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Dabei ist die Ausgangslage eindeutig. Die mittelfristige Finanzplanung für 2011 bis 2015 ergab eine jährliche Deckungslücke von 2,5 Milliarden €. Niemand hier im Haus kann also allen Ernstes leugnen, wie schwer diese Ausgangslage war.

Genauso klar ist, dass auch die relativ guten Steuereinnahmen bei Weitem nicht ausreichen, um die deutliche strukturelle Schieflage des Landeshaushalts kurzfristig zu beheben. Denn all jene, die sagen, mit diesen Steuermehreinnahmen könne man locker die Nullneuerschuldung schaffen, gehen entweder etwas leichtfertig mit Zahlen um oder verwechseln brutto mit netto. Denn die bereinigten Einnahmen steigen von 2011 bis 2014 brutto um 3,7 Milliarden €. Entscheidend ist aber, was davon netto in der Kasse bleibt. Das sind eben nur 1,8 Milliarden €. Übrigens gehen im gleichen Zeitraum die übrigen Einnahmen um 3,3 Milliarden € zurück.

Damit ist klar: Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist haushaltsmäßig noch lange nicht überwunden. Denn von 2008 bis 2014 steigen die bereinigten Einnahmen zwar um 3,8 Milliarden €, aber die bereinigten Ausgaben erhöhen sich im gleichen Zeitraum um sage und schreibe 6,6 Milliarden €, wovon die Hälfte Personalausgaben sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil Sie so viel ausgeben!)

Bezogen auf die Steuereinnahmen und die Personalausgaben ergibt sich folgendes Bild: Von 2008 bis 2014 steigen die Steuereinnahmen netto um 13,5 %, die Personalausgaben aber um fast 25 %. Das zeigt eindeutig: Im Landeshaushalt besteht eine strukturelle Schieflage, ausgelöst vor allem durch Personalausgaben und steigende Pensionsausgaben.

Die Entwicklung der Einnahmen hinkt den Ausgaben deutlich hinterher. Wenn Sie bei einem Anteil der Personalkosten im Landeshaushalt von über 40 % noch einen Schutzzaun um die Personalausgaben und die Beamtenbesoldung aufbauen wollen, sich gar mit den Beamtinnen und Beamten solidarisieren und am liebsten selbst zu einer Demonstration aufrufen wollen, dann unterschätzen Sie die Dynamik in den Personal- und Pensionsausgaben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie blähen doch die Personalausgaben auf!)

Wenn Sie dann noch nicht einmal bereit sind, die Übernahme des Tarifergebnisses entweder ein bisschen zu verschieben oder zu deckeln – das werden wir mit den Beamtinnen und

(Minister Dr. Nils Schmid)

Beamten und deren Vertreterinnen und Vertretern in den Verbänden besprechen müssen –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Normalerweise macht man das vorher!)

sondern die Tarifsteigerungen ungebremst übernehmen wollen, Herr Herrmann, haben wir ein zusätzliches Risiko für den Doppelhaushalt von sage und schreibe 1 Milliarde €. Das kann doch niemand ernsthaft wollen. Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt begonnen haben, auch bei den Personalausgaben den Rotstift anzusetzen, und dazu strukturelle Einsparvorschläge in den Haushalt eingebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Diese strukturellen Konsolidierungsbeiträge, die wir mit diesem Haushalt auf den Weg bringen, machen mit dem Zieldatum 2020 über 850 Millionen € aus. Das heißt, die strukturelle Deckungslücke von 2,5 Milliarden € wird mit diesem Doppelhaushalt als erstem Schritt zu fast einem Drittel geschlossen.

Ich würde da auch vonseiten der Opposition etwas mehr Unterstützung – nicht unbedingt Applaus oder Lob – erwarten. Sie haben aber alle konkreten Konsolidierungsmaßnahmen, die wir in diesem Haushalt verankert haben, abgelehnt. Sie machen nicht mit bei der Trendumkehr beim Thema Lehrerstellen. Angesichts des Rückgangs der Schülerzahlen fangen wir an, Lehrerstellen nicht wiederzubesetzen. Sie machen nicht mit bei den Einschnitten bei Besoldung und Beihilfe, und Sie sind auch nicht bereit, den Konsolidierungsbeitrag durch das Auslaufen des Landeserziehungsgelds anzuerkennen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt nicht! Das ist Sparen auf dem Rücken der Ärmsten!)

Damit ist klar: Wir sind diejenigen, die handeln. Sie haben in der Zeit ab 2008, nachdem § 18 LHO in der damaligen neuen Fassung eingeführt worden war, keinerlei strukturelle Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das strukturelle Defizit des Landeshaushalts, das Sie zu verantworten haben, abzubauen. Wir haben mit diesem Abbau begonnen. Wir stehen in dieser Verantwortung, und wir werden das auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Land offensiv verkaufen, weil die Leute bereit sind, diese bittere Wahrheit zu akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Genauso klar ist: Diese Konsolidierung wird nur gelingen, wenn wir auch auf der Einnahmeseite Verbesserungen erreichen. Deshalb ist es ja bezeichnend, dass Sie die Verbesserungen, die wir politisch durchgesetzt haben – die Grunderwerbsteuererhöhung zugunsten der Kleinkindbetreuung in den Kommunen –, ebenfalls abgelehnt haben, obwohl andernfalls der dringend notwendige Ausbau der Kleinkindbetreuung nur über eine zusätzliche Verschuldung zu finanzieren gewesen wäre. Sie hätten sonst keine Möglichkeit gehabt, 300 Millionen € in diesem Landeshaushalt auf einen Schlag einzusparen, um die Mittel den Kommunen zu geben. Auch hier haben Sie sich Ihrer Verantwortung nicht gestellt. Sie freuen sich vor Ort – wie die meisten in diesem Parlament sind oder waren Sie ja auch kommunalpolitisch aktiv – über den Geldsegen aus der Grunderwerbsteuererhöhung, über den Ausbau der

Krippenbetreuungsplätze, sind aber nicht bereit, die dafür notwendige Finanzierung durch die Grunderwerbsteuererhöhung politisch mit zu vertreten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir über die Stärkung der Einnahmeseite reden, dann reden wir auch über unsere Steuerverwaltung. Ich bin stolz darauf, dass wir Wort halten. Wir bauen die Steuerverwaltung aus – wie im Koalitionsvertrag vereinbart –, und wir stärken damit nicht nur die zentrale Einnahmeverwaltung des Landes, die stark belastet ist, sondern wir sorgen auch für Steuergerechtigkeit.

Das war übrigens auch ein wichtiger Grund, warum wir, das Land, in unserer Verantwortung für unsere Steuerverwaltung, für unsere Steuerfahnder dem Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zustimmen konnten. Denn es wäre ein Schlag ins Gesicht unserer Steuerfahnder gewesen, die gerade gegen Schweizer Banken wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung ermitteln, wenn wir mit dem Steuerabkommen jetzt quasi eine Amnestie erlassen hätten. Wir hätten diese ganzen Fahndungserfolge, diese Ermittlungsverfahren ins Leere laufen lassen. Eines ist klar: Wir stehen an der Seite unserer Steuerbeamtinnen und -beamten, wir stehen an der Seite unserer Steuerfahnder, um Steuergerechtigkeit in unserem Land durchzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei all den notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen investieren wir mit diesem Doppelhaushalt in die Zukunft des Landes:

Wir lösen den Sanierungsstau bei den Landesgebäuden, beim Hochwasserschutz, bei den Landesstraßen auf.

Wir vervierfachen die Mittel für die energetische Sanierung von Landesgebäuden, insbesondere im Hochschulbereich.

Wir sorgen dafür, dass über den Wohnungsbau, über die Wohnungsbauförderung des Landes Wohnraum in den Großstädten, in den Ballungsräumen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung steht.

Wir investieren in die Verkehrsinfrastruktur – nicht nur in die Schieneninfrastruktur, sondern auch in den Straßenneubau.

Wir nehmen sehr viel Geld in die Hand, um hinsichtlich der Chancengleichheit in der Bildung voranzukommen.

Wir bauen die Kleinkindbetreuung, die Sprachförderung, die Schulsozialarbeit aus. Wir stellen sicher, dass es mehr Krankheitsvertreter gibt, dass die Pädagogischen Assistenten weiterarbeiten können.

Wir bauen die Masterstudiengänge aus. Wir führen die Überlast der Dualen Hochschule teilweise in die Grundlast über.

All das sind Maßnahmen, um die wichtigste Ressource in unserem Land, nämlich die Köpfe, weiter voranzubringen und damit auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken. Diesen Wunsch, diese Anstrengung, immer wieder in Bildung, Forschung und Hochschule zu investieren, werden wir auch in Zeiten der Konsolidierung nicht aufgeben, damit wir auch in Zukunft ganz vorn in der Welt mitspielen können.

(Minister Dr. Nils Schmid)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Peter Hauk CDU: Spärlicher Beifall!)

Wir setzen aber auch Schritt für Schritt den Koalitionsvertrag in den Feldern um, in denen die ökologische und gesellschaftliche Modernisierung des Landes unbedingt erforderlich ist. Ich denke an den Naturschutz, an die Energiewende, an die integrationspolitische Arbeit. Ich denke aber auch an unsere neuen Formen der Unterstützung der Kunst.

All dies zeigt: Baden-Württemberg ist auf einem guten Weg, nicht nur was die Konsolidierung, sondern auch was ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Land anbelangt.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Landeshaushalt zu. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition!

(Abg. Peter Hauk CDU: „Herr Präsident“! – Abg. Winfried Mack CDU: So beginnt man keine Rede!  
Man wendet sich an das Parlament!)

Wir haben kein Problem damit, uns inhaltlich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Das wäre wirklich spannend; aber leider haben Sie nichts geliefert.

Lieber Kollege Herrmann, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie hier behaupten, wir hätten Kleinkindbetreuung, Schulsozialarbeit, Sprachförderung und anderes mehr auf Pump finanziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch so! – Zuruf von der CDU: Das ist die Wahrheit! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das finde ich unredlich. Vergessen Sie nicht: Wir haben die Grunderwerbsteuer zum Zweck des Ausbaus der Kleinkindbetreuung erhöht und haben die dadurch erzielten Mittel im Verhältnis 1 : 1 an die Kommunen gegeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zurufe der Abg. Klaus Herrmann und Matthias Präfrock CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sind stolz darauf, dass die Kommunen mit dieser grün-roten Landesregierung endlich eine partnerschaftliche Zusammenarbeit haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Wir sorgen für den Finanzausgleich, und wir sorgen dafür, dass unsere Kommunen eine finanziell gute Ausstattung haben. Auch das ist eine neue Politik, die gefragt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie stellen sich hier hin und behaupten, wir würden unsere Politik auf Kosten künftiger Generationen machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, was sind denn Schulden?)

Was haben Sie denn in der Vergangenheit gemacht?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Nullneuerschuldung erreicht! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Lieber Kollege Herrmann, ich erinnere nur an ein Stichwort:

(Abg. Volker Schebesta CDU: An 2008, an 2009!)

Zerobonds 1986.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Sie haben Kredite aufgenommen, aber die Tilgung und die Zinszahlungen weit in die Zukunft verlagert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das ist Leben auf Kosten zukünftiger Generationen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Da müssen Sie aber lange zurückgehen!)

Kollege Herrmann, ich finde es schon fast süß, dass Sie hier sagen: „Die neuen Schulden der grün-roten Landesregierung belasten die nächsten Haushalte jährlich mit 70 Millionen €.“

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Jetzt sage ich Ihnen einmal: Die Zerobonds aus dem Jahr 1986 haben uns allein im Jahr 2011 112 Millionen € gekostet; 2006 waren es 265 Millionen €. Und das ist noch nicht das Ende. Nur so viel zu dieser Vergangenheit.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Kollege Rülke, Sie behaupten, wir hätten die Ausgaben voluminös erhöht. Ich greife nur ein Beispiel aus dem Etat des Staatsministeriums auf, an dem man deutlich machen kann, dass Sie bei diesem Haushalt nichts begriffen haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU meldet sich.)

Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss wurde dargelegt: In Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen – waren 2012 11,9 Millionen € ausgebracht. 2013 steigen die Ausgaben auf 13,1 Millionen €, und 2014 sinken sie wieder auf 10,9 Millionen €. Die Steigerung 2013 geht vor allem auf die Ausrichtung der bundesweiten Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit zurück, die im nächsten Jahr in Stuttgart stattfinden.

Sind Sie dagegen, dass wir diesen Tag feiern? Das wurde im Ausschuss erklärt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollegin Aras, gestatten Sie – –

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Nein, keine Fragen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der „Süße“ wollte etwas fragen!)

Dann zum Vergleich mit Bayern. Was ich an uns Baden-Württembergern bzw. an uns Schwaben und uns Badenern wirklich schwierig finde: Warum müssen wir immer so bescheiden sein?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was die Schulden anlangt?)

Wir sind doch viel besser als die Bayern, auch in der Finanz- und Haushaltspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich habe es in der vergangenen Woche an dieser Stelle bereits gesagt: Der Haushalt von Bayern hat ein Volumen von 47 Milliarden €, unser Haushalt hat ein Volumen von 40 Milliarden €. Bayern hat Zinsaufwendungen in Höhe von 630 Millionen € zu verzeichnen, während wir 1,9 Milliarden € für Zinsen ausgeben. Wir geben also 1,3 Milliarden € mehr für Zinsen aus als Bayern. Hätten wir diese Altschulden nicht, könnten wir locker Rücklagen für die Zukunft bilden. Wir sind deutlich besser als die Bayern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber die Verschuldung ist in Baden-Württemberg höher! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie unsere Zinsaufwendungen anführen, sollten Sie bedenken, dass unsere Kreditaufnahme im Jahr 2014 mit 1,4 Milliarden € immerhin um 500 Millionen € niedriger ausfällt als die Zinslasten, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kollege Hauk, ich habe kein Problem, mich inhaltlich mit Ihnen auseinanderzusetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich habe doch heute gar nichts gesagt!)

Es ist aber unredlich, Tatsachen bewusst falsch darzustellen. In einer Pressemitteilung in der vergangenen Woche haben Sie behauptet:

*Zur Aufgabe der Landesregierung gehört auch, eine funktionierende Infrastruktur herzustellen. Doch Grün-Rot hat angekündigt, in den nächsten Jahren keine neuen Straßen bauen zu wollen.*

Das ist einfach unredlich, Kollege Hauk. Stellen Sie sich dieser Diskussion!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein Wort zur Steuergerechtigkeit und zu dem Steuerabkommen mit der Schweiz, das jetzt zum Glück nicht zustande gekommen ist. Wenn Sie in einer Pressemitteilung behaupten, dass Grün-Rot näher bei den Steuerbetrügern sei als beim ehrlichen Steuerzahler, dann frage ich mich, warum Sie die

personelle Ausstattung der Steuerverwaltung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten abgebaut haben. Das trägt nicht zur Steuergerechtigkeit bei. Wir stärken unsere Steuerverwaltung, indem wir Prüfer einstellen, um so zu mehr Steuereinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein Satz zu Herrn Rülke. Herr Rülke, Sie haben nicht nur den Haushalt nicht verstanden, Sie sind auch absolut orientierungslos.

(Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gut!)

Sie können nicht auf der einen Seite eine sofortige Nullneuschuldung fordern und auf der anderen Seite ein Angebot machen, wonach die Aufnahme neuer Schulden in Höhe von 4,2 Milliarden € offenbar in Ordnung ist. Entscheiden Sie sich, was Sie wollen!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD spricht Kollege Maier.

**Abg. Klaus Maier** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! So richtig vorwärtskommen sind wir nach den Reden der Opposition mit unseren Sparvorschlägen nicht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eher rückwärts! Rückwärtsgewandt!)

Es ist noch nichts richtig Brauchbares dabei.

(Abg. Peter Hauk CDU: Heuchler! Sie tun ja gerade so, als hätten Sie sie ernsthaft beraten!)

Eines aber ist interessant. Sie haben gesagt, wenn als Kompromiss die Hälfte der eingeplanten Schulden aufgenommen würden, könnten Sie mitmachen und auch eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung mittragen. An dieser Stelle muss ich Ihnen das Kompliment zurückgeben, das Sie mir gemacht haben. Sie sind dabei, dazuzulernen. Sie merken, dass es nicht ohne Schulden geht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Heißt das, das Angebot von uns wird angenommen?)

Deshalb rufe ich dazu auf: Machen Sie weiter, bleiben Sie im Gespräch! Wir können vielleicht doch noch einen Weg finden, das über die Verfassung zu lösen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Maier, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kößler?

**Abg. Klaus Maier** SPD: Ja, bitte.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Ich will einmal in die Zukunft schauen. Uns ist es wichtig – –

(Unruhe)

**Präsident Guido Wolf:** Eine Zwischenfrage, Kollege Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Wir reden jetzt nicht mehr über die Erblast. Das lassen wir jetzt bleiben. Ich will jetzt in die Zukunft schauen.

(Zurufe)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden.

Ich will einmal in die Zukunft schauen. Uns ist es wichtig, dass ein Konsolidierungspfad zustande kommt, der vor 2020 – vielleicht 2016 oder 2017 – endet. Sagen Sie uns einmal, wie Sie diesen Konsolidierungspfad darstellen wollen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Lesen!)

**Abg. Klaus Maier** SPD: Herr Kößler, ich weiß, Sie gehören zu den vernünftigen Abgeordneten,

(Oh-Rufe – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist jetzt ein Vorwurf!)

die einsehen, dass es ohne Konsolidierungspfad nicht geht. Wir legen Ihnen den Finanzplan 2020 vor, und auf dieser Basis können wir dann verhandeln, wie wir weitermachen, allerdings unter der Bedingung, dass Sie Sparvorschläge mitbringen müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich möchte noch eines anfügen: Bei der ganzen Debatte – da geht es natürlich um Schulden und viele Zahlen – fehlt mir ein bisschen die politische Substanz bei der Opposition; die vermisste ich. Dort wird gesagt, wir machten ein Volksbeglückungsprogramm. Aber schauen wir uns das einmal ernsthaft an. Beispiel Polizeireform: Dazu hat schon vor einem Jahr der Leiter eines Reviers Herrn Minister Schmid gesagt: „Bei der Polizei ist es fünf nach zwölf. Wir müssen dringend etwas machen.“ Die Antwort darauf hat der Innenminister gegeben. Das ist solide durchfinanziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist das denn durchfinanziert?)

Das ist kein Volksbeglückungsprogramm, sondern das ist notwendige Politik.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dazu stehen 10 Millionen € im Haushalt! Wo ist das durchfinanziert? Das möchte ich mal sehen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo ist das durchfinanziert?)

Meine Damen und Herren, bei den Schulen stimmen die Eltern mit den Füßen ab. Da sind auch wir, die Politik, gefragt, Antworten und Lösungen vorzulegen.

Oder denken Sie einmal darüber nach, was los wäre, wenn wir den Hochwasserschutz schleifen lassen würden und ein Hochwasserereignis eintreten würde. Da geht es um Pflichtaufgaben, die wir wahrnehmen müssen. Das bezieht sich auch auf die Energiewende. Das ist kein Volksbeglückungsprogramm.

Meine Damen und Herren, gestern war ich Gast in einer Stadtratssitzung. Die Mitglieder des Stadtrats haben sich Sorgen gemacht, wie sie die Kinderbetreuung stemmen können. Sie sind froh, dass es ab 2014 eine Erstattung in Höhe von 68 % der Betriebskosten durch das Land gibt. Sie haben sich Ge-

danken darüber gemacht, wie sie ihre Schulentwicklung ordnen können, und sind einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, eine Gemeinschaftsschule zu beantragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Sehr gut!)

Sie wollen als Antwort auf die Energiewende ein Bürgerwindrad errichten. Und sie wollen natürlich auch eine neue Straße; das ist ganz klar.

Die Antwort auf diese Wünsche der Menschen und auf diese wichtigen politischen Erfordernisse finden Sie im Entwurf des Staatshaushaltsplans 2013/14. Deswegen können wir dem zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse in Zweiter Beratung, Drucksachen 15/2720 und 15/2721.

Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2013/14

Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Drucksache 15/2720. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich, wie in früheren Jahren praktiziert, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufe und zur Abstimmung stelle. Den vorliegenden Entschließungsantrag werde ich bei dem entsprechenden Einzelplan aufrufen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 01 – Landtag – ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 – Staatsministerium – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 – Innenministerium – ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 05 – Justizministerium – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 11 – Rechnungshof – ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2819.

Ich lasse zuerst über den Einzelplan abstimmen. Wer dem Einzelplan 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag, Drucksache 15/2819, abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Entschließungsantrag ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 15 – Ministerium für Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur Abstimmung über das

Staatshaushaltsgesetz 2013/14

Abstimmungsgrundlage dafür ist die Drucksache 15/2721.

Ich rufe auf

§ 1

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6 a

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 8 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 10

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 10 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 11 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 12

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 13

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 13 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 14 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 15

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 15 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Dezember 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landstariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) – Drucksache 15/2742**

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zurufe: Pst!)

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

*Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange ... gut ..., als sie den Menschen ... zum Nutzen und Segen gereicht.*

Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, jetzt können Sie auch bei einer Rede von mir einmal völlig befreit mitklatschen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wegen!)

Denn dieses Zitat stammt vom Vater der sozialen Marktwirtschaft, von Ludwig Erhard.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Peter Hauk CDU)

Er wusste noch um den Wert der Arbeit, er wusste noch: „Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstands.“ Was Ludwig Erhard noch wusste, scheinen viele, die sich als seine Erben re-

klamieren, längst vergessen zu haben. Doch es ist, wie unser früherer Bundespräsident Johannes Rau sagte:

*Wer in der Arbeit bloß einen reinen Kostenfaktor sieht, dessen Preis so weit wie möglich gedrückt werden muss, der hantiert mit sozialem Sprengstoff, der rüttelt an den Grundfesten unserer Zivilisation.*

Genau so ist es. Deshalb machen wir Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge setzen wir einen Meilenstein auf diesem Weg. Denn damit kommen wir unserem großen Ziel ein Stück näher. Wir wissen, dass unfaire Löhne eine der großen Bedrohungen des sozialen Friedens und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft sind. Fairer Lohn für gute Arbeit – das muss für uns, für jeden in dieser Gesellschaft gelten. Deshalb leisten wir mit diesem Gesetzentwurf auch einen wichtigen Beitrag zum Miteinander auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt.

Damit ist es natürlich nicht getan. Wir brauchen auf Bundesebene endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Aber mit der ordentlichen Bezahlung für öffentliche Aufträge im öffentlichen Beschaffungswesen machen wir hier im Land einen wichtigen Anfang.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir setzen ein Zeichen, indem wir Lohn- und Sozialdumping im öffentlichen Beschaffungswesen unterbinden. Denn Lohndumping verletzt die Würde der Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lohndumping gefährdet tarifgebundene Arbeitsplätze, z. B. auch im öffentlichen Personennahverkehr. Es setzt ferner die redlichen Unternehmer unfairem Wettbewerb aus. Genau deshalb, zugunsten dieser redlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, wollen wir dieses Lohndumping bekämpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Entwurf dieses Gesetzes hat ein umfangreiches Beteiligungs- und Anhörungsverfahren durchlaufen. Mit 23 Eingaben hatten sich Kammern, Gewerkschaften, Verbände und Innungen am Gesetzgebungsprozess rege beteiligt. Es gingen umfangreiche Stellungnahmen aus vielen Bereichen der Wirtschaft ein. Dementsprechend breit war auch der Austausch der Argumente. Die Eingaben wurden bewertet, geprüft und abgewogen. Viele Argumente haben wir bereits bei der Vorbereitung des Anhörungsentwurfs berücksichtigt, sodass sich nach der Verbändeanhörung nur ein insgesamt moderater Anpassungsbedarf für den Gesetzentwurf ergeben hat. Auch das zeigt, dass wir dieses Gesetz sorgfältig vorbereitet haben.

Meine Damen und Herren, mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge gehen wir, die öffentliche Hand, mit gutem Beispiel voran. Wir wollen sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur

(Minister Dr. Nils Schmid)

an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten bei der Ausführung des Auftrags Tariflöhne bzw. mindestens 8,50 € pro Stunde zahlen.

Die Grundkonzeption des Gesetzes beruht auf drei Säulen:

Erstens dürfen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die die maßgeblichen Tarifverträge nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingengesetz einhalten.

Zweitens dürfen öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen im ÖPNV nur an Unternehmen vergeben werden, die die am Leistungsort repräsentativen Tarifverträge einhalten.

Und drittens besteht in allen übrigen Fällen ein Auffangtatbestand. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge entsteht die Verpflichtung, den Beschäftigten ein Mindestentgelt von 8,50 € pro Stunde zu zahlen. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen Lohndumping hier in Baden-Württemberg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Gebot der Wirtschaftlichkeit zwingt den öffentlichen Auftraggeber, den Zuschlag für das wirtschaftlich günstigste Angebot zu erteilen. Erhält dieses Angebot den Zuschlag aber dadurch, dass das anbietende Unternehmen untertariflich entlohnte Beschäftigte einsetzt, so führt dies zu einer Wettbewerbsverzerrung. Das schadet Unternehmen, die ihre Mitarbeiter anständig nach Tarif bezahlen und ebenfalls um den Auftrag konkurrieren.

Wir sind der Überzeugung, dass dieses Lohndumping gerade auch im Wettbewerb in einer sozialen Marktwirtschaft kein Wettbewerbsvorteil sein darf. Deshalb wollen wir dies abstellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieses Gesetz bettet sich also ein in die Rahmengesetzgebung zur sozialen Marktwirtschaft, indem wir faire Voraussetzungen für alle Unternehmen schaffen, wenn es um öffentliche Aufträge geht. Damit stärken wir gerade auch die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen, der Handwerksbetriebe. Wie auch in zahlreichen anderen Bundesländern soll dieses Gesetz europarechtskonform und unbürokratisch durch Tarifreueerklärungen der Unternehmen umgesetzt werden. Dazu wird dann noch eine Servicestelle eingerichtet, die keinen Mehraufwand erfordert, sodass wir auch in der Umsetzung schlank unterwegs sind.

Unterm Strich bleibt: Die öffentliche Hand geht als Auftraggeber mit gutem Beispiel voran. Wir setzen ein Zeichen gegen Lohndumping und gegen unfairen Wettbewerb, für wirtschaftlichen Erfolg, der gleichermaßen dem Gemeinwohl zugutekommt. Denn genau das ist nach Ludwig Erhard das Ziel guter Wirtschaftspolitik: Sie soll den Menschen zum Nutzen und Segen gereichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Gottes Segen!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Löffler.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In einem Land des Mittelstands darf Lohndumping nicht zu einem Geschäftsmodell werden. Das hat der Ministerpräsident in Karlsruhe auf der Gewerkschaftstagung gesagt. Sie haben recht; ich kann Ihnen da gar nicht widersprechen. Fairer Lohn ist soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir führen jetzt mit dem Tarifreuegesetz einen Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde für öffentliche Aufträge ein, die eine Bagatellgrenze von 20 000 € überschreiten. Soziale Gerechtigkeit beginnt offenbar bei 20 000 €. Wer hat Ihnen denn das erzählt? Peer Steinbrück? 95 % aller öffentlichen Aufträge liegen unterhalb dieser Bagatellgrenze. Was heißt das? Hungerlöhne, Kinderarbeit sind tarifreuegerecht völlig unproblematisch?

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Blödsinn!)

Ist das soziale Gerechtigkeit? Kann das richtig sein?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich halte das, offen gesagt, für eine Schande.

Jetzt surft der Finanz- und Wirtschaftsminister auf der Schleimspur der Gewerkschaften daher

(Unruhe bei der SPD)

und erzählt etwas vom „Musterland für gute Arbeit“. Das hatten wir ja noch nie. Ein Tarifreuegesetz soll es jetzt richten. Im öffentlichen Auftragswesen soll es jetzt einen Mindestlohn geben.

Wo Mindestlohn draufsteht, ist aber noch lange nicht Mindestlohn drin. Denn Lohn als solcher ist nur dann begrifflich vorhanden, wenn auch ein Rechtsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber besteht, dass dieser Lohn auch ausgezahlt wird. Doch in diesem Gesetz sind wie im „Malleus Maleficarum“ alle Grausamkeiten geregelt. Es gibt eine Litanei von Strafmaßnahmen, angefangen mit Vertragsstrafen von 5 % der Vertragssumme bis zur fristlosen Kündigung, Schadensersatz und drei Jahre Ausschluss vom Vergabeverfahren, aber ein Rechtsanspruch eines Arbeitnehmers auf Auszahlung eines Mindestlohns ist in diesem Gesetz nicht geregelt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hört, hört!)

Begrifflich gesehen geht es nicht um einen Lohn, sondern um ein Konstrukt, wie im öffentlichen Auftragswesen ein Stundenlohn im Einzelnen zu zahlen ist. Mehr ist das eigentlich rechtlich nicht.

Betriebswirtschaftlich hat das auch noch einen Pferdefuß. Wer glaubt, dass der Stundenlohn das entscheidende Kriterium in einem Businessplan ist, um ein Geschäft zu schließen, der irrt. Ein Businessplan wird erarbeitet über die Anzahl der Stunden, über Manntage und Mannmonate.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Und Frau!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Künftig wird der Wettbewerb nicht über den Stundenlohn erfolgen, sondern über die Anzahl der Tage und die Anzahl der Stunden. Derjenige, der weniger anbietet – –

(Staatssekretär Ingo Rust: Multipliziert mit dem Stundenlohn!)

– Multipliziert. Das wird aber nicht ausreichen. – Künftig wird derjenige den Zuschlag bekommen, der weniger Tage und weniger Stunden anbieten wird. Es wird so sein, dass Akkordarbeit

(Unruhe bei der SPD)

im öffentlichen Auftragswesen Standard wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach Quatsch!)

– Doch, so wird es sein. Das ist das Gebot der Wirtschaftlichkeit: Wer für weniger anbietet, bekommt auch den Zuschlag.

(Zuruf der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

In 150 Jahren SPD haben Sie heute zum ersten Mal in der Geschichte dieser Partei mit diesem Gesetzentwurf einen Entwurf vorgelegt, durch dessen Umsetzung die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten deutlich verschlechtert würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

– Das ist so.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die Leute wundern sich sehr!)

– Sie haben noch nie eine Stempeluhr gedrückt. Sie wissen nicht, wie das funktioniert.

Aber es kommt noch wesentlich schlimmer. § 7 dieses Entwurfs sieht vor, dass dem Staat sämtliche kalkulatorischen Informationen, alle Verträge mit Subunternehmen, Nach- oder Verleihunternehmen, alles, was direkt oder indirekt, mittelbar oder unmittelbar in kalkulatorischer Weise Lohnbestandteile betrifft, vorgelegt werden müssen. Man muss dem Staat alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vorlegen. Wozu eigentlich?

Das kann ich vielleicht gerade noch akzeptieren. Aber das Problem besteht darin, dass ich als Unternehmer das Gleiche auch bei meinen Nach- und Subunternehmern einfordern muss.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, sicher!)

Das sind aber doch relevante personenbezogene Daten. Da ist doch der Datenschutz ein großes Problem. Sie haben im Rahmen der Anhörung jedoch den Landesbeauftragten für den Datenschutz überhaupt nicht gefragt. Wie komme ich als Unternehmer dazu, von einem – in anderen Fällen – möglichen Konkurrenten

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Subunternehmer!)

Daten zu sammeln, die ich, wenn ich einmal mit ihm im Wettbewerb stehe, gegen ihn verwenden kann?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Alle kleinen Handwerksbetriebe, alle kleinen und mittleren Unternehmen, die diese Daten vorlegen müssen, werden bei der Preisverhandlung plattgemacht. Das ist Ihre Mittelstandspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

Dieses Konzept ist ordnungspolitisch völlig verfehlt, und es ist auch nicht notwendig.

Der nächste Punkt ist: Im Sozialministerium scheinen die Beamten offenbar Sudoku zu spielen. Aber jetzt machen Sie noch einen Beirat und pöppeln einen adipösen Amtsschimmel auf. Künftig sollen dort auch die Mindestlöhne und die Tariftreuregelung festgelegt werden – durch Rechtsverordnung, versteht sich –, damit Sie es hier im Parlament gar nicht mitbekommen.

Unabhängig davon, dass ich es für problematisch halte, dass in einem Landesgesetz Mindestlöhne festgelegt werden können, halte ich das für den völlig falschen Weg. Das Ruffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofs sagt es doch eindeutig: Zulässig sind Tariftreuregelungen nur dann, wenn sie in Entsenderichtlinien, in allgemeinen Tarifverträgen oder in Regelungen zu einem gesetzlichen Mindestlohn enthalten sind. Den haben Sie hier in keiner Weise.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Dr. Löffler, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Es lohnt sich noch.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, fairer Wettbewerb sieht anders aus. Sie können mit der CDU über Mindestlöhne und über fairen Wettbewerb sprechen. Aber dieses Gesetz geben Sie bitte in den Reißwolf. Es ist bürokratisch, es ist so unnötig wie ein Doppelkropf.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den von Herrn Kollegen Löffler angeführten Problemen bezüglich Sudoku und Adipositas komme ich zur Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nehmen wir uns doch einmal der Kritikpunkte am Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Vergaben in Baden-Württemberg an. Da sind wir zum einen bei der Frage: Ist das Gesetz rechtlich möglich? Es ist rechtlich möglich. Wir beachten das Ruffert-Urteil; es ist europarechtlich abgesichert.

Lieber Kollege Löffler, Sie haben in den letzten Monaten parlamentarisch zahlreiche Anträge zu diesem Thema gestellt. Es war eine wahre Fleißarbeit.

(Andrea Lindlohr)

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Was ja auch Aufgabe eines Parlamentarierers ist!)

Sie haben die europarechtliche Möglichkeit angezweifelt. Sie haben das Kartellrecht angeführt. Das Ergebnis war jedes Mal null.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ihre Antworten waren null!)

Jetzt haben Sie noch einen anderen Weg aufgezeigt. Sie hatten schon vertiefte Kenntnisse, warum Ihre Angriffspunkte als Argumente nicht ziehen und – siehe Nordrhein-Westfalen und andere Bundesländer auch – selbstverständlich dieses Gesetz möglich ist. Heute kommen Sie hier nun mit der Einklagbarkeit des Lohnes.

Lieber Kollege Löffler, um es klar zu sagen: Wir sind hier im Vergaberecht, wir sind nicht im Arbeitsrecht. Wir sind nicht der Bund, wir sind das Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Eben!)

Es geht um Tariftreue für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg und um einen vergabespezifischen Mindestlohn. Das sind die zwei Elemente. Es geht um das Vergaberecht. Bitte orientieren Sie sich doch hier noch einmal in der Sache.

Wie wirkt das Gesetz überhaupt? Wir haben zum einen den Bereich der Tariftreue nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Der Minister hat es ausgeführt. Wir haben verschiedene Branchen, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst sind. Die sind hier natürlich rechtlich schon geregelt, aber wir verstärken diese Bindekraft durch die landesrechtliche Regelung.

Wir haben den sehr wichtigen Bereich des Verkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt!)

der vom Europarecht ganz anders erfasst ist. Wir haben hierzu im Entwurf eine sehr weitgehende Regelung. Deswegen haben die Verkehrsverbände auch eine hohe Zustimmung zu diesem Entwurf signalisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn hier können wir für Baden-Württemberg selbst wirken. Im Entwurf steht, dass ein in Baden-Württemberg in dieser Branche geltender und repräsentativer Tarifvertrag angewandt werden muss. Wenn wir überlegen, wie viel europarechtlicher Druck auf den Dienstleistungen im Verkehrsbereich liegt und was das für unsere Omnibusunternehmer heißt, wird klar: Wir schaffen hier eine Regelung, die sicherstellt, dass im Busverkehr Löhne gezahlt werden, mit denen man in Baden-Württemberg auch leben kann. Das ist auch den Arbeitgebern im Verkehrsbereich sehr recht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der dritte Bereich ist der vergabespezifische Mindestlohn. Auch den können wir in Baden-Württemberg sehr gut gebrauchen. Das ist etwas, was wir regeln können. Es geht um öffentliche Aufträge. Um es noch einmal zu sagen: Auch hier in Baden-Württemberg gibt es viele Unternehmen, die keiner Tarifbindung unterliegen, und auch bei uns gelten Tarifentgelte,

die sehr niedrig sind. Sie liegen z. B. für Maler und Lackierer in ganz Westdeutschland bei 6,59 € pro Stunde und für die Systemgastronomie in Westdeutschland bei 7,50 € pro Stunde als Einstiegslohn. Selbstverständlich gilt für viele Unternehmen auch gar keine Tarifbindung.

Wenn also die öffentliche Hand einen Auftrag vergibt, dann ist sie mit 8,50 € pro Stunde auf der sicheren Seite; dies wirkt sozial und regelt den Wettbewerb.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die zentrale Regelung betrifft die Nachunternehmer und die Leiharbeit. Hier tritt doch die wahre Wirkung des geplanten Gesetzes hervor. Diese gilt auch für die Branchen, die in dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz geregelt werden. Unsere Mittelständler, die gut zahlen, haben sich doch am meisten geärgert, wenn ein Unternehmer einen Auftrag bekommt und diesen am Ende an Subunternehmer weitergibt, die sehr geringe Löhne zahlen.

Das Gesetz entfaltet hinsichtlich der Nachunternehmer und Leiharbeiter seine wahre Wirkung, um den Wettbewerb hier in Baden-Württemberg auf sichere Füße zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Gesetz ist überhaupt nicht bürokratisch aufwendig. Denn die wichtigste Wirkung erzielen wir dadurch, dass wir eine schwarze Liste einführen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Auch das noch!)

Die wichtigste Wirkung erzielen wir eben nicht dadurch, dass der Aufwand sehr groß ist und wir eine eigene Behörde oder so etwas haben.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Also ein Polizeistaat! Schwarze Listen!)

Das alles haben wir nicht gemacht. Wir haben ein schlankes Gesetz, das unseren Unternehmen nur einen geringen Aufwand bereitet. Das war uns Grünen und der gesamten Koalition wichtig.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Eine grüne Liste können Sie machen!)

Eine wichtige Wirkung ergibt sich daraus, dass bei einem wiederholten Verstoß gegen das Gesetz die Unternehmen für drei Jahre von öffentlichen Vergaben ausgeschlossen werden können. Diese präventive Wirkung wird dem Gesetz zum Durchbruch verhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Kollege Löffler, Sie müssen sich schon entscheiden. Einerseits sagen Sie, ein Schwellenwert von 20 000 € sei eine Schande. Andererseits kritisieren Sie, dass schon der Vorhalt von Unterlagen den Unternehmen nicht zuzumuten sei. Was wollen Sie? Ich glaube, Sie haben dazu einfach keine Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Orientierungslos! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ich avisiere es nur richtig!)

(Andrea Lindlohr)

Uns liegt ein Gesetzentwurf vor, den wir, die Fraktion GRÜNE, sehr begrüßen. Wir begrüßen, dass wir hiermit fairen Wettbewerb für unsere Mittelständler bei der Vergabe öffentlicher Aufträge herstellen, sodass nicht mehr derjenige bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Wettbewerb profitiert, der schlechte Löhne zahlt, sondern derjenige, der sich an Tarifverträge hält und ein Mindestentgelt zahlt. Fairer Wettbewerb gerade für unseren Mittelstand und faire Löhne gehen zusammen. Das beweisen wir hier.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Storz das Wort.

**Abg. Hans-Peter Storz SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche haben wir hier über den Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) – debattiert. Ich habe deutlich gemacht, dass es der Wirtschaft gut geht, wenn die Unternehmen Gewinne machen und wenn sie ihre Mitarbeiter durch faire und gute Löhne gerecht am Erfolg des Betriebs beteiligen. Beide Seiten gehören zusammen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das ist das Erfolgsmodell der Wirtschaft in unserem Land. Doch leider halten sich nicht alle Unternehmer an diese Grundsätze. Ein wesentliches Element der sozialen Marktwirtschaft ist der freie Wettbewerb. Doch wo man die Freiheit hat, neigt der Mensch dazu, diese zu missbrauchen. Diese Freiheit bedroht auch das System unserer sozialen Marktwirtschaft, sei es durch die Bildung von Monopolen, sei es durch Dumping, indem Konkurrenten durch Preise unterhalb der Herstellungskosten aus dem Markt gedrängt werden sollen.

Schon seit Jahren ist der Wettbewerb um öffentliche Aufträge nicht mehr fair. Nach geltendem Recht müssen Land und Kommunen unseriösen Bietern den Zuschlag geben, obwohl alle Beteiligten wissen, dass diese nur aufgrund von Ausbeutung günstiger als ihre Konkurrenten sind. Der ehrbare Kaufmann, der seriöse Handwerker waren allzu oft die Dummen.

Wenn der Landtag heute über das Tariftreue- und Mindestlohngesetz diskutiert, sprechen wir über eine Maßnahme – wir haben es schon von Minister Nils Schmid gehört –, die ganz im Sinne Ludwig Erhards wäre. Wir erfüllen mit diesem Gesetz eine wesentliche wirtschaftspolitische Aufgabe. Wir legen allgemeinverbindliche Spielregeln fest.

Die Regelungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge zwingen uns dazu, das günstigste Angebot anzunehmen. Wenn aber Billiglöhne und Lohndumping die Basis des Angebots darstellen, wird der Wettbewerb verzerrt. Ausgerechnet der Staat muss aufgrund der bisherigen gesetzlichen Regelungen Ausbeuter, windige Firmenkonstrukte und Sozialmissbrauch bevorzugen. Unglaublich kann man nicht werden. Mit Marktwirtschaft hat das nichts zu tun, mit sozialer Marktwirtschaft,

dem Wirtschaftsmodell, das auch Sie, die Opposition, unterstützen, schon gar nichts, meine Damen und Herren.

Mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz entziehen wir diesem wettbewerbsfeindlichen Treiben die Grundlage.

Zum Inhalt des Gesetzes: Das Gesetz sieht vor, dass nur Firmen öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen – auch im öffentlichen Personennahverkehr – erhalten dürfen, die ihren Mitarbeitern mindestens den jeweils gültigen Tariflohn zahlen. Maßgeblich ist dabei ein repräsentativer Tarifvertrag, den die Sozialpartner frei vereinbart haben. Sollte es keinen Tarifvertrag geben oder dieser die Arbeitnehmer schlechterstellen, müssen sich die Unternehmen verbindlich an einem Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde orientieren.

Wir wollen, dass die Unternehmer, die mit ihren Mitarbeitern anständig umgehen und ihnen einen gerechten Lohn zahlen, eine faire Chance im Wettbewerb haben. Es profitieren vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Wir sichern Arbeitsplätze im Handwerk und verhindern die Ausbeutung durch Dumpinglöhne.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben es schon gehört: Das Gesetz orientiert sich an den geltenden bundesgesetzlichen Regelungen wie dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungen-gesetz. Es ist mit den europarechtlichen Vorgaben vereinbar. Unser Ziel war, ein schlankes Gesetz auf den Weg zu bringen,

(Lachen des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

das wesentliche Vorgaben macht. Wir haben bewusst auf manche Regelungen verzichtet, die in den Tariftreuegesetzen anderer Länder stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

So haben wir für die Unternehmen ein praktikables Verfahren ohne nennenswerten Verwaltungsaufwand entwickelt.

Wir leisten mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz einen Beitrag zur Sicherung und Förderung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Gleichzeitig ist dieses Gesetz ein weiterer Teilschritt auf dem Weg zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aber darum geht es hier nicht!)

Viele Arbeitnehmer sind unter Druck, ihre Arbeitskraft zu jedem Lohn anzubieten. Niedriglöhne, von denen niemand leben kann, verursachen Armut und stehen so den Zielen unserer Wirtschaftsordnung entgegen. Darauf hat erst gestern die Nationale Armutskommission hingewiesen. Sie macht deutlich, dass gerade Niedriglöhne der Grund für Armut sind und dass die Politik durch einen Mindestlohn dieser Armut entgegen-treten kann. Armut bekämpft man eben nicht durch Transferleistungen, sondern Armut bekämpft man durch Arbeit, und zwar durch gute Arbeit, die einen gerechten Lohn verdient.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann ich feststellen: Das Tariftreue- und Mindestlohngesetz stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen, es

(Hans-Peter Storz)

stützt unseren Mittelstand und sichert auch Arbeitsplätze. Es ist eine Maßnahme, um der Armut in unserem Land entgegenzuwirken. Das Tarifreue- und Mindestlohngesetz verdient daher eine große Mehrheit in unserem Landtag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Grimm das Wort.

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur einmal angenommen, meine Damen und Herren von der Regierung, wir hätten in unserem Land eine Arbeitslosenquote, die doppelt so hoch wäre wie derzeit, nämlich 10 % oder 11 %. Gleichzeitig würde die Jugendarbeitslosigkeit bei den 14- bis 24-Jährigen bei 25 % liegen. Ich kann mir vorstellen, dass Sie selbst dann auf die Idee kämen, einen Mindestlohn einzuführen – vielleicht nicht nur für die öffentlichen Aufträge in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie halten diese von mir genannten Annahmen wahrscheinlich für utopisch oder für reine Fantasie. Da gebe ich Ihnen schon recht. Aber ich habe auch nicht Deutschland und seine gute Wirtschaftslage gemeint, sondern ich habe von Frankreich gesprochen, unserem Nachbarland. Das ist die zweitgrößte Wirtschaftsmacht in der EU nach Deutschland.

Frankreich hat das, was Sie von der Regierung hier im Ländle haben wollen und was die CDU im ganzen Bundesgebiet haben will. Frankreich hat schon seit 1950 einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser wird jedes Jahr der Wirtschaftslage und politischen Zielen angepasst. Seit dem 23. Dezember 2011 beträgt dieser Mindestlohn brutto 9,22 € pro Stunde. Jetzt erklären Sie uns einmal, was Sie mit Ihrem Ländle-Mindestlohn bezwecken. Wollen Sie in eine gelenkte Volkswirtschaft wie in Frankreich einsteigen, oder wollen Sie gar eine sozialistische Volkswirtschaft?

(Lachen bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz  
GRÜNE: Wir führen jetzt den Sozialismus ein!)

Frankreich hat momentan die höchste Arbeitslosenquote der letzten 13 Jahre, aber es hat den Mindestlohn. Frankreich hat eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit, aber es hat den Mindestlohn.

Untersuchungen zeigen, dass der Mindestlohn alles andere als ein Allheilmittel der Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

In Frankreich sind vom Mindestlohn 15,6 % der Arbeitnehmer betroffen. Dies führt zu teilweise starken negativen Beschäftigungseffekten, vor allem bei Jugendlichen und bei Frauen.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Ihre Absicht in Ehren: Sie wollen bei öffentlichen Aufträgen mit einem Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde eine Art Chancengerechtigkeit

herstellen. Sind Ihnen Beschäftigte nicht mehr wert? Warum sehen Sie nicht 9 €, warum nicht 10 € pro Stunde vor?

Die FDP ist die Partei der Wirtschaft und der Arbeit.

(Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Welchen Wert Arbeit hat, handeln Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander aus. Der Rahmen hierfür ist die Tarifautonomie. Ich frage die Landesregierung: Warum mischen Sie sich in diese Tarifautonomie ein? Warum? Wir Liberalen lehnen solche Eingriffe in die Wirtschaft, in den Mittelstand ab.

Sie behaupten, mit Ihrem Gesetz Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen Aufträgen vorbeugen zu wollen. In Wirklichkeit aber schaffen Sie Wettbewerb ab. Was können Sie mit Ihrem Gesetz denn erreichen? Ein zu niedriger Mindestlohn bewirkt nichts, ein zu hoher vernichtet Arbeitsplätze.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP –  
Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Lindlohr?

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Nein, danke.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Nein?

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Nein.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Nein.

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat schon im Jahr 2006 Mindestlöhne mit Blick auf internationale Erfahrungen als einen Irrweg bezeichnet – mit für Deutschland negativen Beschäftigungseffekten.

Lassen Sie sich aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion drei Hauptgründe gegen Mindestlöhne nennen:

Erstens: Mindestlöhne sorgen für mehr Arbeitslosigkeit. Mindestlöhne haben in Europa schädliche Folgen für den Arbeitsmarkt, und Mindestlöhne bieten langzeitarbeitslosen Menschen ohne Ausbildung oder Jugendlichen schlechtere Chancen für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die beste Sozialpolitik ist, Menschen den Einstieg in Arbeit zu ermöglichen,

(Ministerin Katrin Altpeter: Genau!)

die im Laufe der Zeit den Lebensunterhalt sichert.

Zweitens: Mindestlöhne gefährden die Tarifautonomie. Gerade das Modell der Tarifautonomie steht als tragende Säule für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Drittens: Differenzierung ist bereits heute möglich, und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.

Die FDP/DVP-Fraktion kann nicht erkennen, dass das Fehlen von Tarifreueeregungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf Landes- oder auf kommunaler Ebene bislang zu realen Problemen geführt hat. Tarifreueerklärungen können auch künftig, abgesehen vom Verkehrssektor, nur in den Bereichen

(Leopold Grimm)

eingefordert werden, für die ohnehin aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge vorliegen.

Inhaltlich bleibt dieser Teil des Gesetzes „weiße Salbe“, aber mit erheblichem bürokratischen Aufwand. Denn die Regelungen für den öffentlichen Personennahverkehr könnten sich noch als tückisch erweisen. Die Pflicht zur Anwendung eines in der Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags, die von den einschlägigen Verbänden mit Blick auf mögliche Konkurrenz aus dem Ausland begrüßt worden ist, könnte der Branche und den öffentlichen Auftraggebern auch auf die Füße fallen.

Die geplanten Mindestlohnvorschriften dieser Landesregierung, meine Damen und Herren, sind mit Erwartungen überfrachtet, die sie nie werden erfüllen können.

Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/2742, zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen und Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit – Drucksache 15/1727**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Kollegen Schoch für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Alexander Schoch** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund eines KIT-Gutachtens haben wir im Mai 2012 die heute auf der Tagesordnung stehende Anfrage zum prognostizierten Anstieg der Strompreise und zur Versorgungssicherheit gestellt.

Seit Mai werden hinsichtlich der Strompreise immer wieder durch unterschiedliche Institutionen politisch gewollte oder bestellte Szenarien oder auch Horrorszenarien aufgezeigt. Wir sind dem Ministerium dankbar, dass es mit der Stellungnahme zu unserem Antrag, deren Erstellung bereits einige Monate zurückliegt, die Diskussion vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Auch die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Groh von der CDU zum Energiegutachten des KIT hat dieses Gutachten und die darin enthaltenen Aussagen zur Preisentwicklung kritisch bewertet.

Sehr geehrte Damen und Herren, man könnte manchmal den Eindruck gewinnen, die Bundesregierung, die, wenn ich richtig informiert bin, weiterhin an der Energiewende festhält, möchte diese aussitzen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Noch!)

Viele Menschen haben aufgrund der teilweise unterirdischen Strompreisdebatte die Sorge, Strom bzw. die Energiewende könnte sehr teuer werden. Dass die Energiewende mittelfristig nicht kostenlos zu haben sein wird, war bereits im Vorfeld klar. Klar ist aber auch, dass die Energiepreise mit den alten fossilen Kraftwerkstechniken und Risikotechnologien langfristig aufgrund knapper werdender Ressourcen auch nicht konstant geblieben, sondern im Gegenteil überproportional gestiegen wären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gerade durch die erneuerbaren Energien sind die Preise für Industriestrom an der Strombörse in Leipzig stark gesunken. Horrormeldungen, dass die Strompreise für private Haushalte künftig um 70 % stiegen, entbehren jeglicher fachlicher Grundlage.

In der Debatte um steigende Energiepreise dürfen wir jedoch den Aspekt des Energiesparens nicht vergessen. Wir müssen den Stromverbrauch durch Effizienzsteigerungen in Privathaushalten und in der Industrie flächendeckend deutlich senken, und das machen wir.

Wir stellen seit Jahren fest, dass die Preise von Heizöl und Benzin ebenfalls steigen. Dies belastet das Budget jedes einzelnen Haushalts wesentlich stärker als die Stromkosten. In nahezu allen Bereichen erleben wir Preissteigerungen. Das hängt mit der weltweit wachsenden Nachfrage nach Energie zusammen. Nur wenn der Verbrauch dauerhaft gesenkt wird, bleibt Energie auf Dauer bezahlbar.

Die Ursachen für steigende Strompreise sind nicht bei den erneuerbaren Energien zu suchen. Die erneuerbaren Energien werden mittel- und langfristig die günstigere Alternative sein;

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

denn im Gegensatz zu fossilen Energieträgern ist man bei den erneuerbaren Energien weder von ausländischen Lieferanten noch von globalen Preisschwankungen abhängig. Die erneuerbaren Energien sind die einzige Energiequelle, bei der wir die Preisentwicklung selbst in der Hand haben und die uns auf Dauer Preissicherheit geben wird.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Johannes Stober SPD)

Höchstes Augenmerk widmet die grün-rote Landesregierung bei allen Überlegungen jedoch dem Erhalt der Versorgungssicherheit. Im vergangenen Winter ist deutlich geworden, dass neben dem Ausbau des Stromnetzes auch die Gasinfrastruktur stärker in den Fokus der Betrachtung genommen werden muss. Vor allem müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit im Bedarfsfall für systemrelevante Gaskraftwerke die Versorgung mit Gas sichergestellt werden kann. Dies macht die Landesregierung.

(Alexander Schoch)

Die Energiewende erfordert von uns, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Versorgungssicherheit und Energie zu vernünftigen Preisen gewährleisten. Durch ein intelligentes Management von Erzeugung, energieeffizientem Verbrauch und Einsatz zukunftsfähiger Speichertechniken wird die Versorgungssicherheit zukünftig zu gewährleisten sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Mittelpunkt der Erzeugung werden zukünftig Wind- und Solarstrom stehen, die zunehmend Grundlastkraftwerke verdrängen werden. Ergänzt werden Wind- und Sonnenenergie durch flexible Stromerzeugungskapazitäten, seien es über den Strombedarf betriebene KWK-Anlagen, Biomasseanlagen oder flexible Kraftwerke für fossile Energieträger, die nur wenige Stunden im Jahr oder zukünftig sogar über erneuerbar erzeugtes Gas betrieben werden.

Die Energiewende kann und wird gelingen. Wir müssen es schaffen, sie als Generationenprojekt zu begreifen und mit den Kommunen, den Energiedienstleistern und -versorgern, den Stadtwerken sowie den Bürgerinnen und Bürgern an einem Strang zu ziehen. Dann haben wir eine realistische Chance. Es ist bedauerlich, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung bei der Energiewende derart auf die Bremse getreten hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei der Energiewende nimmt Deutschland weltweit eine Vorreiterrolle ein. Das Schicksal eines Vorreiters ist, dass er nicht auf Erfahrungen von anderen zurückgreifen kann. Sehr geehrte Damen und Herren, wir können zeigen, dass ein hoch industrialisiertes Land es schaffen kann, gleichzeitig aus den Risikotechnologien Atomkraft und Kohlekraft auszusteigen

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und eine neue, sichere Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien aufzustellen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen, da es unsere letzte Sitzung in diesem Jahr ist, ein schönes Weihnachtsfest und natürlich ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr wünschen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:  
Das wünschen wir Ihnen auch!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen natürlich auch schöne Weihnachten, genauso wie ich jedem wünsche und auch glaube, dass die Energiewende gelingen kann und gelingen soll. Wir haben uns da gemeinsam auf den Weg gemacht. Ich glaube, ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, dass es eine Entscheidung der schwarz-liberalen Koalition in Berlin war. Es ist völlig klar: Die Energiewende soll gelingen. Das ist unser politisches Ziel. Hierüber besteht auch Gott sei Dank ein gesamtgesellschaftlicher Konsens. Das wollen wir alle. Allerdings müssen wir schon über den Weg reden.

Es ist ganz gut, dass Sie heute zwei bestimmte Themen angesprochen haben, auch wenn es hierbei immer auch um Prognosen geht und Prognosen bekanntlich grundsätzlich schwie-

rig sind. Wir reden heute über die Themen Preisentwicklung und Versorgungssicherheit. Das sind natürlich die zwei großen Schwachstellen der Energiewende. Wir sind darin einig: Wer aussteigt, muss auch einsteigen. Wir sind auch darin einig: Langfristig gehört den erneuerbaren Energien die Zukunft. Darüber besteht hier im Landtag Konsens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie der Abg. Rosa Grünstein SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass wir in Deutschland jetzt schon die zweithöchsten Strompreise in Europa nach Dänemark haben und dass bei uns zum Jahreswechsel Tarifierhöhungen von 12 % stattfinden. Liebe grün-rote Landesregierung, für diese Strompreiserhöhungen sind Sie ganz eindeutig mitverantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Der Preis für den Strom wird schon lange nicht mehr an der Börse in Leipzig gemacht, sondern er wird von der Politik über das EEG gemacht.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Der EEG-Anteil schlägt mittlerweile mit höheren Kosten zu Buche als der eigentliche Strompreis an der Börse. Das muss man sich einmal überlegen. Wir zahlen im nächsten Jahr 20 Milliarden € an Umlagen, an Subventionen über das EEG.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Da muss man sich schon einmal fragen, ob das in Ordnung ist.

Meine Damen und Herren, die letzte Diskussion darüber fand im März statt, und zwar zu den von Schwarz-Gelb beantragten Senkungen bei der Fotovoltaik. Sie haben uns hier allesamt vorgeworfen – Herr Renkonen war dabei, Herr Untersteller war dabei, sogar Johannes Stober war dabei –: Das ist das Ende der Energiewende. Damit wird die PV in Deutschland begraben.

Sie hatten – das habe ich nachgeschaut – als Ziel in diesem Jahr 3 500 MW Zubau vorgegeben. Was ist geschehen? Wir haben bei der PV einen Rekordzubau von über 7 000 MW – eine volkswirtschaftliche Verschwendung, meine Damen und Herren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Was?)

Das haben Sie zu verantworten, und die kleinen Kunden, die Bürgerinnen und Bürger haben diesen enormen Zubau zu bezahlen. Das ist schlecht für die Energiewende, denn es macht die erneuerbaren Energien weiter ineffizient und teuer. Wir haben da auch eine Verantwortung, denn die Energiewende wird nur dann weltweit ein Erfolgsmodell, wenn es uns gelingt, diese Energiewende auch zu bezahlbaren Preisen zu organisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Am besten mit Atomstrom!)

(Paul Nemeth)

Wenn Sie 3 500 MW geplant hatten und dann 7 000 MW zugebaut wurden, dann frage ich mich schon, was für eine Ahnung Sie von Wirtschaft haben.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Wie soll es denn sonst gehen?)

Offensichtlich gar keine, denn Sie haben sich um 100 % verkalkuliert, meine Damen und Herren von den Grünen – eine schlimme Fehlentwicklung.

Im Augenblick haben wir doch folgendes Problem: Einerseits geht es bei der Energiewende um den Kapazitätsausbau, andererseits aber auch um den Ausbau der Netze und Speicher. Wie viel PV haben wir denn heute im Netz? So gut wie nichts. Also brauchen wir einen Ausgleich im Gesamtsystem aus Speichern, Netzen und einem maßvollen Ausbau der erneuerbaren Energien. Deswegen nützt uns der rasante Ausbau nichts, sondern schadet der Energiewende, wenn wir bei den Speichern und Netzen nichts tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da wird es einfach Zeit, dass Sie aufhören, immer nur zu sagen, wir würden bremsen. Das ist ein Gesamtsystem. Die CDU in Baden-Württemberg und in Deutschland hat sich bewegt, und jetzt wäre es an der Zeit, dass Sie sich auch einmal bewegen, damit die Energiewende ein gesamtdeutscher Erfolg wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stober das Wort.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE zu Abg. Johannes Stober SPD: Du warst auch dabei!)

**Abg. Johannes Stober SPD:** Ja, ich war auch dabei.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich noch einmal mit einem Märchen aufräumen, mit dem ich schon letzte Woche bei der Haushaltsdebatte hatte aufräumen wollen. Aber offensichtlich ist es nicht angekommen. Kollege Nemeth war letzte Woche krank, und ich bin froh, dass er heute wieder gesund ist. Tatsache ist, dass die Energiewende nicht mit dem Atomausstieg begonnen hat. Wir sind froh über den Atomausstieg; aber das letzten Endes der Swing in den Ausbau der erneuerbaren Energien gekommen ist, das ist auf das unter Rot-Grün eingeführte EEG zurückzuführen. Das ist der große Treiber für die Energiewende.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen sollten wir auch darüber diskutieren, wie wir dieses EEG vorwärtsgerichtet weiterentwickeln, ohne es abzubauen.

Bei sinkenden Kosten am Markt müssen wir natürlich die Förderung deckeln. Aber wir dürfen den Ausbau nicht in der Art und Weise begrenzen, wie es geplant war. Deswegen war es auch richtig, dass sich der Landtag mit den Stimmen von Grü-

nen und SPD mehrheitlich dagegen ausgesprochen hat und dass es letztlich unserem Umweltminister gelungen ist, einen vernünftigen Kompromiss auf Bundesebene auszuhandeln. Das war auch eine Leistung dieses Landtags.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Jetzt möchte ich aber auf das zentrale Thema des heutigen Antrags eingehen, nämlich auf die KIT-Studie „Die Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit“; das ist ja das eigentliche Thema.

Bei aller Diskussion um diese Studie möchte ich anmerken: Wir sind stolz darauf, dass wir das renommierte Institut KIT in Baden-Württemberg haben, diese Verbindung aus Großforschungseinrichtung und Universität. Auch wenn es formal jetzt nicht mehr den Elitestatus hat, ist es natürlich immer noch ein herausragendes, exzellentes Institut. Ich will auch klar sagen, dass ich diese Studie in ganz großen Teilen für gelungen und auch für sehr hilfreich für uns halte, z. B. zur Abschätzung der Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung oder des Lastmanagements. Da ist diese Studie sehr hilfreich und gut. Deswegen möchte ich an dieser Studie auch ausdrücklich keine Pauschalkritik üben.

Allerdings gibt es im Bereich der zu erwartenden Strompreiserhöhungen dann schon durchaus berechtigte Kritik. Die muss sich ein Institut wie das KIT gefallen lassen, insbesondere auch dann, wenn es bei der Öffentlichkeitsarbeit denen in die Hände spielt, die nicht nur seriös und sachlich eine notwendige Debatte über die Strompreise führen, sondern mit der Strompreisdebatte auch Angst vor der Energiewende schüren wollen. Wir müssen aufpassen, dass wir hier eine wirklich zielgerichtete Diskussion darüber führen: Wo haben wir an dieser Stelle Spielräume, und wo haben wir sie nicht? Deswegen muss man sachlich darüber diskutieren, darf aber keine Ängste schüren.

In dem Gutachten wird spekuliert, der Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate würde sich vervierfachen – von 8 € auf 33 € – und der Gaspreis würde sich verdoppeln. Der Minister sagt im Anschluss: „Das ist weit weg von allem, was im Augenblick Realität ist“ und vergleicht das Ganze mit dem Orakel von Delphi. Da muss ich ehrlich sagen: Das war ein seriöser und ein sehr passender Vergleich, der keinerlei Kritik wie in der Kleinen Anfrage von Herrn Groh rechtfertigt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das sind Annahmen, die in meinen Augen nicht zutreffen. Aber selbst dann, wenn sie zuträfen, müsste man vergleichen, was wäre, wenn wir nicht die Energiewende hätten, wenn wir nicht den Ausbau der erneuerbaren Energien hätten. Es muss jedem bewusst sein: Wenn wir weiterhin auf fossile Energieträger setzen, dann wäre der Strompreisanstieg noch deutlicher und noch größer. Wir haben ja auf der Reise des Umweltausschusses in Indien eindeutig erlebt: Die Leute dort wissen, dass die Preise der Energie aus fossilen Energieträgern steigen werden; letzten Endes muss man das Gas, das Öl in Saudi-Arabien oder in Russland einkaufen, sodass keine Wertschöpfung im eigenen Land entsteht. Die Preise der erneuerbaren Energien werden sinken, gerade auch durch das EEG, auch wenn man über Einzelpunkte diskutieren kann.

(Johannes Stober)

Deswegen muss auch jedem klar sein: Die Energiewende – wir setzen auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz – macht unsere Energiepreise, unsere Strompreise dauerhaft billiger und nicht teurer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Der andere Punkt, bei dem natürlich auch sehr unglücklich war, was das KIT gemacht hat, ist, dass man aus dem Preis an der Strombörse auf die Gesamtpreise schließt, mit Netznutzungsentgelten und allen anderen Abgaben obendrauf, und spekuliert, dass dann der Haushaltsstrompreis um noch weit mehr als 70 % steigen würde.

Ich glaube, wir sollten uns darin einig sein, dass es unsere Aufgabe ist – bei den Netznutzungsentgelten müssen wir immer schauen, dass wir die Preise unten halten –, dass wir letzten Endes auch schauen müssen, wie weit Entlastungen z. B. der stromintensiven Betriebe wirklich notwendig sind und wo das an dieser Stelle ausufert. Wir müssen natürlich auch darüber diskutieren, wo man beim EEG Absenkungen vornehmen kann. Aber das Schlimmste war das Einziehen dieses Deckels, der den ganzen Ausbau untergraben hätte. Das war der entscheidende Grund, warum wir im Landtag an dieser Stelle dagegen gestimmt hatten und dann auch diesen Kompromiss wollten. Deswegen müssen wir hier sehr genau schauen.

Ich muss an dieser Stelle auch eines sagen: Ich bin schon sehr verwundert. Denn die ganze Zeit hieß es: Wir machen das EEG und setzen dann mit dem Kapazitätsmarkt und allem anderen noch weitere Abgaben drauf. Genau das ist jetzt durch die Bundesregierung passiert. Es ist zum Teil richtig, wenn es um die Themen Versorgungssicherheit und „Systemrelevante Kraftwerke“ geht, aber wenn man bei anderem, wie z. B. der Offshore-Umlage, wo man einfach private Unternehmen von ihrer Haftung freistellt, noch einmal eine Umlage drauflegt, dann, glaube ich, lässt man die Energiepreise in unnötiger Weise in die Höhe schnellen.

Deswegen lautet meine Aufforderung an dieser Stelle, etwas sinnvoller und etwas gemäßiger als Staatswirtschaftler Philipp Rösler vorzugehen und auch an dieser Stelle letzten Endes privates Unternehmertum mit privatem Risiko zu verbinden. Denn Marktwirtschaft macht nur Sinn, wenn diejenigen, die investieren, ihren Gewinn haben können, aber natürlich auch das Risiko tragen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Was ich als letzten Punkt an der Studie noch kurz kritisiere, ist: Es geht nicht allein um den Strompreis, also den Preis pro Kilowattstunde, sondern es geht um die Stromkosten. Das heißt: Wenn sich der Strompreis verdoppelt, ist dies kein Problem, wenn man durch mehr Energieeffizienz nur noch halb so viel Strom verbraucht. Auch das ist hier vergessen worden. Deswegen: Lassen Sie uns immer über die Stromkosten als Ganzes, die Energiekosten als Ganzes in der Summe diskutieren und nicht über den Preis pro Kilowattstunde im Einzelnen. Ich glaube, das würde der Debatte auch sehr guttun.

Auch ich wünsche Ihnen allen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr, sodass wir dann gemeinsam mit Schwung weiter die Energiewende vorantreiben können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Kollegen Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Schoch, Sie sagten gerade, man habe den Eindruck, die Bundesregierung wollte die Energiewende aussitzen. Ich sage Ihnen: Mit den 18 Millionen €, die Sie für das Kapitel Energie eingestellt haben, machen Sie auch keine großen Sprünge.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber doppelt so große wie Sie!)

Man könnte sogar behaupten, Sie ignorierten die Energiewende komplett.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beschäftigen uns jetzt im Zusammenhang mit der Strompreisentwicklung vor allem mit zwei Studien. Das eine ist die bereits erwähnte KIT-Studie. Die andere Studie, die Sie sehr häufig in den Vordergrund stellen, ist eine Studie des Leipziger Instituts für Energie. Wenn man beide Studien vergleicht, stellt man fest: Die KIT-Studie ist sehr besorgniserregend. Vorausgesagt wird darin ein Anstieg der Stromgroßhandelspreise um ca. 70 % bis 2025. Weiter heißt es, der Ausbau der Windenergie sei sehr ambitioniert, und der Ausbau der Speicher sei schwierig, weil man neue Speichertechnologien brauche, die noch keine Marktreife hätten, und die Pumpspeicher in Baden-Württemberg weitgehend ausgereizt seien.

Die Steigerung der Effizienz sei wichtig, sagt die KIT-Studie. Das ist natürlich richtig. Aber Baden-Württemberg spielt schon auf einem relativ hohen Level. Das heißt, hier Verbesserungen zu erreichen ist ambitioniert. Der Zubau flexibler Kraftwerke und Speicher ist vonnöten, denn das Problem ist, dass man bei abnehmenden Einsatzstunden keinen Invest hat.

Aber zum Glück für die Landesregierung gibt es auch noch ein anderes Gutachten, das nicht solch dunkle Wolken malt. Darin sind ebenfalls drei Szenarien gerechnet. Dieses Gutachten stammt vom Leipziger Institut für Energie. Es sagt eine Strompreissteigerung für die Endkunden bis zum Jahr 2020 von entweder 12 oder 22 oder 28 % voraus. So weit, so gut. Aber schauen wir doch einmal etwas genauer in dieses von Ihnen oft herangezogene Gutachten.

Auf Seite 42 steht: Der Gaspreis, der ja mit dem Strompreis zusammenhängt, wird durch die Erschließung konventioneller und unkonventioneller Vorkommen gedämpft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen hier Fracking zugrunde. Dieser Studie liegt etwas zugrunde, was Sie gar nicht und wir auch nur sehr beschränkt wollen. Da muss man sehr stark aufpassen. Das ist paradox.

Zweites Beispiel: In diesem Gutachten des Leipziger Instituts für Energie steht, der Umbau erfordere alle Speichertechnologien: mechanische Speicher, elektrochemische Speicher, chemische Speicher, also Power-to-Gas, thermische Speicher, bei denen Energie in Wärme umgewandelt und dann in geschmolzenen Salzen gespeichert wird. Das ist alles schön und gut. Aber diese Speicher sind großtechnisch einfach noch nicht umsetzbar, und sie werden es aller Voraussicht nach bis ins Jahr 2022 auch nicht sein.

Jetzt möchte ich Ihnen zeigen, wie „seriös“ mit manchen Gutachten wie etwa diesem Leipziger Gutachten umgegangen

(Andreas Glück)

wird. Sie sehen hier einen Teil des Inhaltsverzeichnisses. Kapitel 2 lautet: „Strompreisentwicklung bis 2020“. Es folgen Strommarktpreise im Großhandel, in Kapitel 2.2 die Entwicklung der Netznutzungsentgelte, in Kapitel 2.3 die Steuern, Abgaben und Umlagen und in Kapitel 2.4 sonstige Preiseffekte. Kapitel 2.4 ist untergliedert in die Bereiche Speichertechnologien, Regelenenergie, also das, was Sie mit –

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Wo ist die Quellenangabe?)

– Das ist das Inhaltsverzeichnis dieses Gutachtens. Das kann ich Ihnen nachher geben. – Das Unterkapitel 2.4.3 betrifft die Laststeuerung. Am Schluss kommt unter Kapitel 2.5 der zusammenfassende Ausblick.

Jetzt die absolute Frechheit. Hier steht bei Kapitel 2.5 tatsächlich: Wenn alle in den Kapiteln 2.1 bis 2.3 ermittelten quantitativen Preistendenzen zusammengefasst würden, so ergäben sich die ermittelten moderaten Strompreiserhöhungen. Was jedoch völlig außen vor gelassen wird, ist Kapitel 2.4. Das heißt, alles, was mit Speichertechnologien zu tun hat, alles, was mit Regelenenergie zu tun hat, und alles, was mit Laststeuerung, sprich Smart Grid, zu tun hat, wird von dieser Studie nicht berücksichtigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Art des Vorgehens einer Studie ist schlicht und einfach nicht seriös.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen)

**Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Herrn Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Untersteller.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Glück, die Studie, aus der Sie zitiert haben, ist veraltet; denn wir veröffentlichen heute oder morgen die neue Studie, erstellt wiederum von dem Leipziger IE-Institut. Im Übrigen hat dieses Institut in Leipzig – das sei nur erwähnt – bereits für das Wirtschaftsministerium der Vorgängerregierung jährlich den Bericht zur Entwicklung der Strom- und Gasmarktpreise vorgelegt und tut es auch für uns.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Mehr sage ich dazu nicht. Ich komme nachher noch auf die ganz aktuelle Preisdebatte zurück.

Zunächst einmal ein paar Bemerkungen zu dem, was Sie, Herr Kollege Nemeth, angesprochen haben, nämlich zu der Debatte um das Erneuerbare-Energien-Gesetz in den letzten Monaten. Ich fand es zum Teil – auch in Ihren Ausführungen – sehr unglücklich, wie es gelaufen ist; denn da wurde und wird in der Öffentlichkeit von verschiedenen Seiten zum Teil ein falscher Eindruck erweckt. Die EEG-Umlage steigt von 3,53 Cent

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

auf 5,3 Cent, was einen Anstieg um etwa 1,68 Cent in diesem Jahr bedeutet – was nicht nichts ist –, und dann wird sugge-

riert, das hänge mit dem Ausbau der Solarenergie und der Windenergie – vor allem der Solarenergie – zusammen. Sie haben das auch wieder angesprochen: Fotovoltaik als angeblicher Kostentreiber.

Ich will deutlich sagen: Das stimmt so nicht. Wenn Sie nämlich einmal anschauen, wie sich diese 1,68 Cent zusammensetzen, was die eigentlichen Faktoren hinsichtlich der Steigerung sind, dann stellen Sie fest, der größte Faktor ist Folgendes: Die sinkenden Börsenpreise, die wir seit geraumer Zeit beobachten, sind das eine, und die gesetzlich festliegenden EEG-Vergütungen sind das andere. Die Differenz zwischen beiden wird immer größer, sprich die Schere geht auseinander. Das hat zur Folge, dass aufgrund dieser Entwicklung in diesem Jahr ein Minus von etwa 2,4 Milliarden € im EEG-Konto vorhanden war.

(Abg. Paul Nemeth CDU meldet sich.)

– Ich beantworte jetzt keine Zwischenfragen, Herr Kollege Nemeth; nachher gern.

Zweitens hat man dann gesagt: Um zu verhindern, dass im nächsten Jahr wieder das Gleiche passiert, bauen wir eine Liquiditätsreserve ein. Wenn Sie diese beiden Positionen zusammenrechnen, kommen Sie auf etwa 0,8 Cent.

Wenn Sie jetzt noch die dritte Position dazunehmen, nämlich die Ausweitung der Zahl der privilegierten Unternehmen von früher 400 – das war die Zahl, die wir zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung hatten; denn die Privilegierung hatten wir vorgenommen – auf über 2 000 Unternehmen unter Ihrer Regierung im Bund, ergibt sich – diese Ausweitung der Zahl der privilegierten Unternehmen bedeutet wiederum 0,3 Cent mehr –: Mehr als die Hälfte dessen, was jetzt in diesem Herbst an Steigerung der EEG-Umlage zu verzeichnen ist, entfällt auf diese eben von mir genannten drei Positionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie dann noch wissen wollen, wie es mit dem Zubau von Solarenergie und Wind aussieht, nenne ich Ihnen auch dazu die Zahlen: Der Zubau bei der Solarenergie schlägt mit etwa 0,26 Cent zu Buche, der Ausbau bei der Windenergie mit etwa 0,21 Cent und der Ausbau der Biomasse mit etwa 0,24 Cent.

Da kommt es nicht auf die zweite Stelle hinter dem Komma an, sondern ich will Ihnen deutlich machen, dass die mittlerweile eingetretene Degression, die wir im EEG festgeschrieben haben – die monatliche Absenkung, aber auch die Absenkungen, die es davor gegeben hat, über den Korridor hinaus, wenn nochmals zugebaut wurde –, dazu geführt hat, dass die EEG-Umlage drastisch gesunken ist. Sie bekommen für eine Dachanlage heute noch plus/minus 18 Cent pro Kilowattstunde, während Sie für die gleiche Dachanlage vor drei oder vier Jahren noch plus/minus 40 Cent pro Kilowattstunde bekommen haben.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Jetzt muss ich einmal Folgendes sagen: Sie, Herr Kollege Nemeth, und ich waren vor Kurzem in Indien. Dort ist mir noch einmal klar geworden, dass diese Debatte, die wir hier in Deutschland führen – um es einmal deutlich zu sagen –, ziem-

(Minister Franz Untersteller)

lich kleinkariert ist. Denn das, was wir mit dem EEG erreicht haben – nämlich eine massive Kostensenkung in den betreffenden Technologiebereichen, sowohl bei der Fotovoltaik als auch bei der Windenergie –, hat Ländern wie Indien und anderen Schwellenländern überhaupt erst ermöglicht, auf diese Technologien zurückzugreifen. Ich finde, auch das gehört in dieser Debatte einmal berücksichtigt, statt immer einseitig auf dieses EEG einzuschlagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben im Juni 2011 – übrigens gemeinsam – den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Wir haben gemeinsam das beschlossen, was man mittlerweile als Energiewende bezeichnet, nämlich uns auf den Weg zu machen hin zu einer Energieversorgung, die im Jahr 2050 zu mindestens 80 % auf erneuerbaren Energien aufbaut. Das hat man gemeinsam beschlossen. Das ist unumstritten.

Wenn man das macht, muss man bestimmte Rahmenbedingungen berücksichtigen. Dazu möchte ich gern ein paar Bemerkungen machen.

Eine Rahmenbedingung ist die Versorgungssicherheit. Der Umbau darf letztendlich nur so erfolgen, dass die Versorgungssicherheit stets gewährleistet bleibt. Dies gilt insbesondere in den Wintermonaten, in denen witterungsbedingt logischerweise die höchsten Jahreslasten auftreten. Im vergangenen Winter kam es bekanntermaßen in dem Zeitraum von Ende Januar bis Mitte Februar aufgrund der extremen Wetterlagen zu Problemen in der Elektrizitäts-, aber auch in der Gasversorgung. Ursächlich hierfür waren der hohe Strom- und Gasbedarf insgesamt in Mitteleuropa aufgrund der länger andauernden extremen Kälte in Zentraleuropa. Hinzu kam damals eine Verringerung von russischen Gaslieferungen um bis zu 30 % am Knotenpunkt im bayerischen Waidhaus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das kann doch keine Entschuldigung sein!)

Die Systemsicherheit im Strombereich in dem fraglichen Zeitraum konnten die Übertragungsnetzbetreiber mit den vorhandenen Werkzeugen des Energiewirtschaftsgesetzes und der Inanspruchnahme von Reservekraftwerken aufrechterhalten. Seinerzeit stand eine Reserveleistung von rund 1 600 MW zur Verfügung, was im Vorfeld des letzten Winters von den vier großen deutschen Netzbetreibern kontrahiert wurde.

Anfang Mai 2012, sprich in diesem Jahr, hat die Bundesnetzagentur dann einen Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im letzten Winter vorgelegt. Dabei hat sie die Versorgungssituation rückblickend noch einmal sehr sorgfältig analysiert, wie ich finde, und zahlreiche Vorschläge für operative, aber auch gesetzgeberische Handlungsempfehlungen unterbreitet. Wichtige Maßnahmen hiervon wurden inzwischen umgesetzt bzw. deren Umsetzung wurde vorbereitet.

Wir, das Land, haben diese Aktivitäten begleitet und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten auch aktiv unterstützt, sei es im Kraftwerksforum des Bundeswirtschaftsministeriums, sei es im Bundesrat, sei es in der Umweltministerkonferenz oder sei es im Beirat der Bundesnetzagentur, in dem ich für die baden-württembergische Landesregierung einen Sitz habe.

Um eventuell auftretenden Problemen entgegenzuwirken, ist auch für den kommenden Winter die Verfügbarkeit von zusätzlichen Reservekraftwerken erforderlich. Wie im Vorjahr haben sich auch vor diesem Winter wiederum die Übertragungsnetzbetreiber durch Verträge mit verschiedenen Kraftwerksbetreibern – sei es in Deutschland, sei es in Nachbarländern, insbesondere in Österreich – mit entsprechenden Kapazitäten eingedeckt.

Fakt ist, dass in diesem Winter mittlerweile Reservekapazitäten in einem Umfang von 2 600 MW zur Verfügung stehen. Wir haben also nochmals 1 000 MW mehr an Reservekapazitäten als im vergangenen Winter.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Damit stehen, Herr Kollege Nemeth, auch nach Einschätzung der Bundesnetzagentur im kommenden Winter für alle untersuchten Szenarien – sei es in einem Starkwindszenario, sei es in einem Szenario, wie wir es im letzten Winter hatten, nämlich mit massivem Frost und hohem Strombedarf über mehrere Tage – ausreichend Reservekapazitäten zur Verfügung.

Weiter war es Ziel, zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit das Energiewirtschaftsgesetz um entsprechende Regelungen zu ergänzen. Nachdem der Bundesrat am 14. Dezember 2012 der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes zugestimmt hat, können die neuen gesetzgeberischen Regelungen nun zum 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten. Nach der EnWG-Novelle ist die Bundesnetzagentur ermächtigt, eine Rechtsverordnung zu erarbeiten, in der festgelegt ist, wie Kraftwerke identifiziert werden und welche Entgelte sie bekommen. Die Kraftwerksbetreiber müssen Kraftwerke, die sie stilllegen wollen, melden und diese Kraftwerke auch – natürlich gegen entsprechende Entschädigung – zur Verfügung stellen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Bitte.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben gerade dargestellt, wie man Vorsorge getroffen und Reserven gesichert hat. Ich finde das sehr gut und wichtig. Die Frage ist: Können wir einmal eine Übersicht darüber bekommen, welche Primärenergien in diesem gesamten Tableau vorgesehen sind?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Kollege Bullinger, wir reden hier nicht über Primärenergie, sondern wir reden darüber, welche Kapazitäten vorhanden sind, die als Reserve notwendig sind. Das sind vor allem Gaskraftwerke, das sind jedoch auch Pumpspeicherkraftwerke in Österreich und andere Kapazitäten, die hier zur Verfügung stehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aus Frankreich nicht?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl die Strom- als auch die Gasbranche haben sich in den letzten Monaten

(Minister Franz Untersteller)

und auch im letzten Jahr intensiv mit dem Thema Versorgungssicherheit befasst und im Vorfeld dieses Winters – wie ich bereits ausgeführt habe – entsprechend Vorsorge getroffen. Die Situation im Winter 2012/2013 kann man beim Eintreten extremer Witterungsbedingungen nach wie vor als angespannt bezeichnen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass die Situation mit den Maßnahmen, die wir getroffen haben – ich habe sie gerade ausgeführt: zusätzlich weitere 1 000 MW als Reserveleistung, sodass wir hier 2 600 MW haben, aber auch die ganzen anderen Maßnahmen –, auch in diesem Winter beherrschbar bleibt.

Für eine dauerhafte Entspannung sind neben dem weiteren Zubau von erneuerbaren Energien vor allem der Ausbau der Stromnetze und die Errichtung zusätzlicher flexibler Kraftwerkskapazitäten erforderlich. An dieser Stelle will ich ein paar Bemerkungen an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition machen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU ist leider nicht da, aber Herr Rülke ist im Raum,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl!)

der mich in der letzten Woche im Zusammenhang mit der Kapazitätsmarktdebatte bezichtigt hat, der Planwirtschaft zu verfallen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! Ganz genau!)

Herr Kollege Rülke, ich rate Ihnen dazu, die Debatte in Deutschland ein wenig zu verfolgen. Wenn Sie das machen würden, dann würden Sie beispielsweise Folgendes feststellen – ich zitiere aus einem Beschluss einer Landesregierung –:

*Die Staatsregierung wird sich auf Bundesebene massiv für die rasche Einführung sogenannter „Kapazitätsmechanismen“ einsetzen. Diese Mechanismen sind notwendig, damit konventionelle Kraftwerke auch unter den Bedingungen der Energiewende weiter wirtschaftlich arbeiten können.*

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: So ist das wohl!)

Bei dieser Landesregierung handelt es sich um die Bayerische Staatsregierung, die immer noch von CSU und FDP geführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen: Noch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei der CSU gibt es halt Planwirtschaft!)

Im Übrigen, Herr Kollege Rülke, stehen Sie mit dieser Position in Widerspruch zu den Beschlüssen, die von allen 16 Landesregierungen in der Umweltministerkonferenz einstimmig gefasst wurden. Darin sind meines Wissens auch ein paar Kollegen, die Ihrer Partei angehören,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch Planwirtschaftler!)

beispielsweise mein Kollege Birkner aus Niedersachsen. Wenn Sie sich den Beschluss, den wir im Juni dieses Jahres in Schleswig getroffen haben, anschauen – ich gebe ihn Ihnen nachher gern zum Nachlesen –, dann stellen Sie fest, dass die Debatte bezüglich der Kapazitätsmarktidee in Deutschland

sehr weit ist. Übrigens hat auch das Bundeswirtschaftsministerium, das von einem Minister, der der FDP angehört, geführt wird,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch ein Planwirtschaftler!)

ein Gutachten beim Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln eingeholt. Was empfiehlt dieses Institut? Es empfiehlt, sich auf den Weg hin zu diesem Kapazitätsmarkt zu begeben. Das ist auch logisch. Ich versuche, es Ihnen zu erklären.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

An der Strombörse Leipzig wird mit Strom gehandelt, aber nicht mit Versorgungssicherheit. Schauen Sie sich weltweit um. Immer dann, wenn liberalisierte Märkte vorhanden sind, wenn Wettbewerbsintensität besteht, sinken die Preise an den Börsen. Das ist nun einmal so. Das gehört dazu.

In Deutschland wird das – das muss man auch sagen – durch den Ausbau der erneuerbaren Energien in Verbindung mit dem Einspeisevorrang, der im EEG vorgeschrieben ist, noch verschärft. Denn sobald die Sonne scheint und Wind weht – bei Fotovoltaik und Windkraft betragen die Grenzkosten null; es gibt hier keine Brennstoffkosten, keine Betriebskosten –, werden die konventionellen, die teuren Kraftwerke – schauen Sie sich den Mechanismus an der Börse an – sozusagen oben herausgeschoben werden. Durch die Merit-Order fallen diese heraus.

Jahr für Jahr sinken die Stundenzahlen dieser Bestandskraftwerke,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

sodass wir zunehmend vor dem Problem stehen, dass die Preise an der Börse einerseits nicht das Signal geben, neue Kraftwerke zu bauen, aber andererseits auch nicht das Signal, Bestandskraftwerke im Spiel zu halten, insbesondere dann nicht, wenn sogenannte Retrofitmaßnahmen anstehen. Vor dieser Situation stehen wir.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn man in einer solchen Umbausituation Versorgungssicherheit gewährleisten will, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man setzt auf eine Verknappung des Produkts am Markt; dann steigen die Preise an der Börse. Das erfordert eine drastische Verknappung. Man könnte auch auf ein Modell setzen wie in Frankreich mit dem Staatskonzern EdF. Ich vermute aber, dass die FDP ihre Schwierigkeiten damit hätte, sich einem solchen Modell anzunähern. Mit einer solchen Verknappung kämen Sie vielleicht zu der Situation, die wir im letzten Februar an den Börsen in Frankreich beobachten konnten. Kurzfristig betrug dort die Preise bis zu 2 000 € pro Megawattstunde. Pro Kilowattstunde wurden Anfang Februar dieses Jahres 1,92 € gezahlt.

Für ein solches Vorhaben haben Sie mich nicht auf Ihrer Seite – um es einmal klar und deutlich zu sagen. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das sagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wissen Sie, was eine Kilowattstunde in Frankreich kostet?)

(Minister Franz Untersteller)

Ich persönlich glaube, dass selbst das kein ausreichendes Preissignal wäre.

Die Alternative dazu ist, dass Sie parallel zu dem – ich nenne ihn jetzt einmal so – Kilowattstundenmarkt an der Strombörse in Leipzig einen Kapazitätsmarkt stellen, über den neue Kapazitäten angereizt werden, um die Versorgungssicherheit dann sicherzustellen, wenn der Bedarf durch erneuerbare Energien und andere, bereits vorhandene Kraftwerkskapazitäten nicht gedeckt werden kann. Das ist die Grundüberlegung.

Diese Grundüberlegung wird zunehmend in der Stromwirtschaft, in den Verbänden und – Gott sei Dank – in der Politik diskutiert, und man nähert sich dieser Grundidee an. Ich bin sehr zuversichtlich – um das auch noch zu sagen –, dass wir nach der Bundestagswahl – gleich, wer diese gewinnt; das entscheiden die Wählerinnen und Wähler – erleben werden, dass ein solches Modell zum Tragen kommt, weil wir anders die nach dem Jahr 2020 dringend notwendigen neuen Kapazitäten nicht in den Markt bekommen werden.

Wenn mir jemand ein anderes Modell vorschlägt, diskutiere ich darüber gern. Aber außer dass Sie hier herumpolemisieren, ich wäre für Planwirtschaft, kommt dazu von Ihnen nichts.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! Sie müssen das EEG ändern!)

Ihr Verständnis von Oppositionsarbeit ist, dass Sie da nur herumpolemisieren. Aber im Grunde genommen kommt da konzeptionell von Ihnen null und nichts.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! Die Änderung des EEG! Aber die lehnen Sie aus Ideologie ab!)

So verläuft die Debatte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Änderung des EEG lehnen Sie aus Ideologie ab!)

– Was heißt denn EEG? Herr Kollege Rülke, es ist doch Fakt gewesen, dass das EEG in der Vergangenheit

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der Vergangenheit!)

von den Fraktionen aller vier Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, im Bundestag mitgetragen worden war.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der Vergangenheit!)

Jetzt bringt die FDP neuerdings

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Am Anfang war sie auch schon einmal dagegen!)

den Vorschlag für ein Quotenmodell vor. Jetzt will ich einmal sagen, wozu das führt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also gibt es doch einen Vorschlag!)

Das Quotenmodell, würde man es umsetzen, würde dazu führen, dass wir in Deutschland die Versorgungssicherheit ge-

fährden. Warum ist das so? Quotenmodell bedeutet, es wird immer die kostengünstigste erneuerbare Energie bevorzugt. Die kostengünstigste erneuerbare Energie ist die Onshorewindkraft in Norddeutschland. Wir haben aber schon jetzt das Problem, wie wir die Energiemengen, die dort erzeugt werden, zu uns nach Süddeutschland bekommen, um die Kapazitäten hier zu nutzen. Das ist das Thema „Ausbau der Netze von Norden nach Süden“. Heute hat die Bundesregierung den Netzentwicklungsplan beschlossen. Aber ein Modell wie das Quotenmodell würde dazu führen, dass dort im Norden noch mehr Anlagen und bei uns im Süden noch weniger Anlagen gebaut würden. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch! Wir brauchen die Leitungen!)

Sie vernachlässigen dabei völlig, die Kapazitäten zu mobilisieren, die es hier in Süddeutschland gibt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade haben Sie noch behauptet, es gäbe gar keine Vorschläge von uns!)

Ich sage einmal: Von denen, die darüber diskutieren, nimmt außer Brüderle und Rösler Gott sei Dank kein Mensch dieses Modell ernst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Ganz schön arrogant!)

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu der Strompreisdebatte der letzten Monate machen. Herr Kollege Nemeth ist darauf auch kurz eingegangen. Ich meine, auch da lohnt es sich meines Erachtens, einmal genauer hinzuschauen.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ich finde, es gibt überhaupt keinen Grund, diese Schwarzmalerei, die wir in den letzten Monaten von manchen Akteuren erlebt haben, weiterzubetreiben. Ich will einmal versuchen, deutlich zu machen, warum.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Wenn Sie sich diese Grafik anschauen – das sind nicht meine Zahlen, sondern es sind die Zahlen des BDEW, des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft; dieser hat im Herbst dieses Jahres hierzu Zahlen vorgelegt und das analysiert –, dann sehen Sie, wie sich die Strompreise in den letzten Jahren entwickelt haben. Manchmal wird ja so getan, als hätten wir Strompreissteigerungen erst seit dem letzten Jahr, seit der Energiewende. Das ist natürlich völliger Unsinn. In Baden-Württemberg sind die Strompreise zwischen den Jahren 2002 und 2010 um insgesamt 45 % gestiegen. Sie werden auch weiter steigen.

Herr Kollege Nemeth, wenn Sie sich einmal diese Zahlen anschauen, dann stellen Sie fest: In den Jahren zwischen 1998 und 2012 sind die Strompreise in Deutschland inflationsbereinigt um 22 % gestiegen. Das heißt, wir hatten in 14 Jahren eine Strompreissteigerung von plus/minus 2 % pro Jahr. Das werden wir auch in den kommenden Jahren haben. Wir haben keine Hinweise darauf, dass die Strompreise in den kommen-

(Minister Franz Untersteller)

den Jahren stärker steigen werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Das, was immer wieder im Zusammenhang mit dem Netzausbau und all diesen Dingen diskutiert wird, kostet Geld. Aber nicht alles, was diskutiert wird – beispielsweise im Zusammenhang mit dem Ausbau der großen Transportnetze oder auch der Verteilnetze –, kann man der Energiewende anlasten. Vieles davon sind Investitionen, die auch dann getätigt werden müssten, wenn wir keine Energiewende hätten. Auch in anderen Bereichen ist es schlicht und ergreifend so, dass viele Investitionen getätigt werden müssten, wenn wir keine Energiewende hätten. Wenn Sie dann noch – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nemeth?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Bitte.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Herr Minister, das, was Sie sagen, wissen wir alles.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Aha.

(Heiterkeit – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜ-NE)

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Trotzdem: Würden Sie mir nicht recht geben, dass wir erstens in Deutschland die höchsten Strompreise in ganz Europa haben und dass das zweitens mittlerweile auch ein belastender Faktor für die Wirtschaft ist? Ich nenne nur einmal die Energiewende in den USA als Stichwort.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Fangen wir einmal mit der Wirtschaft an. Was ist denn gerade für die energieintensiven Unternehmen in Deutschland relevant? Das sind zwei Faktoren, nämlich der Börsenpreis und der Preis für die CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Energieintensive Unternehmen, die viel Strom brauchen, zahlen so gut wie keine EEG-Umlage. Sie zahlen keine Stromsteuer, sie zahlen keine KWK-Umlage usw. Lediglich die beiden erwähnten Faktoren sind relevant.

Die Börsenpreise sind im Keller; sie befinden sich derzeit in der Baisse. Sie liegen bei 45 € pro Megawattstunde. Die Preise für die Zertifikate sind mit 6,50 € je Tonne CO<sub>2</sub> ebenfalls im Keller, was ein Riesenproblem ist. Da bin ich mit dem Kollegen Altmaier völlig einig: Wenn wir den Emissionshandel gerade in diesem Bereich wieder zum Laufen bringen wollen, ist es notwendig, dass der Preis steigt, und der Preis kann nur steigen, wenn wir Zertifikate aus dem Markt herausnehmen.

Altmaier und andere – auch die EU-Kommissarin Hedegaard – schlagen vor, 900 Millionen Zertifikate vom Markt zu nehmen. Wer bremst da? Die FDP in der Bundesregierung. Röslers stemmt sich massiv gegen diese Maßnahme, die darauf abzielt, dieses aus meiner Sicht wichtige Instrument wieder zum Laufen zu bringen.

Was die Energiepreise betrifft, haben Sie recht: Wir haben mit die höchsten Energiepreise. Das hängt aber vor allem mit ver-

schiedenen staatlichen Umlagen zusammen. Ansonsten: Die Nettostrompreise bei uns sind durchaus vergleichbar mit denen in anderen Ländern in Europa; sie sind teilweise sogar ein gutes Stück günstiger.

Aber letztlich muss man Folgendes sehen: In den letzten Jahren hat das Thema Energieeffizienz in kaum einem anderen Land so gegriffen wie gerade bei uns in Deutschland. Ein Vierpersonenhaushalt in den USA – Sie haben eben vorgetragen, wie günstig es da ist, nämlich 9,1 Cent pro Kilowattstunde – verbraucht pro Jahr 10 000, 11 000 kWh Strom. Bei uns sind es im Schnitt etwa 3 500 kWh. Die Jahresendrechnung ist aber die gleiche. Sie zahlen in den USA so viel wie bei uns. Warum? Weil bei uns das Thema Energieeffizienz ganz anders gegriffen hat.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister – –

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Nein, ich möchte meine Ausführungen gern beenden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein kurzes Zitat aus der gestrigen FAZ bringen. Da war ein Beitrag überschrieben mit – ich zitiere –: „Meckern über Strompreise ist keine Lösung“. Weiter heißt es darin wie folgt:

*Die Schlagzeilen vermitteln höchste Angespanntheit: „Strompreis steigt“, „Bundesregierung unter Druck“, „Altmaier zwischen den Stühlen“. Es ist Krise, der Strompreis steigt, und das Beste an dieser Krise: Der Schuldige steht fest – das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es entlastet stromintensive Unternehmen, es knebelt den Mittelstand und den Bürger; es macht Strom zum Luxusgut. Prima. Da bleibt für Vertreter jeder politischen Couleur ein Argument. Gefangen in dem Politik- und Medientornado, drehen sich alle Protagonisten ... um die nächste, noch schlimmere Botschaft:*

– Herr Kollege Rülke –

*Von Planwirtschaft ist da die Rede.*

Geschrieben wurde das von meiner hessischen Kollegin Lucia Puttrich von der CDU. Dem ist eigentlich wenig hinzuzufügen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gute Frau! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich rate uns allen, in der Debatte um Versorgungssicherheit und Preisentwicklung einmal wieder auf ein vernünftiges Niveau herunterzukommen, statt mit Horrorszenarien durch die Gegend zu rennen, wie das in den letzten Monaten insbesondere mancher Vertreter der CDU – vor allem auf Bundesebene, Herr Kollege Nemeth, aus Baden-Württemberg stammend, ohne jetzt hier Namen nennen zu wollen – getan hat. Damit ist nämlich niemandem geholfen.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Kollege Zimmermann, bitte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der letzte Windkraftgegner! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herr Minister, ich habe zwei Fragen. Mir liegt eine öffentliche Bekanntmachung vor: Preisübersicht EnBW zum 1. Februar 2013, Grundversorgung, Ersatzversorgung. Danach wird der billigste Strompreis brutto 24,33 Cent und der teuerste 44,84 Cent pro Kilowattstunde sein. Das zahlen die normalen Haushalte. Sie haben gesagt, die Preisentwicklung habe sich in den vergangenen zehn Jahren bei etwa 2 % pro Jahr bewegt. Das mag teilweise zutreffen. Jetzt schlägt es aber voll ein.

Wie stehen Sie zu der meines Erachtens nicht mehr hinnehmbaren Aussage – in den Medien schreibt einer vom anderen ab; das sind alles Plagiate –, wonach die EEG-Umlage 5,27 Cent pro Kilowattstunde beträgt?

Liebe Leute, jeder von uns hier zahlt den Bruttopreis. Das sind dann 6,3 Cent pro Kilowattstunde. Wenn zu dem bisherigen Preis von etwa 18 Cent pro Kilowattstunde jetzt noch 6,3 Cent hinzukommen, dann entwickelt sich eine Preisspirale.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Kollege Zimmermann, bitte formulieren Sie Ihre Frage.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Nun zu meiner letzten Frage. Sie haben gesagt, die Netzbetreiber hätten sich zusammengesetzt, um Engpässe bei der Stromversorgung im kommenden Winter zu vermeiden. In diesem Zusammenhang haben Sie Österreich genannt.

Meine Frage lautet: Wurden auch Verträge mit Tschechien und Frankreich über den Bezug von Atomstrom zur Gewährleistung der Netzsicherheit unterzeichnet?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Kollege Zimmermann, zunächst zum Preis. Im Moment liegt der Strompreis für private Haushalte zwischen 25 Cent und 26 Cent je Kilowattstunde.

Sorgen macht mir aber Folgendes: Eigentlich haben wir einen liberalisierten Markt. Deshalb haben Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber nicht nach Frankreich!)

Sie haben einen Erzeuger genannt. Schauen Sie sich einmal die Grundversorgertarife dieser Erzeuger an. Die Wahl eines günstigeren Tarifs macht für eine vierköpfige Familie einen Preisunterschied von bis zu 200 € im Jahr aus.

Sorgen macht mir, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit des Wechsels viel zu wenig nutzen. Derzeit liegt die Wechselquote bei unter 15 %. Über 40 % der Verbraucherinnen und Verbraucher sind im Grundversorgertarif. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher der Strompreis drücken würde, dann sollten diese eine Postkarte abschicken und in einen anderen Tarif wechseln.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das macht die EnBW automatisch!)

Herr Kollege Nemeth, damit spart man mehr, als die EEG-Umlage Sie und mich kostet. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: In Frankreich zahlt ein Haushalt 6 Cent pro Kilowattstunde!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Minister hat 50 % der Gesamtredezeit der Fraktionen überschritten. Das heißt, nach § 83 a der Geschäftsordnung besteht die Möglichkeit, die Redezeit der Fraktionen zu verlängern. Besteht hierzu Bedarf?

Kollege Nemeth, Sie haben noch eine Restredezeit von einer Minute und 29 Sekunden. Ich würde Ihnen noch zwei Minuten dazugeben.

(Zurufe, u. a. Minister Franz Untersteller: Weil Weihnachten ist!)

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Frau Präsidentin, im Interesse eines baldigen Endes unserer Sitzung hoffe ich, dass ich gar nicht so viel Zeit benötige.

Man kann nicht alles, was der Umweltminister hier gesagt hat, so stehen lassen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eigentlich schon!)

Er hat sich wie immer wortreich geäußert, und dies, wie man gemerkt hat, für sich selbst auch verwirrend. Deshalb kann ich Ihnen, Herr Minister, nur noch eine Empfehlung geben: Wenn Sie nicht immer recht haben wollten – das ist mein Rat – schlagen Sie an Sie zu Weihnachten –, würden Sie auch nicht so oft irren. Deswegen sollten Sie sich einmal überlegen, was Sie hier gesagt haben.

Wer hätte es vor Kurzem noch für möglich gehalten, dass ein Umweltminister, der den Grünen angehört, zum Thema Versorgungssicherheit sagt: „Wir nehmen Kohlekraftwerke, Ölkraftwerke und Gaskraftwerke ans Netz, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten“?

Am 6. Dezember war zu lesen: „Die Energieversorgung wird im Winter zur Zitterpartie.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer sagt denn das?)

– Das ist die Situation. Sie haben jedoch die besonders große Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg gewährleistet bleibt.

Außerdem reden wir immer von Energieeffizienz. Wir sind uns alle einig, dass wir dabei besser werden wollen und mehr tun wollen. Warum sorgen wir nicht auch dafür, dass wir beim EEG effizienter werden? Noch im März haben Sie 3 500 MW neue PV-Zulassungen in Deutschland gefordert. Jetzt haben wir über 7 000 MW. Das ist eine Fehlplanung im Umfang von 100 %.

(Paul Nemeth)

Ich möchte einmal einen Haushälter sehen, der eine solche Fehlplanung um 100 % zulässt. Da können Sie doch nicht sagen, dass das EEG effizient sei. Es ist ineffizient.

Meine Damen und Herren, wir haben da eine globale Verantwortung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Wir wollen, dass die Energiewende gelingt. Herr Minister, die Inder können sich einen solchen Luxus mit Sicherheit nicht leisten. Deswegen muss das Ziel aller Parteien sein, dass die Energiewende effizient und kostengerecht gelingt. Sonst wird sie eine ganz große Schlappe für Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Andreas Glück FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Doch, doch! Ich hatte mich vorhin gemeldet! Selbstverständlich!)

– Dann bitte schön, Herr Kollege Glück.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Kollege bekommt auch noch einen Zeitzuschlag!)

– Der Kollege bekommt auch zwei Minuten zusätzliche Redezeit.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Untersteller, damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich habe vorhin nicht das Leipziger Institut für Energie kritisiert. Das Institut hat geschrieben, was es in seine Kalkulation mit aufgenommen hat und was nicht. Ich habe vielmehr Ihren Umgang mit diesem Gutachten kritisiert. Ich habe Sie kritisiert und nicht das Leipziger Institut. Das wollte ich nur klarstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben übrigens darauf verzichtet, auch nur ein Wort zu den von mir genannten Punkten zu sagen. Sie haben nichts zu den Kosten, zu den Themen Speicher, Regelenergie oder Laststeuerung gesagt. Das haben Sie völlig außen vor gelassen.

Stattdessen haben Sie gesagt, wie stark Indien von der „German Energiewende“ profitieren würde. Das ist nicht nur bei Indien der Fall, Herr Minister.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Vorgestern ist in den „Stuttgarter Nachrichten“ zu lesen gewesen: „Deutscher Ökostrom zahlt sich nur im Ausland aus“ und: „Ausland profitiert von der Energiewende“. Diese Mechanismen, bei denen das Ausland profitiert, wir aber mit unserer immer weiter steigenden Umlage dafür bezahlen, können Sie in diesen Artikeln sehr gern nachlesen.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Herr Minister, das Problem ist, dass aus dem zarten Pflänzchen EEG, das geplant war, ein großer Baum wurde. Die

EEG-Umlage ist aktuell von 3,5 auf 5,2 Cent je Kilowattstunde angestiegen. Das kann man auf der EnBW-Stromrechnung eindeutig nachvollziehen.

Das erste Problem beim EEG ist tatsächlich der Preis. Das zweite Problem ist, dass die Struktur nicht mehr richtig ist. Denn die Struktur, so richtig sie vielleicht in der Vergangenheit war, erlaubt, dass man zu jedem Zeitpunkt so viel erneuerbare Energie einspeisen kann, wie man möchte. Das bringt das Problem mit sich, dass niemand in neue Kraftwerke zur Kapazitätssicherstellung investieren will.

Deswegen müsste das EEG radikal umgebaut werden. Aber da sind Sie es doch, die die ganze Zeit einen FDP-Verstanz absolvieren und sagen, wie schlimm das wäre.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Also bitte!)

Ihr Ansatz ist der Kapazitätsmarkt. Aber dazu sagen wir Nein. Es kann doch nicht wahr sein, dass riesige Mengen Strom außerhalb des Marktes gehandelt werden, was dann zum Anlass genommen wird, ein Konstrukt zu schaffen, um noch mehr Strom außerhalb des Marktes zu handeln. Egal, wen Sie an Ihrer Seite glauben: Das nennen wir Planwirtschaft.

Wir wollen einen marktwirtschaftlichen Ansatz, und der ist für uns das Quotenmodell. Wenn Sie kritisieren, beim Quotenmodell wäre der Nachteil, dass nur die günstigste erneuerbare Energie zum Zuge kommen würde, dann sagen wir: Ja, genau das wollen wir; denn wir wollen, dass Strom in Zukunft nicht zur sozialen Frage wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen wirklich keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/1727. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Resolution zu Basel III – Drucksache 15/2820**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, über diesen Antrag keine Aussprache zu führen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Deshalb kommen wir gleich zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2820. Sind Sie damit einverstanden, dass wir über den Antrag insgesamt abstimmen? – Das ist der Fall. Wer dem interfraktionellen Antrag Drucksache 15/2820 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen und Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Nachwuchs im Handwerk sichern – Drucksache 15/1897 (geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Kollegin Schütz.

**Abg. Katrin Schütz** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoch qualifizierte Arbeitskräfte sind das entscheidende Wettbewerbsmerkmal von Baden-Württemberg. Dies gilt besonders für das Handwerk. Das Handwerk ergänzt den industriellen Sektor. Beide brauchen einander. Unsere Industrie profitiert vom Handwerk, und im Gegenzug ist die Industrie für das Handwerk ein großer Auftraggeber.

Das Handwerk wirkt stabilisierend auf die Binnenwirtschaft und dämpft die gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen internationaler Wirtschaftsschwankungen. Das Handwerk ist für das Funktionieren der Wirtschaft von größter Bedeutung. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass dem Handwerk genügend Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen.

Ein Blick in die Statistik zeigt aber, dass sich die Lage in den baden-württembergischen Handwerksbetrieben zuspitzt. Es fehlt an qualifizierten Schulabsolventen, die eine handwerkliche Ausbildung anstreben. 2010 suchten laut einer Umfrage des Baden-Württembergischen Handwerkstags rund 13 % der befragten Betriebe vergeblich nach qualifizierten Schulabsolventen. 2011 meldeten fast 18 % der Betriebe noch offene Stellen. Das ist eine Steigerung um knapp fünf Prozentpunkte innerhalb eines Jahres. Die Schere zwischen dem Lehrstellenangebot und der Lehrstellennachfrage im Handwerk hat sich in den vergangenen zwei Jahren geöffnet, und dies, so fürchte ich, ist erst der Beginn einer negativen Entwicklung.

Wir müssen uns fragen: Worin liegen die Ursachen für den verschärften Mangel an Nachwuchs im Handwerk? Wir können sehen, dass es in der Gesellschaft bereits zwei Entwicklungen in diesem Zusammenhang gibt, die uns große Sorgen bereiten müssen: Das ist zum einen der Trend zur formalen Höherqualifizierung und zum anderen der Trend zur Akademisierung der Gesellschaft. Leider gelingt es uns am Ende des Bildungsspektrums nicht immer, auch die schwächeren Schüler ausreichend zu qualifizieren, damit sie vom Handwerk auch in eine Ausbildung aufgenommen werden können.

Wer heute kein Abitur hat, muss sich inzwischen schon rechtfertigen. Das darf nicht sein. Daran haben wir auch maßgeblichen Anteil. Gerade unser deutsches Bildungssystem ist durchlässig und weltweit vorbildlich. Es eröffnet mit den verschiedenen Abschlüssen den Weg in einen qualifizierten Beruf. Wer heute einen Hauptschulabschluss hat, kann sich über viele Wege nebenberuflich weiterqualifizieren. Dies scheint jedoch in unserer Gesellschaft langsam, aber stetig in Vergessenheit zu geraten.

Der Trend zu einer formalen Höherqualifizierung zeigt, dass sich vor allem gut qualifizierte Schulabgänger nicht für eine

Ausbildung im dualen System entscheiden – wenn wir heute auf Absolventen der Realschulen schauen, stellen wir das immer öfter fest –, sondern stattdessen auf eine schulische Laufbahn setzen. Der Handwerkstag bemängelt die steigende Zahl vollzeitschulischer Angebote. Diese Entwicklung wirkt kontraproduktiv.

Leidtragender dieser Entwicklung ist vor allem das Handwerk; das belegen die Zahlen.

Daher ist es umso wichtiger, dass wir – damit meine ich uns alle, alle politischen Akteure – die duale Ausbildung für junge Menschen attraktiv machen und ihnen vermitteln, welche Chancen in einer handwerklichen Ausbildung stecken.

(Beifall bei der CDU)

Als Ausbilderin bin ich stolz auf das duale Ausbildungssystem. Für eine duale Ausbildung sprechen für mich verschiedene Gründe. Für unsere Gesellschaft und die Wirtschaft ist es nicht gut, dass viele Personen überhaupt erst mit 25 oder 30 Jahren dem Ausbildungsmarkt bzw. dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen – natürlich anders qualifiziert, aber praktisch völlig unerfahren.

Eine duale Ausbildung dagegen vermittelt frühzeitig, was es bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, sich durchzusetzen, Projekte vom Anfang bis zum Ende zu begleiten und verantwortlich zu arbeiten. Bei einer dualen Ausbildung erweitert man durch die praktische Arbeit seinen Horizont und seine Fähigkeiten. Dies wäre auf der Schulbank nicht möglich.

Mich begeistern auch die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten, die wir durch die duale Ausbildung anbieten, praktisches und theoretisches Lernen miteinander zu verbinden. So kann man mit dem Berufsabschluss gleichzeitig auch die Fachhochschulreife erlangen. Damit ist anschließend sogar der Weg zu einem Studium frei, das man dann als erfahrener Praktiker beginnen kann.

Auch international ist unser duales System hoch anerkannt. Erst vor Kurzem wurde in Brüssel über das deutsche duale Ausbildungssystem äußerst positiv diskutiert.

Neben dem Trend zur Höherqualifizierung ist für mich die Akademisierung der Gesellschaft ein Trend in die falsche Richtung. Zukünftig wird sich die Frage stellen, ob es wirklich eine Höherqualifizierung ist oder ob es langfristig eben eine Absenkung des Status quo sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Wir brauchen langfristig nämlich nicht einen Bachelor of Hairdressing oder einen Bachelor of Greenkeeping,

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

sondern wir brauchen gut ausgebildete Facharbeiter. Denn hoch qualifizierte Fachkräfte werden nicht nur im Bereich der akademischen Bildungsgänge benötigt, sondern eben auch auf der Facharbeiterebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

(Katrin Schütz)

Denn sie sind für die Produktionsqualität unseres Wirtschaftsstandorts unabdingbar. Dies gilt sowohl für die Industrie als auch für das Handwerk.

Die Kombination von Theorievermittlung und praktischer Anwendung im Betrieb hat die berufliche Ausbildung zu einem Erfolgsfaktor des deutschen Bildungswesens gemacht.

Die duale Ausbildung ist ein Leistungsmerkmal gerade unserer Wirtschaft, unserer mittelständischen Wirtschaft. Sie leistet einen ganz wesentlichen Beitrag zu der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit, mit der ganz besonders Baden-Württemberg als Vorbild für viele gilt.

Herr Dr. Schmid, Ihr Ministerium geht mit dem Informationsflyer „Guter Plan“, der die Vorteile und Chancen einer Berufsausbildung darstellt, in die richtige Richtung. Gleichzeitig zielt aber die Bildungspolitik der Regierung in die entgegengesetzte Richtung.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Gegenruf von den Grünen: Quatsch!)

Ich habe den Eindruck, dass hier versucht wird, internationale Trends der Vergangenheit, nämlich die Akademisierung der Ausbildung, nachzuholen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

während gleichzeitig das Ausland versucht, das Erfolgsmodell „Duale Ausbildung“ zu kopieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Man kann sich hier schon fragen, ob wir grundsätzlich auf dem richtigen Weg sind. Eine kurze Anmerkung dazu: Sie wollen auf Teufel komm raus jeden Schüler zum Abitur prüfen

(Abg. Andreas Stoch SPD: Schwachsinn! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was soll denn das? – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

und schaffen dabei die Haupt- und Realschulen ab, deren Schüler die eigentliche Zielgruppe für die duale Ausbildung sind. Wenn alle das Abitur ablegen sollen, frage ich mich schon: Warum soll dem „guten Plan“ überhaupt noch jemand folgen? Wir brauchen mehr positive Wahrnehmung und Akzeptanz der dualen Ausbildung in unserer Gesellschaft. Stellen Sie hier also die Weichen, damit sich der bestehende Fachkräftemangel bei den Facharbeitern nicht weiter verschlimmert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Trotz geringer Jugendarbeitslosigkeit haben wir keinen Grund, uns hier auszuruhen. Fachkräfte für das Handwerk und die Industrie gewinnen sich nicht von selbst. Die Jugendlichen bewerben sich nur für die 50 Modeberufe – 350 Berufe haben wir. Hier gibt es viel zu tun. Dies bleibt für uns alle eine Zukunftsaufgabe, damit wir gerade in Baden-Württemberg unsere Wettbewerbsfähigkeit auch für die Zukunft sichern. Ich

hoffe, wir schaffen es, hier gemeinsam eine Allianz für den Erfolg unseres Landes zu schmieden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schütz, wir sind sicher einer Meinung, dass wir in diesem Bereich viel zu tun haben. Wir sind sicher einer Meinung über die Bedeutung des Handwerks für unser Gemeinwesen, und wir sind sicher auch einer Meinung in der Beurteilung der Qualität und der Notwendigkeit der beruflichen Ausbildung im dualen System. Da gibt es einen großen Konsens.

Aber ich hätte mir gewünscht, dass Sie jetzt diese Zuspitzung, die Frage, woran es eigentlich hakt, woran es liegt, dass wir mittlerweile eine Schieflage im Bildungswesen, nämlich in der beruflichen Ausbildung, bekommen, ein bisschen genauer erörtert hätten.

Ich glaube, es ist zu kurz gesprungen, zu sagen, dass die Bestrebungen in der Gesellschaft nach höheren allgemeinbildenden Abschlüssen ein Grund für den Erosionsprozess sind, den wir im Bereich der beruflichen Bildung haben. Das ist ganz klar ein Fehlschluss. Das hat damit nichts zu tun. Denn wir müssen eher an anderen Punkten ansetzen. Wir können jungen Leuten nicht vorwerfen, dass sie einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluss haben wollen. Das kann man doch keinem jungen Menschen ernsthaft vorwerfen,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

da ein fehlender allgemeinbildender Schulabschluss oder auch ein Hauptschulabschluss heute in vielen Ausbildungsberufen eine Zugangsbarriere ist. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen.

Bildungspolitisch müsste doch eigentlich auch von Ihnen mittlerweile mitgetragen werden können, dass es wichtig ist, zu versuchen, junge Leute allgemein zum mittleren Bildungsabschluss als Mindestabschluss zu führen. Das müsste hier im Haus Konsens sein. Denn wir wissen auch, dass heute über 90 % der Ausbildungsbetriebe sagen, der Hauptschulabschluss reiche für eine qualifizierte Berufsausbildung eigentlich nicht mehr aus. Dieser Frage müssen wir uns ernsthaft stellen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich sehe auch mit Besorgnis, dass im Nahrungsmittelhandwerk 40 % der Betriebe Ausbildungsplätze nicht besetzen können. Das ist ein dramatischer Anteil, muss ich Ihnen sagen. Auch dass wir in diesem Jahr 5 500 Ausbildungsplätze nicht besetzen konnten, ist eine schlechte Zahl.

Aber, Frau Schütz, wir müssen auch die andere Seite sehen. Sie haben in Ihrem Antrag auch die Abbrecherquote thematisiert. Wir müssen einfach feststellen, dass im Prinzip jeder fünfte Ausbildungsvertrag vorzeitig gekündigt wird –

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

(Siegfried Lehmann)

davon sogar jeder dritte schon in der Probezeit. Das sind dramatische Zahlen. Allein im Handwerk wird jeder vierte Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst.

Das können wir sicher nicht damit erklären, dass wir jetzt eine Schiefelage im Bildungssystem haben. Da müssen wir tiefer hineingehen und fragen: Was passiert da eigentlich? Wir müssen uns die Frage stellen: Was passiert in der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau!)

Das ist ein Punkt, über den wir uns unterhalten müssen. Aber es stellt sich natürlich gleichermaßen die Frage: Was passiert in den Ausbildungsbetrieben? Ist da die Qualität so, dass junge Leute sagen: „Das ist ein Angebot für mich“?

Wir bewegen uns hier auf einem Markt. Wir können die jungen Leute schließlich nicht in eine berufliche Ausbildung hineinprügeln. Wenn ein Betrieb eine Ausbildung zum Metzger oder zum Bäcker anbieten will, muss das auch gewissen Qualitätsansprüchen genügen. Mir tut es leid, wenn bei den Ausbildungen im Bäckerhandwerk eine Abbrecherquote von 40 % besteht. Das ist ein untragbarer Zustand. Da müssen wir wirklich auch einmal überlegen: Woran liegt es, dass wir da so hohe Abbrecherquoten haben?

Eines müssen Sie sich auch noch vergegenwärtigen, nämlich dass 39,1 % der Schulabgänger in Baden-Württemberg, die eine duale Ausbildung aufnehmen könnten, in das Übergangssystem, in den Übergangsbereich gehen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 28 %. Das ist natürlich auch ein Grund dafür, dass wir eine geringe Jugendarbeitslosigkeit haben. Frau Schütz, das ist mit ein Merkmal davon.

Bei uns, Frau Schütz, sind 36 % der jungen Leute, die einen Ausbildungsvertrag abschließen, Altbewerber. Sie haben sich also schon ein Jahr vorher um einen Ausbildungsplatz bemüht. Da bedarf es Veränderungen.

Jetzt, Frau Schütz, nenne ich Ihnen noch eine letzte Zahl, die ebenfalls wichtig ist – auch für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg –: 15 % der 25- bis 35-Jährigen haben keinen anerkannten beruflichen Bildungsabschluss. Das ist ein brutal hoher, großer Anteil. Wir sind damit zwar knapp besser als der Bundesdurchschnitt, aber trotzdem ist das ein Potenzial, das wir heben müssen. Dazu brauchen wir dringend neue Angebote der beruflichen Ausbildung, sei es in Form einer Teilzeitausbildung oder einer assistierten Ausbildung. Denn es darf nicht sein, dass wir junge Leute aus Spanien für eine duale Ausbildung hierherholen, obwohl bei uns 15 % der jungen Menschen keine berufliche Ausbildung haben. Da brauchen wir Angebote in hoher Qualität und in neuen Formen der dualen Ausbildung. Das müssen wir leisten.

In der Enquetekommission haben wir dazu einen Konsens gefunden. Unsere Positionen liegen nicht weit auseinander. Lassen Sie uns also nicht die falschen Schlachten führen – nämlich über das allgemeinbildende Schulsystem –, sondern lassen Sie uns gemeinsam über die Punkte diskutieren, die wirklich notwendig sind.

Danke.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Hofelich das Wort.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, meine Fraktion zu bitten, zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen zu dürfen. Das tue ich gern. Ich sage auch der CDU-Fraktion meinen Dank, dass das Thema auf die Tagesordnung gekommen ist; denn ich bin der Meinung, dass es ein aktuelles und ein wichtiges Anliegen ist. Ich denke auch, dass uns die Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft weitere erhellende Informationen gibt, die sicherlich auch den Blick nach vorn richten, auch wenn nicht alles – das wissen die Beteiligten im Raum – neu sein kann und neu ist. Ich denke, dass wir auf jeden Fall an einem Punkt sind, bei dem sich die Debatte sehr lohnt.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern voranstellen, dass wir alle ein Interesse daran haben, dass unser Handwerk in unserem Land eine gute Zukunft hat. Es hat jedoch keine gute Zukunft, wenn die Ausbildung im Handwerk nicht funktioniert und wenn es nicht genügend Auszubildende, nicht genügend junge Leute gibt, die ins Handwerk gehen wollen. Unsere Dörfer und unsere Städte wären um einiges ärmer, wenn das Handwerk ausgedünnt würde, wenn es weniger davon gäbe. Deswegen sagt das Land Baden-Württemberg: Wir wollen, dass das Handwerk ein substanzieller Teil unseres Landes Baden-Württemberg ist und bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

Dass die Situation ambivalent ist, ist in der Analyse, die durch die ersten beiden Redner vorgenommen wurde, schon deutlich geworden. Ich will es mit meinen Worten noch einmal sagen.

Insgesamt ist die Zahl der offenen Stellen gestiegen. Wir haben eine Stagnation bzw. einen Rückgang bei der Zahl der Ausbildungsverträge im Handwerk. Angebot und Nachfrage haben sich gewandelt.

Wir haben unversorgte Bewerber. Wir haben aber auch die bekannten Warteschleifen, in denen sich Personen befinden, die nur sehr schwer zu vermitteln sind. Wir haben besondere Lücken im Einzelhandel. Wir haben auch Lücken in der Gastronomie, im Nahrungsmittelhandwerk, und wir haben – nicht zu vergessen – immer noch ein Rekrutierungsgefälle zwischen großen Unternehmen und kleinen Unternehmen und damit typischerweise Handwerksbetrieben. Viele sagen: „Na ja, wenn es nach der Ausbildung um den Beruf geht, bin ich vielleicht doch lieber in der Industrie mit geregelten Arbeitszeiten etc.“ Das ist die Lage, über die man nicht lange zu debattieren braucht. Sie ist, wie sie ist.

Der Druck, der daraus resultiert, dass die Zahl der Schulabgänger im Zeitraum von 2012 bis 2020 um insgesamt 18 % sinken wird, baut sich weiter auf. Wenn nichts geschieht, Frau Kollegin Schütz und Herr Kollege Lehmann, haben wir ein Problem. So ist es.

Deswegen sollte man zunächst einmal sagen: Dieses Problem besteht aus drei Teilen. Erstens gibt es ein Mobilisierungspro-

(Peter Hofelich)

blem für das Handwerk. Es stellt sich die Frage: Wer geht ins Handwerk, um einen Ausbildungsberuf zu erlernen? Zweitens gibt es ein Trainings- und Bildungsproblem, vielleicht auch ein Erziehungsproblem. Es stellt sich die Frage: Wie kommen die jungen Leute im Handwerk an? Drittens gibt es ein Attraktivitätsproblem des Handwerks. Da geht es um die Frage: Stimmt das Image, stimmt das, was wichtig ist, um ins Handwerk zu gehen?

Meine Damen und Herren, ich behaupte – das will ich an dieser Stelle auch sagen –: Das Handwerk tut sehr viel. Es legt nicht die Hände in den Schoß. Es weiß, dass es über Qualität punkten muss. Wenn man bei Abschlussfeiern dabei ist – sowohl bei den Meistern als auch bei den Azubis –, sieht man: Die jungen Leute bringen Qualität. Man sieht auch, dass ihre Handwerksmeister hinter ihnen stehen. Ich sage: Das Handwerk strengt sich an. Das sollte man an dieser Stelle auch ganz klar sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Die Rolle von uns als Landespolitikern wird sein, zu treiben, zu flankieren, zu finanzieren, wo es geht, und vor allem zu orientieren. Zum Thema Orientieren möchte ich gern ein paar Anmerkungen machen, weil das auch Aufgabe der Politik ist – natürlich immer in Partnerschaft mit denen, die tatsächlich an der Front sind.

Der erste Punkt zur Orientierung ist – ich will das für meine Fraktion deutlich sagen –: Die duale Ausbildung ist gleichwertig zur akademischen Ausbildung, und wir sollten als Politikerinnen und Politiker auch sagen, dass wir diese Gleichwertigkeit so leben und so wollen.

Weil das so ist, haben wir auch Erwartungen. Ich habe z. B. die Erwartung, dass ein Lehrer im Gymnasium, in dem heute ein großer Teil der Jahrgänge ist, auch in seinem Gymnasium für eine duale Ausbildung im Handwerk wirbt und darauf hinweist, dass das eine gute Sache ist. Das können Lehrerinnen und Lehrer durchaus tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich bin ebenfalls dafür, dass die Gemeinschaftsschule in ihrem Wert erkannt wird. Kollege Lehmann hat auf den mittleren Bildungsabschluss hingewiesen. Das ist das, was heute gefragt ist. Meine Damen und Herren. Das allmähliche Vordringen der Gemeinschaftsschule wird eine Trumpfkarte für das Handwerk sein. Deswegen hat das Handwerk übrigens auch die Gemeinschaftsschule gefordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben allen Anlass, einiges zu bewerben, weil man auch ein wenig rasseln muss. Deswegen ist das, was unterwegs ist – sowohl vom Bündnis für Ausbildung, weil es schon in der früheren Landesregierung angelegt war, als auch von der Fachkräfteallianz –, richtig. Wir haben gute Ideen. Die Ausbildungsbotschafter oder die Videos auf YouTube werden allgemein gelobt.

Wir sollten jedoch auch darüber nachdenken, wie die Chancen der Schwächeren verbessert werden. Hier gilt es vor allem, dass wir, das Land, von der assistierten Ausbildung bis hin zu den Berufskollegs unsere Anstrengungen verbessern.

Wir sollten auch – lassen Sie mich das noch ansprechen – nach den Ausbildungsabbrechern schauen, deren Zahl in einzelnen Branchen in der Größenordnung liegen mag, wie sie dargestellt worden ist. Dort gilt es, mit Coaching-Maßnahmen etc. zu helfen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Man sollte sich auch die Studienabbrecher anschauen!)

Teilzeitausbildung ist gerade ein Thema für junge Eltern. Es ist auch eine wichtige Frage, wie das Berufsbildungsangebot, das Berufsschulangebot der Zukunft aussieht. Es ist eine wichtige Aufgabe der Zukunft, dass künftig Berufsschulen in der Nähe des Ausbildungsplatzes und des Wohnorts der jungen Leute sind, so gut es bei dem demografischen Wandel geht. Die Landesregierung ist in der Pflicht, eine entsprechende Vorstellung zu haben.

Letzter Punkt: Ich finde, uns tut Selbstbewusstsein gut. Wir können Europa sagen, dass Baden-Württemberg, Deutschland und die deutschsprachigen Länder mit der dualen Ausbildung etwas Gutes vorzuweisen haben. Das ist etwas, was wir auch exportieren können. Wenn wir es exportieren können, dann sind wir auch für junge Leute aus ganz Europa attraktiv, die hier sein wollen. Das schließt sich gegenseitig nicht aus.

Meine Damen und Herren, es kommt darauf an, dass wir etwas tun. Ich habe versucht, einige Felder aufzuzeigen, auf denen schon etwas geschieht und auf denen künftig etwas geschehen wird. Danke für den Anlass, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Ich glaube, gemeinsam sind wir auf einem richtigen Weg. Lassen Sie uns darauf bleiben und die Ansätze verstärken.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Grimm das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er weiß, wovon er spricht!)

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land ist global Weltspitze. Das verdanken wir dem Wettbewerb und der Innovation.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und dieser Landesregierung! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der als Letzter!)

Erst unser Wohlstand ermöglicht Sozialwerken ein Auffangnetz für die Schwächeren. Spitze sind wir auch durch unser Bildungssystem, und ich denke, darum werden wir auf der ganzen Welt beneidet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Aber leider sind zurzeit Bemühungen in Gang – ich denke, da übertreibe ich nicht –, jedem Schüler das Abitur mitzugeben. Die Zahl der Studierenden soll enorm erhöht werden, weil angeblich nicht durch fehlende Begabung, sondern mangels Chancengleichheit zu wenige Akademiker produziert werden. Ich frage mich: Brauchen wir Taxifahrer mit Doktorgrad?

(Leopold Grimm)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn er Jurist ist, ja!)

Nach neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen – vielleicht wird Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, das überraschen – gibt es kaum Beweise dafür, dass mehr Bildung zu größerem nationalen Wohlstand führt. Ein Großteil des Wissens, das durch die Bildung vermittelt wird, ist für eine Produktivitätssteigerung nicht relevant. Dass Bildung eventuell nicht schadet, steht auf einem anderen Blatt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Das Bildungsniveau einzelner Menschen ist für unseren Wohlstand nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, ob es dem Land gelingt, diese Menschen in eine Wirtschaft mit hoher Produktivität einzugliedern.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Leopold Grimm** FDP/DVP: Nein, Kollege Lehmann. – Die Frage, die sich die Wirtschaft, das Handwerk und auch alle anderen stellen werden, ist also: Wen brauche ich? Wenn der Anteil der Menschen mit Abitur und Hochschulabschluss immer mehr zunimmt, wird ohne solche Abschlüsse irgendwann kein ordentlicher Job mehr zu bekommen sein. Also werden immer mehr junge Menschen einen solchen Abschluss suchen. Damit werden sie diesen Abschluss abwerten und wertvolle Jahre ihres Lebens vergeuden.

Wer also das Bildungssystem ausbaut und meint, damit auch die Wirtschaft blühen lassen zu können, der unterliegt einem Irrtum. Auf die Produktivität kommt es an. Hierfür brauchen wir die richtigen Menschen. Das kann ein Hauptschüler ebenso sein wie ein Realschüler oder ein Abiturient.

Meine Damen und Herren, wir brauchen alle diese jungen Menschen. Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, brauchen wir einen schlanken und in seinen Kernaufgaben starken Staat. Sie von der Regierung haben die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft. Sollen wir Ihre ersten bildungspolitischen Schritte als den Versuch deuten, für Einheitschüler die Einheitsschule zu schaffen?

(Unruhe)

Wenn Sie die Förderschule abschaffen, schaffen Sie nicht die Förderschüler ab. Wenn Sie die Hauptschule abschaffen, meine Damen und Herren von der Regierung, schaffen Sie nicht die Hauptschüler ab. Wenn Sie die Realschule oder das Gymnasium abschaffen, schaffen Sie auch nicht die Realschüler oder die Gymnasiasten ab.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Sie sind auf einem gefährlichen Irrweg, wenn Sie glauben, alle Menschen seien gleichermaßen bildungsfähig. Unser Bildungssystem hat bisher ausgezeichnet, auf die individuellen Begabungen und Bedürfnisse der Menschen einzugehen.

(Unruhe)

Was machen Sie? Sie streichen die verbindliche Grundschulempfehlung und läuten damit das Totenglocklein für die dua-

le Ausbildung. Ist im Koalitionsvertrag von Grün-Rot nicht das Stoppschild für den Handwerkernachwuchs aufgestellt worden? „Der Wechsel beginnt“ lautet die Überschrift des Koalitionsvertrags. Was den Nachwuchs im Handwerk, im Mittelstand betrifft, kann damit nur der Wildwechsel gemeint sein.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Was?)

Dabei tragen Sie Bildung wie eine Monstranz vor sich her. Sie sind auf einem für unsere Gesellschaft gefährlichen Weg,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt wird es gefährlich!)

wenn Sie die Menschen so früh und so lange wie möglich unter dem Deckmantel der Bildung Ihrer staatlichen Kontrolle unterwerfen wollen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe)

Als Unternehmer kann ich Ihnen aus Erfahrung sagen, was mit der von Ihnen angestrebten Flut von Abiturienten geschieht. Wie bei jeder Flut werden wir Dämme brauchen, um sie zu bändigen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Sie sind dabei, dieses Wirtschaftssystem zu ruinieren, wenn Sie seine Grundlagen verwässern und abschaffen. Wer wird als Abiturient oder Hochschulabsolvent Ihre Wasserleitungen reparieren? Wer wird Ihre großen neuen Limousinen bauen? Wer wird diese in Ordnung bringen? Wer installiert Ihre Steckdosen für den Ökostrom? Glauben Sie im Ernst, dass nur der Schüler ein glücklicher Schüler ist, der auf einer Gemeinschaftsschule unter- oder überfordert wird?

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Nein! Aber ein gebildeter!)

Fehlt es Ihnen an Respekt oder an Einsicht, wenn Sie glauben, dass aus Baden-Württemberg ein einziges Land aus Abiturienten wird? Ist nur der Sozialarbeiter ein richtiger Arbeiter?

(Abg. Florian Wahl SPD: Haben Sie noch nie vom Aufstieg durch Bildung gehört? – Unruhe)

Die Regierung legt mit einem grün-roten Bildungswahn nach dem Motto „Jeder ein Genie“ die Lunte nicht nur an das duale Ausbildungssystem. Sie sorgt auch für den Fachkräftemangel der Zukunft. Noch ist es nicht zu spät, wieder zur Besinnung zu kommen. Nutzen Sie die besinnlichen Tage dazu. Denken Sie darüber nach, was dieses Land groß und stark gemacht hat. Oder wollen Sie in die Geschichte als diejenigen eingehen, die Baden-Württemberg kleingekriegt haben?

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Durch Bildung kleingekriegt?)

Wollen Sie uns das Gruseln lehren? Ich hoffe, niemand hier im Saal will, dass aus einem Spitzenreiter in Bildung und Wirtschaft ein Absteiger wird.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

„Wir sind Handwerker. Wir können das.“ So lautete in diesem Jahr das Motto des Handwerkstags.

(Leopold Grimm)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo bleibt der Applaus der FDP/DVP?)

Zeigen Sie, was Sie können, meine Damen und Herren von der Regierung. Was können Sie noch – außer Bildung und Wirtschaft?

Frohe Weihnachten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war versucht, eine der Vorweihnachtszeit entsprechende Rede zu halten. Herr Kollege Grimm hat jedoch versucht, die große Einigkeit, die bei diesem Thema eigentlich besteht, mit Sprengstoff ein bisschen zu zerstören.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Grimmsche Märchenstunde!)

Ich werde aber nicht darauf eingehen, Herr Grimm, und zwar aus Respekt vor dem Handwerk und diesem ersten Thema. Sie haben selbst eine duale Ausbildung durchlaufen. Ich finde das gut. Auch Frau Schütz hat eine duale Ausbildung, sogar im Handwerk, durchlaufen.

(Abg. Katrin Schütz CDU: Ja!)

Ich glaube, Sie sind Werkzeugmacher, Herr Grimm.

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Ja!)

Deshalb, finde ich, sollten wir uns bei diesem Thema wirklich darauf konzentrieren, worum es geht. Wir sollten keine versteckte bildungspolitische Debatte führen, sondern eine wirtschaftspolitische Debatte, denn es geht uns ums Handwerk.

Ich bin sehr dankbar, dass es diesen Antrag gab und dass wir Gelegenheit haben, über diese Problematik zu diskutieren, bei der wir noch vor vielleicht vier, fünf Jahren, wenn wir mit Kammern Gespräche geführt haben, darauf hingewiesen wurden: „Uns stehen zu wenig Ingenieure zur Verfügung; wir brauchen mehr Ingenieure, wir brauchen mehr Akademiker.“ Jetzt hat sich der Trend gewandelt.

Wenn man heute mit Kammern spricht – ich war kürzlich bei einer IHK im Bodenseeraum –, stellt man fest: Sie rufen nicht mehr nur nach Ingenieuren, sondern sagen im Gegenteil: Wir müssen bei den Ingenieuren etwas bremsen, wir brauchen wieder mehr Facharbeiter; wir brauchen die Leute aus der dualen Ausbildung, damit wir unsere Betriebe ausreichend mit Fachkräften ausstatten können. Es geht also nicht um das, was die Kammern auch selbst forciert haben, nämlich um den auch zu Ihrer Regierungszeit schon eingeführten Zugang zum Studium für Meister, für Techniker und für Gesellen mit einer Zusatzausbildung. Da sind sie jetzt eher wieder gebremst im Vergleich zum Anfang, als es diese große Euphorie gab, als alle gesagt haben, wir müssten möglichst auch Meister, Techniker und Facharbeiter ins Studium bringen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Möglichkeit schaffen!)

Mittlerweile ist diese Euphorie etwas gedämpft. Die Zahlen sprechen da für sich.

Es gibt deutlich mehr Stellen als Bewerber. Das ist gut für die Jugendlichen, die jetzt eine größere Auswahl haben. In der Tat, die Marktsituation ist für die Jugendlichen besser, aber für die Betriebe ist sie zweifellos schlechter. Vor allem für die kleinen Betriebe, auch für die Handwerksbetriebe wird es deutlich schwieriger. Es gibt in diesem Jahr 5 000 unbesetzte Plätze. Im Handwerk ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 1 800 auf etwa 20 000 gesunken. Wir müssen in diesem Bereich also dringend etwas tun.

Wir können dies nicht allein tun. Das will ich von vornherein sagen. Wir, die Politiker, dürfen da auch nicht in das alte Lied verfallen, dass wir da das Allheilmittel hätten, dass wir allein diesen Markt – es ist ein Markt, ein Ausbildungsmarkt – beeinflussen könnten. Auch die Schulwahl ist ein Markt. Auch dort können die Schüler bzw. die Eltern im Markt auswählen. Für mehr Markt ist ja die FDP – in diesem Bereich sicherlich auch –, aber wir müssen dies gemeinsam angehen.

Die Landesregierung kann in Teilbereichen durchaus unterstützen. Wir können die Attraktivität steigern, und wir können die Potenziale vor allem von benachteiligten Jugendlichen für den Ausbildungsmarkt besser ausschöpfen.

Wir haben ja die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ vorliegen und haben auch schon zahlreiche Empfehlungen dieser Enquetekommission umgesetzt. Ich möchte zunächst einmal drei Punkte nennen.

Wir müssen aus zwei Gründen frühzeitig darüber informieren, was eine Berufsausbildung ausmacht – ich komme später noch einmal auf das Thema Abbrecherquote zurück –: Wenn man sich frühzeitig darüber informiert, was man in dem Beruf eigentlich macht, was man in der Ausbildung macht, die man anstrebt, dann reduziert sich auch die Zahl der Abbrüche. Natürlich dient eine verbesserte Information auch der Steigerung der Attraktivität. Kinder und Jugendliche kommen heute sehr viel schwerer direkt mit dem Handwerk in Berührung. Früher, als das Handwerk auch stärker in der Fläche des Landes verbreitet war, als die Betriebe noch kleiner waren, ist man auch schon früh viel stärker mit dem Handwerk in Berührung gekommen. Heute ist das schon schwerer. Deshalb ist es auch wichtiger geworden, dass wir möglichst früh vermitteln und darauf hinweisen, was man in den Ausbildungsberufen macht.

Wir tun dies mit der Berufsorientierung in den vom Land geförderten überbetrieblichen Bildungszentren. Wir laden Jugendliche ein, den Beruf, für den Interesse besteht, kennenzulernen. Dies ist eine hervorragende Möglichkeit für Jugendliche, unabhängig von einem einzelnen Ausbildungsbetrieb ein ganz breites Spektrum an Berufsbildern kennenzulernen.

Wir haben weiter die Bildungspartnerschaft zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben oder sogar Verbänden von Betrieben. Auch dies ist eine hervorragende Möglichkeit, dass sich kleinere Betriebe zusammenschließen – koordiniert von den Kammern – und mit einzelnen Schulen solche Partnerschaften eingehen, um Jugendliche schon während der Schulzeit über Ausbildungsberufe und über Ausbildungsbetriebe zu

(Staatssekretär Ingo Rust)

informieren und sie dafür zu gewinnen. Das ist eine hervorragende Geschichte.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Wir sollten auch versuchen, die Attraktivität der Ausbildungsberufe weiter zu steigern. Der Trend geht – das wurde zu Recht geschildert – hin zur akademischen Ausbildung. Ich fange keine bildungspolitische Debatte an, aber ich glaube nicht, dass die Gemeinschaftsschule an diesem Trend schuld ist. Denn wir haben diesen Trend schon seit Jahren, während es die Gemeinschaftsschule noch nicht seit Jahren gibt.

Der Trend existiert also schon im bestehenden Bildungssystem, und er fängt aus meiner Sicht schon sehr viel früher an. Denn viele Eltern wollen – manchmal vielleicht auch unabhängig von der Begabung ihrer Kinder –, dass ihre Kinder eine möglichst hochwertige Ausbildung erhalten, einen möglichst hohen Schulabschluss erreichen. Das verstehe ich als Vater auch, aber manchmal wird das dem Kind und den Begabungen des Kindes nicht gerecht. Das heißt, wir müssen da sehr viel früher ansetzen.

Deswegen haben wir im Juni dieses Jahres auch die Ausbildungskampagne „Meine Ausbildung. Meine Zukunft – gutausgebildet.de“ gestartet. Auf der Homepage finden Sie – Kollege Hofelich hat es schon angesprochen – auch zahlreiche Videos, in denen Berufsbilder in der dualen Ausbildung gezeigt werden. Wir haben schon über 120 000 Zugriffe auf diese Videos. Das ist heute einfach das Medium, das die Jugendlichen am ehesten nutzen. Deshalb haben wir das dort zur Verfügung gestellt, damit sich Jugendliche auch online über ein Berufsbild in der dualen Ausbildung informieren können. Der Erfolg und die Zahlen sprechen für sich.

Wir haben seit Anfang dieses Jahres die Ausbildungsbotschafter – 2 000 Ausbildungsbotschafter. Das sind selbst Auszubildende, die an die Schulen gehen und dort ihren eigenen Ausbildungsberuf vorstellen. Das ist eine hervorragende Geschichte. Schon über 20 000 Schülerinnen und Schüler wurden über diese Ausbildungsbotschafter erreicht. Darunter sind auch Handwerksbotschafter, das heißt Auszubildende, die in den Schulen einen Handwerksberuf vorstellen.

Wir müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Potenziale von benachteiligten Jugendlichen stärker ausschöpfen. Wir haben beispielsweise die Sommerkollegs an 13 Standorten im Land, in denen wir Hauptschulabgängern, die im Sommer nach ihrem Hauptschulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz haben, sozusagen last minute noch einmal die Chance geben, einen Ausbildungsberuf – vornehmlich bei den Kammern – kennenzulernen. Wir bringen diese Jugendlichen mit einem Ausbildungsberuf in Verbindung und versuchen dann auch, sie hinterher an einen Betrieb weiterzuvermitteln.

Angesprochen wurde die Zahl der Ausbildungsabbrüche, etwa 17 000 im Jahr. Das ist deutlich zu viel, wobei man bei 50 % dieser 17 000 Ausbildungsabbrüche davon ausgehen muss, dass es sich um Betriebswechsel und nicht um klassische Abbrüche in dem Sinn handelt, dass die falsche Ausbildung gewählt wurde. Vielmehr wird der Betrieb gewechselt.

Wir haben deswegen seit August dieses Jahres die Ausbildungsbegleiter eingesetzt und fördern sie mit immerhin 2 Millionen €. In zwölf Regionen des Landes helfen diese Ausbil-

dungsbegleiter den Betrieben, den Ausbildern und den Auszubildenden, wenn es Schwierigkeiten in der Ausbildung gibt, um dann auch schnell unterstützen und vielleicht noch helfen zu können, um zu vermeiden, dass die Ausbildung abgebrochen wird.

Meine Damen und Herren, ich habe es angesprochen: Wir, das Land, können diese Probleme nicht alle selbst lösen. Wir brauchen dazu die Partner in den Kammern, in den Verbänden. Wir haben bei all diesen Projekten, bei all diesen Unterstützungsprojekten, die ich jetzt geschildert habe, das auch gemeinsam mit den Kammern, mit den Organisationen vor Ort gemacht und sind deshalb auch erfolgreich.

Ich möchte Sie alle bitten, dass wir gemeinsam an diesem Problem arbeiten. Denn ich denke, zwischen uns besteht da große Einigkeit. Wir sollten mit den Betrieben, den Kammern, den Verbänden vor Ort weiter gemeinsam versuchen, die Attraktivität der dualen Ausbildung zu steigern, um dann auch genügend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Denn wir sind uns darüber klar – da sind wir uns, denke ich, auch einig –, dass für Baden-Württemberg als rohstoffarmes Land das Zurverfügungstellen von Fachkräften – sowohl in der dualen Ausbildung als auch bei den Akademikern – die entscheidende Frage von weiterem Wachstum sein wird. Umgekehrt gilt: Es kann die größte Wachstumsbremse für unsere Wirtschaft sein, wenn wir das nicht tun.

Ich lade Sie alle dazu ein, mitzuhelfen, dies zu tun, und danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin Schütz, kurz? – Die Kollegin Schütz hat noch

(Abg. Katrin Schütz CDU: Wenig!)

ganz wenig Redezeit: eine halbe Minute.

**Abg. Katrin Schütz** CDU: Sehr geehrter Herr Staatssekretär, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich glaube, gerade mit den Studienabbrechern, die vielleicht an der Universität nicht weiterkommen, haben wir auch noch ein großes Potenzial, das uns zur Verfügung steht und das wir gewinnen könnten. Ihnen könnte man zeigen, dass sie vielleicht im Handwerk Erfolg haben.

Ich glaube, wir müssen Schwächere auch in den Schulen, die sie vorbereiten, mehr unterstützen und das berufliche Bildungssystem dementsprechend wappnen, damit dort die erforderlichen Kapazitäten bestehen und eben nicht die Handwerksbetriebe eine Art Reparatursystem bilden. Denn sie geben heute Nachhilfe, sie unterrichten Deutsch. Es ist aber eigentlich nicht ihre Aufgabe, dass sie das „reparieren“, was in Schulen und Elternhäusern versäumt wurde, sondern die Betroffenen sollen vorbereitet in die Betriebe kommen.

Der Anstieg der Zahl der Studienanfänger liegt bei 44 %, während es bei der Ausbildung nur einen Zuwachs um 9 % gab. Daran zeigt sich schon, dass wir vor großen Problemen stehen.

Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich glaube, wir sind uns bewusst, worin unsere Aufgabe liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann somit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet – Drucksache 15/1707**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Wahl.

**Abg. Florian Wahl** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Glücksspiel jeder Art bietet ein extrem großes Suchtpotenzial. Spieler, die ihre Neigungen nicht im Griff haben, können nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Familien – nicht nur finanziell – in existenzielle Nöte bringen.

Prävention und Spielerschutz sind daher zentrale sozialpolitische Ansätze dieser Koalition. Ich bin der Überzeugung, Landesregierung und Landtag haben mit dem Landesglücksspielgesetz bereits eine wegweisende Regelung auf den Weg gebracht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

um legales Glücksspiel sinnvoll zu begrenzen und für die Spieler – es sind meist Männer – bestmöglichen Schutz zu gewährleisten. Dieses Gesetz trägt eine deutliche suchtpolitische Handschrift und übertrifft die Regelungen der meisten anderen Länder.

Alle Anbieter müssen ein verbindliches Sozialkonzept vorlegen. Das halte ich für ganz entscheidend.

Leider können wir an diesem Punkt nicht stehen bleiben. Illegales Glücksspiel im Internet ist längst keine Randerscheinung mehr. Dies ist mit noch größeren Risiken verbunden, weil die Spieler von jedem Ort der Welt aus Zugriff haben können und der Gang in die Spielhalle nicht mehr notwendig ist. Hier greifen die wichtigsten Präventionsansätze nicht mehr. Dieses Phänomen entzieht sich bislang einer effektiven staatlichen Kontrolle.

Für die Anbieter solcher Glücksspiele ist das Wort „Spieler-schutz“ ein Fremdwort. Sperrdateien und Schließzeiten gibt es nicht. Die Identität der Spieler wird nicht geprüft. Die Folgen für die Betroffenen können umso verheerender sein; denn bestehende Angebote der Suchtberatung werden selten aus eigenem Antrieb in Anspruch genommen.

Was ich bereits in den Debatten zum Landesglücksspielgesetz gesagt habe, gilt hier umso mehr: Wiederum muss die Solidargemeinschaft dafür aufkommen, dass mit der Krankheit von Menschen Profite gemacht werden. Meine Damen und Herren, das dürfen wir aber nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Glücksspiel zerstört Existenzen, führt in finanzielle Nöte und infolgedessen häufig in die Kriminalität. Ein völlig unkontrollierter Markt im virtuellen Raum fördert diese Entwicklung und muss daher bekämpft werden.

Die SPD-Fraktion hat diese Große Anfrage nicht nur deshalb eingebracht, um den Sachstand abzufragen. Wir müssen auch das öffentliche Bewusstsein für die Gefahren des illegalen Glücksspiels stärken; denn nur dann – das sage ich als suchtpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion – können staatliche Maßnahmen erfolgreich ansetzen.

Im Übrigen wissen viele Leute nicht einmal von der Illegalität. Wenn man Prominente wie Stefan Raab oder Boris Becker im Fernsehen zocken sieht, dann wundert es nicht, dass Onlinepokerspiele ebenso normal und legal erscheinen.

Das Glücksspiel im Internet in Deutschland ist aber verboten, und zwar uneingeschränkt. Dennoch spielen etwas weniger als 600 000 Menschen in diesem Land regelmäßig verbotene Spiele und verlieren im Jahr etwa 400 Millionen € an Anbietern, die ausländische Server nutzen.

Damit ist Deutschland nach den USA der zweitgrößte Markt. Das hat eine Studie der Universität Hamburg ergeben.

Wenn wir die Familien der Betroffenen hinzurechnen, die massiv unter der Sucht ihrer Angehörigen leiden, können wir von einem massiven Problem reden.

Der Weg der internationalen Strafverfolgung ist dabei natürlich äußerst mühsam. Ein effektiver Zugriff der Behörden auf die Anbieter ist kaum möglich. Auch die Begrenzung der Zahlungsströme mit denen, die als Spieler ihre Teilnahme am illegalen Onlineglücksspiel finanzieren, ist sehr schwierig und nur sehr eingeschränkt möglich.

Angesichts dessen, dass es in Baden-Württemberg im Durchschnitt 16 Verurteilungen pro Jahr wegen unerlaubter Veranstaltung von Glücksspiel gibt, können wir sicherlich von einer großen Zahl von Anbietern ausgehen, die niemals belangt werden.

Meine Damen und Herren, einen weltweit unkontrollierten Markt von Onlineglücksspielen können wir nicht effektiv eindämmen, wenn jedes Land für sich allein agiert. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit der Länder. Das sehe ich mit dem geltenden Glücksspielstaatsvertrag bereits sinnvoll gewährleistet. Genauso bedarf es einer besseren internationalen Abstimmung, um eine effektivere Strafverfolgung zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns geht es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Das ist ein Thema, bei dem parteipolitische Strategien keine Rolle spielen. Ich bitte Sie in diesem Hohen Haus, aber auch die Fraktionen im Bundestag und die exekutiven Organe: Lassen Sie uns gemeinsam agieren, um Mittel und Wege zu finden, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Wir alle tragen Verantwortung, dass die Menschen nicht mit den Gefahren der Spielsucht alleingelassen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hollenbach.

**Abg. Manfred Hollenbach** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Lesen der 19 Fragen, die die SPD-Fraktion in ihrer Großen Anfrage vom 11. Mai dieses Jahres zum Thema „Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet“ gestellt hat,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

sowie der sehr umfangreichen zehnsseitigen Antwort der Landesregierung

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So viel bekommen wir nie!)

habe ich mir die Frage gestellt: Ist dieses Thema so bedeutend und gewichtig, dass wir heute Mittag als letzten zu beratenden Punkt vor Weihnachten nochmals darüber reden?

(Zurufe von der SPD)

Wir haben ja – Herr Kollege Wahl, Sie haben es erwähnt – in diesem Jahr schon mehrfach zum Thema Glücksspiel geredet. Der Glücksspielstaatsvertrag wurde hier beraten, und ihm wurde einmütig zugestimmt. Auch das Landesglücksspielgesetz hat nach einer Debatte hier die Zustimmung der CDU-Fraktion gefunden. Vor wenigen Minuten habe ich die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Innenausschusses bekommen. Als Punkt 1 dieser Tagesordnung ist eine Mitteilung des Innenministeriums über europäische Angelegenheiten aufgeführt. Damit wird der Innenausschuss dieses Hohen Hauses darüber informiert, welche Rahmengesetzgebung zur Bekämpfung der Onlinespielsucht bzw. des Onlineglücksspiels aufgestellt wird. Wir haben also häufig über das Thema Glücksspiel geredet und werden dies wahrscheinlich auch noch oft tun.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Für mich gibt es eigentlich nur eine Begründung dafür, warum wir kurz vor Weihnachten dieses Thema nochmals ansprechen: Es ist kein Thema zum Streiten, sondern es ist zur vorweihnachtlichen Beratung geeignet, weil wir uns hier einig sind und Harmonie in diesem Thema pflegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Gut erkannt!)

Ich glaube, es gibt niemanden, der ernsthaft will, dass Menschen durch Glücksspiel zu Schaden kommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Aber Spaß macht es auch! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Spaß macht es, und diesen Spaß, Herr Kollege Drexler, wollen wir ja niemandem verderben.

Dass viele Menschen gern spielen, hat eine sehr umfangreiche Studie ergeben. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat festgestellt, dass 86 % der 16- bis 65-Jährigen spielen. Aber die meisten spielen eben Lotto oder irgendein Rubbelspiel, bei dem sie 1 €, 2 € oder vielleicht auch 5 € setzen. Es sind nur wenige, die hier überziehen.

„Allzu viel ist ungesund“, lautet ein altes Sprichwort. Deshalb ist es durchaus berechtigt, dass wir uns mit Sorge und auch

mit Engagement dieses Themas annehmen. Denn speziell das Spielen per Internet stellt ein hohes Risiko dar. Ein Risiko sind aber auch – das haben wir bei den Beratungen der Gesetze, die ich schon erwähnt habe, angesprochen – die Spielhallen und all die lukrativen Angebote. Denn diese können zur Sucht führen.

Das Glücksspiel im Internet birgt sicherlich ein Risiko, das wir unterschätzen. Ich habe vor gut 20 Jahren, als der Begriff „Internet“ noch kaum bekannt war, auf einer Fachveranstaltung einen Vortrag von einer jungen Wissenschaftlerin gehört. In der Diskussion hat sie uns erklärt, was alles mit dem Internet kommen wird. Wir haben uns das alles damals gar nicht richtig vorstellen können, aber die Fachleute haben Prognosen aufgestellt, was alles auf Internetservern gespeichert werden kann, was man abrufen kann, welchen Vorteil das alles haben wird, aber natürlich auch, welche Risiken damit einhergehen.

Ein Satz ist mir in Erinnerung geblieben, der sich immer mehr bestätigt. Diese Wissenschaftlerin – sie war keine Staatsrechtlerin, sondern eine Computerfachfrau – hat in der Diskussion gesagt: „Wissen Sie, Internet bedeutet Grenzenlosigkeit. Internet bedeutet vielleicht auch Anarchie.“ Wenn ich mir das Thema „Glücksspiel im Internet“ vornehme, dann komme ich auch irgendwie zu dem Begriff Anarchie. Was wollen wir als Gesetzgeber tun, was will die Justiz tun, wenn die Leute zu Hause im stillen Kämmerlein sitzen, der Server irgendwo in der weiten Welt steht und die Menschen zu spielen beginnen?

Ich denke, wir haben das gemacht, was wir tun können. In § 4 Absatz 4 des Glücksspielstaatsvertrags steht eindeutig:

*Das Veranlassen und das Vermitteln öffentlicher Glücksspiele im Internet ist verboten.*

Punkt, aus. Was wollen wir mehr tun?

Die Antwort auf die Große Anfrage, die schon im Juni vom Innenministerium gegeben wurde, bestätigt dies. Darin steht klar und deutlich:

*Erschwert wird das konsequente Umsetzen des Ordnungsrechts auch dadurch, dass zunehmend Verfahren gegen im Ausland ansässige Anbieter eingeleitet wurden. Die Untersuchungen waren jedoch häufig nicht durchsetzbar.*

In diesem Sinn müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass das Spiel existiert, dass Menschen zu Schaden kommen können. Wir alle sind, glaube ich, aufgefordert, dagegenzuarbeiten und in den Schulen und wo auch immer wir Kompetenzen haben Aufklärung zu betreiben. Wenn uns das ein klein wenig gelingt, dann haben wir vielleicht etwas von der Weihnachtsbotschaft umgesetzt. In diesem Sinn: Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Frey das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Unser weihnachtspolitischer Sprecher!)

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hollenbach, die Enttabuisierung von Suchtthemen ist gleichzeitig ein Beitrag, um die Sucht zu bekämpfen. Insofern ist es ganz wichtig – deshalb möchte ich mich bei der SPD-Fraktion für diese Große Anfrage bedanken –, Licht in dieses schwierige Thema zu bringen, das uns weltweit beschäftigt und das auch deshalb so schwierig ist, weil es schwer greifbar ist. Ich denke, es gab ein paar Antworten, darunter aber auch Antworten, die nicht zufriedenstellen können, weil wir eine schlechte Datenlage haben, weil wir dieses Problem schwer greifen können und weil wahrscheinlich im Bereich Steuern ein sehr hoher Schaden zu verzeichnen ist und auch im Bereich der Glücksspielsüchtigen, die ihre Familien häufig in die Verschuldung führen, Schäden verursacht werden, wie bereits angesprochen worden ist.

Was mich massiv stört – das habe ich erst bei der Recherche entdeckt –, ist, dass neuerdings dieses bekannte Fußballspiel, das wahrscheinlich Ihre Kinder zu Hause spielen – ich nenne keinen Namen, um keine Schleichwerbung zu machen –, ein übliches Fußballspiel, das Sie als Multiplayer oder als Singleplayer spielen können, in der Ausführung von 2013 so ausgestaltet ist, dass die Spielerinnen und Spieler neuerdings direkt in illegales Glücksspiel im Internet geführt werden. Ich denke, man sollte sich genauer anschauen, ob der Verkauf solcher Dinge verboten werden könnte. Auch wenn sie downloadbar sind, kann man die Schwelle höher setzen, um solche Spiele zu erreichen. Das Einschränken der Verfügbarkeit von Suchtmitteln ist eben auch eine Möglichkeit, um die Suchtgefahr zu verringern.

Betrachten wir die vier Säulen der Suchtpolitik:

Die Repression bietet einige Möglichkeiten, die aber in der Regel sehr teuer oder sehr aufwendig sind und kaum greifen.

Als zweite Säule haben wir die Harm Reduction oder Überlebenshilfe, die jedoch ebenfalls nicht sehr praktikabel ist, weil die Verelendung, vor allem die soziale Verelendung, häufig in der Privatsphäre stattfindet.

Die dritte Säule sind Behandlung und Beratung. Wir haben ein Beratungsstellennetz – die Spielsucht ist mittlerweile zum Glück auch in unserem System als Krankheit anerkannt –, aber es handelt sich um eine Komm-Struktur. Es dauert also relativ lange, bis die Menschen dann auch dort auftauchen und Hilfe in Anspruch nehmen.

Als vierte und letzte Säule ist die Prävention zu erwähnen. Sie scheint aus meiner Sicht der einzige Ansatzpunkt zu sein, der in einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Deswegen liegt unser Hauptaugenmerk auf der Vermeidung von Spielsucht und Suchtverhalten allgemein. Wir müssen die Rahmenbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien verbessern, die Schutzfaktoren stärken und gleichzeitig die Risikofaktoren mindern.

Unser Beitrag im Land – das konnten Sie in den Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche verfolgen – ist in diesem Bereich ganz klar und eindeutig. Schwerpunkte sind auch der Ausbau der Kleinkindbetreuung mit dem Pakt für Familien mit Kindern, der Ausbau der Sprachförderung, der Ausbau der Schulsozialarbeit und z. B. das Programm STÄRKE, das wir weiterführen, auch das Pilotprojekt „Umbruchphasen“ im Bereich der Gewaltprävention und die Bundesinitiative „Netz-

werke Frühe Hilfen und Familienhebammen“. All das sind Bereiche, in denen wir in der Breite Prävention anbieten können und in denen wir die Schutzfaktoren von Kindern und Jugendlichen stärken wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei der Prävention gilt der Faktor 4: Jeder Euro, den wir für Prävention ausgeben, verhindert das Vierfache an Behandlungskosten.

Deswegen: Lassen Sie uns diesen mit dem kommenden Doppelhaushalt eingeschlagenen Weg für diese generelle Prävention weitergehen und verstärkt fortsetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle gerade fest: Was das Parlament anbelangt, bin ich der letzte Redner in diesem Jahr.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schlusswort!)

– Gibt es noch ein Schlusswort?

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Es kann noch ein Schlusswort geben.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Ein weihnachtliches Schlusswort?

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich habe gedacht, du singst!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Nein, nicht von mir, sondern vom Kollegen von der SPD.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Okay. – Ich werde es relativ kurz halten.

Übrigens: So lang ist die Antwort der Landesregierung nicht, lieber Herr Kollege Hollenbach. Zehn Seiten Antwort sind für eine Große Anfrage vergleichsweise gar nicht so viel. Der Grund ist klar: Vieles wissen wir schon. In der Antwort sind keine Wundermittel enthalten. Vieles wissen wir aber eben nicht. Darüber, was wir nicht wissen, kann man logischerweise eben auch nichts sagen.

Ich meine, drei Punkte gehen aus der Antwort klar hervor:

Erstens: Das Suchtpotenzial – das ist angesprochen worden –, die gefährlichen Aspekte des Glücksspiels im Internet sind gar nicht von der Hand zu weisen. Die Antwort der Landesregierung zu diesem Punkt ist sehr anschaulich. Ich erinnere daran: Es gibt eine hohe Verfügbarkeit, sieben Tage die Woche 24 Stunden lang, keine Sperr- und Schließungszeiten, dann natürlich einen höheren Abstraktionsgrad – wenn man kein wirkliches Geld in der Hand hat und es verliert, dann wird man im Grunde genommen noch leichtsinniger; es ist praktisch Buchgeld –; hinzu kommt z. B. die schnelle Wiederholungsmöglichkeit, ferner fehlt natürlich die soziale Kontrolle, und vor der Spielteilnahme gibt es keine Identitätsprüfung.

(Dr. Ulrich Goll)

Die Herausforderungen, die es gibt, sind ernsthaft, auch was – zweitens – die Zahlen anbelangt. Wir können von hohen Zahlen ausgehen, was die Nutzerinnen und Nutzer der Angebote angeht – die Antwort nennt erhebliche Zahlen –, und wahrscheinlich auch von einer erheblichen Dunkelziffer.

Die dritte Erkenntnis, die sich aus der Antwort aufdrängt, ist, dass es kein wirkliches Gegenmittel gibt. Es gibt keinen wirklich erfolgversprechenden Ansatz, kein Patentrezept – so muss man sagen –, sodass wir nach unserem Eindruck wieder einmal vor der Frage stehen: Wie schützen wir die Menschen vor bestimmten Gefahren? Wie schützen wir insbesondere die Jugendlichen durch Erziehung, durch Vorbild, durch soziale Kontrolle? Jedenfalls wird uns das Verbot im Glücksspielstaatsvertrag wahrscheinlich relativ wenig helfen, außer dass es auf dem Papier steht. Den Herausforderungen müssen wir auf andere Art präventiv begegnen, wie es zum Teil auch gerade angesprochen worden ist. Insofern besteht, glaube ich, große Einigkeit.

Diesen vorweihnachtlichen Konsens möchte ich nur an einer Stelle verlassen, und zwar beim Thema Glücksspielstaatsvertrag, den wir beschlossen haben und zu dem ich eine ganz andere Auffassung habe. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es gerade vor dem Hintergrund der Antwort auf die Große Anfrage besonders fragwürdig ist, massiv gegen das gewerbliche Spiel vorzugehen und damit die Leute eigentlich ins Internet zu drängen. Was da stattzufinden droht – das muss man offen ansprechen –, ist, dass wir ein Geschehen, das stark reguliert ist und transparent ist, in einen Bereich verschieben, der nicht reguliert ist und intransparent ist.

Deshalb halten wir den Glücksspielstaatsvertrag, wie er mehrheitlich beschlossen wurde, natürlich nach wie vor für einen falschen Weg. Außer dass er ohne Not eine Branche kaputt macht, hat er Nachteile, was die Suchtbekämpfung angeht, weil er das Geschehen ins Internet zu verlagern droht. Dort wollen wir die Glücksspielsucht gemeinsam bekämpfen, und zwar mit den Mitteln, die genannt worden sind, vor allem der Prävention.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

**Innenminister Reinhold Gall:** Verehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich es richtig sehe, dann stehe jetzt zwischen Ihnen und der Weihnachtspause nur noch ich.

(Heiterkeit – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!  
Das ist richtig! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gut,  
dass Sie sich dessen bewusst sind!)

Weil ich es mir am Jahresende mit Ihnen nicht verscherzen möchte, will ich versuchen, nur zu einigen wenigen Punkten in der gebotenen Kürze Stellung zu nehmen.

Ich freue mich darüber, dass wenigstens weitestgehend Einigkeit darüber herrscht, dass das Thema Glücksspiel, insbesondere illegales Glücksspiel, ein Problem ist und so benannt

werden muss und dass wir uns gemeinsam anstrengen sollten, dem mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mitteln entgegenzuwirken.

Die Anfrage stammt aus dem Frühjahr, aus dem Mai dieses Jahres. Sie wissen, dass wir dann im Juli den Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag beschlossen haben und vor etwa drei Wochen das Landesglücksspielgesetz. Ich glaube, niemand hat ernsthaft erwartet, dass sich bis heute oder in naher Zukunft etwas Grundlegendes in der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels bewegen lässt. Natürlich ist es auch heute, im Dezember 2012, noch so, dass illegales Glücksspiel noch nicht in dem Umfang eingedämmt wurde, wie wir es gern hätten und wie wir es uns vorstellen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben das Thema nicht auf die Tagesordnung genommen, oder?)

Natürlich müssen wir auch weiterhin an dem Thema arbeiten: Wie unterbinden wir die Finanzströme, die damit zusammenhängen?

Was sich aber tatsächlich geändert hat – Herr Kollege Hollenbach, Sie haben es angedeutet und Herr Wahl grundsätzlich auch –: Wir haben jetzt im Gesetz vorgesehen, dass das Veranlassen und das Vermitteln von öffentlichem Glücksspiel im Internet grundsätzlich verboten ist. Das ist der Grundsatz. Aber die Länder können Ausnahmen genehmigen. Das machen wir auch, weil wir der Auffassung sind, dass, wenn legales Glücksspiel ermöglicht wird – mit all den Einschränkungen und den Erfordernissen, die sich daran knüpfen –, illegales Glücksspiel in den Hintergrund gedrängt werden kann. Jedenfalls verfolgen wir mit dieser Lösung dieses Ziel.

Was, glaube ich, für unsere weitere Arbeit – Sie haben recht, es wird weitere Diskussionen geben müssen – wichtig ist: Durch das Glücksspielgesetz ist jetzt auch eine systematische Berichtspflicht bei den Anbietern bezüglich der Zahl der Spieler und der Höhe der Einsätze eingeführt worden. Das gibt uns die Möglichkeit, dann zu beobachten: Ändert sich wirklich etwas in der Richtung, wie wir es für richtig halten? Wir erhalten verlässliche, belastbare Zahlenwerte, und wir sind dann wahrscheinlich nicht davor gefeit, auch eine Evaluation durchführen zu müssen, wenn die Zahlen dies hergeben, und dieses Gesetz und die Auswirkungen weiterzuentwickeln.

Ich habe es gesagt – zumindest ist es meine Auffassung, und die Mehrheit des Hauses hat diese Auffassung ja bei der Diskussion über die Gesetze und über den Staatsvertrag geteilt –: Wenn man Internetspieler wirksam schützen will, muss man auch legales Spiel im Internet ermöglichen. Entscheidend für das Abweichen vom grundsätzlichen Internetspielverbot ist aber – das sind die Rahmenbedingungen, die wir gesetzt haben –, dass die zugelassenen Anbieter Jugend- und Spielerschutz gewährleisten müssen und auch eine Steuerungs- und Sicherungsfunktion gegenüber den Spielerinnen und Spielern sichergestellt werden kann.

Das heißt, die Spielerinnen und Spieler müssen sich identifizieren. Es muss eine Authentifizierung gewährleistet sein. Es muss u. a. sichergestellt sein, dass der bzw. die Spielwillige volljährig ist. Es handelt sich also schon um Schutzmechanismen, die Menschen vor Gefährdungen schützen können. Dazu gehört auch, dass Höchstgrenzen eingeführt worden sind.

(Minister Reinhold Gall)

1 000 € pro Monat ist zwar irre viel Geld – insbesondere für Menschen, die wenig haben –, aber es ist eine Grenze, die verhindert, dass Menschen innerhalb eines Monats Hab und Gut verlieren können.

Ein weiteres Thema, das Unterbinden von Finanzströmen, will ich nur am Rande streifen. Dazu haben Sie in der Antwort auf die Große Anfrage lesen können, dass es da erhebliche Probleme und Schwierigkeiten gibt, und zwar insbesondere deshalb – Herr Hollenbach, das haben Sie ausgeführt –, weil das Internet heute grenzenlos ist, also über die Grenzen unseres Bundeslands und die nationale Grenze der Bundesrepublik hinausgeht. Deshalb ist es wirklich zwingend erforderlich, dass wir dort, wo die Möglichkeit besteht, dieses Thema gemeinsam angehen. Auf der Bundesebene sollte uns dies gelingen. Federführend macht es Niedersachsen, aber wir müssen schauen, ob sich dies bewährt oder ob nicht eine Bundesbehörde entsprechend tätig werden kann.

Auch die europäische Ebene hat sich dieses Themas schon angenommen. Da habe ich aber in der Tat die Vorbehalte – das will ich nicht verhehlen –, ob es denn sinnvoll ist, dass gerade bei solchen Themen in nationale Regelungen, in landesrechtliche Regelungen und in kommunale Regelungen, die wir haben, eingegriffen wird. Eine Ausnahme sehe ich da nur im Unterbinden von Finanzströmen. In diesem Bereich wird es, glaube ich, nicht gelingen, vorwärtszukommen, wenn wir nicht auf der europäischen Ebene gemeinsam unterwegs sind.

Zusammengefasst, meine Damen und Herren: Ich teile die Auffassung, die die Vorredner hier geäußert haben. Wir sind noch lange nicht am Ende der Diskussion über die Erfordernisse, die notwendig sind, um Menschen zu schützen und um illegales Glücksspiel in der Zukunft weiter einzudämmen. Wir haben da eine große Aufgabe vor uns. Herr Hollenbach, das kann nur gelingen, wenn wir das gemeinsam tun, wie wir es in den zurückliegenden Monaten beim Glücksspieländerungsstaatsvertrag und beim Landesglücksspielgesetz getan haben. In diesem Sinn können wir, glaube ich, auch die weiteren Diskussionen, u. a. im Januar im Innenausschuss, führen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Auch ich will es nicht versäumen, wenn ich gerade die Gelegenheit habe, Ihnen noch eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2013 zu wünschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“ zur Änderung des Beschlusses des Landtags vom 14. und 21. Dezember 2011 – Auftrag des Untersuchungsausschusses –, Drucksache 15/1074, im Hinblick auf den Termin für die abschließende Beratung im Plenum – Drucksache 15/2793**

Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Wer der Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses, Drucksache 15/2793, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Somit ist auch Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, bevor wir die Plenarsitzung beenden, darf ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Gleich im Anschluss findet die Präsentation des Buches „Frauen im Parlament – Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute“ in der Lobby statt. Der Landtag gibt dieses Buch anlässlich des Jubiläums des 60-jährigen Bestehens des Landes in aktualisierter Form heraus.

Unmittelbar danach findet wie in jedem Jahr die Friedenslichtübergabe mit den Pfadfinderinnen und Pfadfindern statt.

Zu beiden Veranstaltungen lade ich Sie herzlich ein.

Des Weiteren findet im Anschluss an die Plenarsitzung eine Sitzung des Gremiums nach Artikel 10 GG im Josef-Schofer-Saal statt.

Meine Damen und Herren, dies war die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr. Auch ich möchte Ihnen eine besinnliche Adventszeit, frohe, schöne, erholsame Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr 2013 wünschen.

Ich freue mich, wenn wir uns zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, 23. Januar 2013, um 9:00 Uhr wiedersehen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich und schließe die Sitzung.

**Schluss: 13:56 Uhr**